

Gegenöffentlichkeit in Bewegung

Ausgabe Nr. 60, 13. Juli 2021



Vor zehn Jahren wurde kritisch-lesen.de gegründet. Seither begleiten wir linke Bewegungen, indem wir ihre Analysen, Praxiserfahrungen und theoretischen Bezüge aufgreifen und einer breiteren Leser*innenschaft zugänglich machen. Dabei entstanden über 1.000 Rezensionen von über 300 Autor*innen. In dieser Jubiläumsausgabe, die auch unsere 60. Ausgabe ist, blicken wir zurück, um neue Ausblicke zu schaffen.

Wir engagieren uns seit zehn Jahren für eine linke Gegenöffentlichkeit, weil wir das Verschwiegene und Unsichtbare sichtbar machen wollen. Unsichtbares scheint es in digitalen Zeiten zwar kaum noch zu geben, und doch ist die Wahrheit weiterhin ein umkämpftes Gut. Es scheint zwar durch die sozialen Medien, Podcasts, Blogs, Foren und alternative (Online-)Zeitungen mehr Möglichkeiten des Sichtbarmachens zu geben denn je, doch gleichzeitig verschließen sich die Wege einer tieferen Kritik zunehmend. So wie noch vor wenigen Jahren die Informationshoheit bei den Massenmedien lag, sind es heute die großen Tech-Konzerne, die einen erheblichen und stetig wachsenden Einfluss auf unsere Realitätswahrnehmung haben. Darum ist es nach wie vor geboten, eine linke Gegenöffentlichkeit für marginalisierte Stimmen einzufordern.

Diese Aufgabe ist Teil einer linken Bewegungspraxis. Die Forderungen und Entwicklungen linker Bewegungen müssen aufgearbeitet und verbreitet werden. Trotz der immer wieder formulierten Krise der Linken haben sich auch in diesen letzten Jahren international Initiativen, Bündnisse und Bewegungen gebildet, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen. kritisch-lesen.de hat unter anderem lokale und globale linke Bewegungen begleitet, die sich widerständig zeigen gegen die Gefahren und den Terror der extremen Rechten (Ausgabe #15: [Rechter Terror und Extremismus](#)), die Kämpfe gegen den erstarkenden Antifeminismus führen (Ausgabe 56: [Feministische Kampfansagen](#)) oder eine Neue Klassenpolitik ausrufen (Ausgabe 47: [Neue Klassenpolitik](#)). Für eine Bestandsaufnahme verdienen insbesondere die Kämpfe, die aktuell und trotz der Pandemie geführt werden, besonderes Augenmerk: Bewegungen wie Black Lives Matter (Ausgabe 21: [Polizei im Rassismus](#)), die Klimaproteste (Ausgabe 22: [Ökologie und Aktivismus](#)) oder die Mieter*innenproteste um die Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen (Ausgabe 12: [Wem gehört die Stadt?](#)) sind motivierende Beispiele für starke und durchsetzungsfähige politische Strömungen. Doch in diesen zehn Jahren wurde eben auch klar: Die Kämpfe müssen wir selbst in die Hand nehmen (Ausgabe 45: [...können wir nur selber tun!](#)).

Für unsere Jubiläumsausgabe brechen wir etwas aus unserem üblichen Format aus und haben neben den Rezensionen aktueller Publikationen, die Geflüchtetenproteste und migrantischen Kämpfe der letzten Jahre in einem Essay eingeordnet sowie drei Interviews über die Bedeutung und Stärke linker Gegenöffentlichkeit geführt.

In der Ausgabe #61 im Oktober 2021 widmen wir uns einem weitaus weniger erbaulichen zehnjährigen Jubiläum: „NSU-Komplex – 10 Jahre nach der Selbstenttarnung“. Was hat sich seit der Selbstenttarnung des so genannten NSU vor zehn Jahren bis heute auf politischer, institutioneller und aktivistischer Seite getan? Welche Bilanz kann gezogen werden aus zehn Jahren Auseinandersetzung, beziehungsweise deren Fehlen?

Und nun viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Gegenöffentlichkeit im Plural“



Interview mit Tanja Thomas

Gegenöffentlichkeit ist ein Begriff, den die politische und gesellschaftliche Linke für sich reservieren muss und der Ort einer vielstimmigen linken Allianzbildung.

kritisch-lesen.de: Mit welchen Themen und Fragen beschäftigst du dich aktuell?

Tanja Thomas: Aktuell beschäftigt mich insbesondere das Projekt Doing Memory. Darin geht es um öffentliches Erinnern und Vergessen rechter Gewalt, und das Erinnern von Morden aus antisemitischen, rassistischen, sexistischen Motiven in den vergangenen Jahrzehnten. Der Fokus liegt dabei auf Deutschland und auf den Kontinuitäten rechter Gewalt nach 1945. Ausgangspunkt des Projekts waren Erfahrungen aus einem anderen Projekt, in dem es um die Berichterstattung über die Morde des NSU vor seinem Bekanntwerden als NSU ging. Wir merkten, wie wichtig es ist, die Betroffenen, Überlebenden, Angehörigen der Opfer in den Auseinandersetzungen mit den Verbrechen zu hören. Bei Doing Memory schauten wir zunächst auf den Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, weil es dazu eine lange erinnerungspolitische Debatte und auch Praktiken gibt. Damit haben wir den Blick auf Anfang der 1990er Jahre gelenkt, und die Ereignisse dort zum Ausgangspunkt eines partizipatorischen Forschungsprojekts gemacht. Wir haben vor Ort versucht, Menschen zusammenzubringen: Zeitzug:innen, Betroffene, Nachfahr:innen und Erinnerungsakteur:innen, Journalist:innen und Künstler:innen, die damals berichtet haben oder die heute daran versuchen zu erinnern. Das Projekt ist auf vielen Ebenen eine Herausforderung, weil es einerseits darum geht, die überlebenden Opfer sprechen zu lassen und ihnen Raum zu geben – also etwas umzusetzen, was wir in der Literatur politics of listening nennen, das dem Zuhören ganz viel Raum gibt. Und gleichzeitig in einen Dialog zu treten, der nicht darauf ausgerichtet ist, die Akteur:innen in einen Konsens münden zu lassen. Es geht vielmehr darum, Konflikte und Kontroversen, politische Bedingungen davor und danach, zu benennen und auszuhalten. Das verbindet sich auch mit der Frage: Wer kann sich wie öffentlich artikulieren und wer wird wie gehört?

Inwiefern spielt in deiner Arbeit Gegenöffentlichkeit eine Rolle?

Aktuell kann man sehen, dass an vielen unterschiedlichen Orten, an denen rechte Verbrechen begangen wurden, das Sprechen darüber stärker wird. Das sieht man mit Blick auf Hanau: Dort wurden relativ schnell die Namen der Opfer in der Öffentlichkeit genannt und Unterstützungsstrukturen durch Aktivist:innen in Gang gesetzt. Wohlgermerkt von Menschen, die selbst häufig die Erfahrung von rechter Gewalt gemacht und die Ignoranz gegenüber ihrem Leid und ihrer Trauer erfahren haben. Leuten, denen man das gar nicht zumuten möchte. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten gut vernetzt und sind, in dem Wissen, dass es in Hanau Unterstützung braucht, schnell dorthin gereist und haben mitgeholfen. Ich finde das sehr beeindruckend. Es macht an manchen Stellen hoffnungsfroh, bei aller Kritik, die man üben muss an den Umständen: der fehlenden Unterstützung mit Blick auf Ressourcen und politisch klaren Aussagen zum Thema Rassismus und Rechter Gewalt. Das treibt mich immer wieder um, auch, weil sich die Dynamiken dieser Geschehnisse immer wieder ähneln – von der „Einzeltäter-These“ bis zu dem Versuch, das Thema in öffentlichen Auseinandersetzungen in den Hintergrund zu rücken. Der Versuch, Gegenöffentlichkeit zu organisieren, ist daher ein extrem herausfordernder. Ich denke deshalb, dass es nötig ist, über rechte Gewalttaten eine vielfältige Gegenöffentlichkeit herzustellen, und dabei alle möglichen Formen zu nutzen: Unabhängig von öffentlich-rechtlichen Formaten,

etwa über Podcasts, Blogs, Foren, oder auch in Bündnissen mit den größeren Medien, für eine breitere Öffentlichkeit. Sebastian Friedrich (Gründungsmitglied von kritisch-lesen.de, Anm. Red.) hat ja beispielsweise auch mit seinem Hörfunk-Feature zu Hanau gezeigt, wie es möglich ist, auch im öffentlich-rechtlichen Raum einen Beitrag zu lancieren, der eine andere Form der medialen Thematisierung der Folgen Rechter Gewalt für eine Stadtgesellschaft insgesamt darstellt. Eine Form, in der die Stimmen und Erfahrungen der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Ich denke, dass punktuelle Verknüpfungen alternativer Medien, Gegenöffentlichkeiten und öffentlich-rechtlicher Medien wichtig sind. Wenn man Gesellschaft transformieren will und emanzipatorisch wirken will, dann brauchen wir diese breiteren Öffentlichkeiten.

Also eine Form von Allianzenbildung zwischen Betroffenen und Medien?

Ja. Meine Hoffnung wäre, dass es gelingt, Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven zusammen zu bringen. Das ist die Idee beim partizipatorischen Forschen: Wissenschaft für Gesellschaft zu machen. Dass es gelingt, viele Akteur:innen und ihre Erfahrungen in Diskussion zu bringen, um gemeinsam eine Analyse von Erfahrungen zu teilen, selbst wenn die Ausgangspunkte unterschiedliche sein mögen. Es geht darum, individuelle Erfahrungen zu übersetzen. Sie als Unrechtserfahrung zu verstehen, die gesellschaftlich und strukturell bedingt sind. Dass auch Personen, die selbst nicht Rassismus am eigenen Leib erfahren, dennoch in eine Gemeinsamkeit der Analyse von Unrechtserfahrungen eintreten können.

Wie können diese Formen von Solidaritäten aussehen, zwischen Aktivist*innen, Medienschaffenden, Wissenschaftler*innen?

Es geht um Beziehungen und Netzwerke, aber auch um Übersetzungsarbeit. Den Betroffenen zuzuhören, Raum zu geben und hier und da notwendigerweise das Gehörte in andere Öffentlichkeiten zu übersetzen. Das setzt das Bewusstwerden der eigenen Position voraus, aus der ich spreche. Wie übersetze ich das Gehörte? Und wie mache ich zeitgleich meine eigene Position kenntlich, von der aus ich das mache? Ich denke, diese Schritte sind unerlässlich. Ich bin beim Begriff des Powersharing gelandet: Macht und Räume teilen und zurücktreten, nicht jemandem das Wort erteilen oder übergeben, wie es manchmal unter dem Begriff Empowerment verstanden wird. Das heißt hier und da, dass ich zwar spreche in Räumen, aber damit den Raum eröffne für andere - eine große Herausforderung.

Siehst du einen Trend, dass Gegenöffentlichkeit eingeschränkt wird, etwa durch rechte oder durch staatliche Kräfte?

Angriffe von rechts hat es schon immer gegeben. Problematisch ist, dass rechte Akteure jetzt mehr Ressourcen haben als früher. Also durch eine Partei, die Ressourcen hat, die Stiftungen gründen und in der Gesellschaft multiplikatorisch wirken kann. Mir wird manchmal angst und bange hinsichtlich der Unterstützung von Teilen der Bevölkerung und ich denke auch, dass die Pandemie etwas dazu beigetragen hat, diese Tendenzen nochmal zu stärken. Oder anders formuliert: Ich bin mir nicht sicher, ob es gestärkt ist, oder sichtbarer wird, weil eben Personen sich mit solchen Positionen eher öffentlich zeigen – auch in Bekannten- oder Familienkreisen. Damit haben wir eine andere Ausgangsposition. Wir müssen das auf verschiedenen Ebenen immer wieder thematisieren, ohne den Blick auf unsere eigenen Ressourcen zu verlieren.

Kann man von einer linken Gegenöffentlichkeit sprechen oder ist der Begriff verbrannt?

Ich beharre darauf, den Begriff für linke Gegenöffentlichkeiten zu reservieren. Ich finde es falsch, rechte Öffentlichkeiten so zu bezeichnen. Für mich passt das auch theoretisch nicht zusammen. Mit einem Bezug auf den von Negt und Kluge geprägten Begriff der „proletarischen Öffentlichkeit“ geht es um marginalisierte Stimmen, die sich artikulieren: Diese sichtbar zu machen, das haben die beiden Gegenöffentlichkeiten genannt.

Was zeichnet Gegenöffentlichkeit in deinen Augen aus?

Ich bin über feministische Räume und Kontexte sozialisiert und auch über feministische Gegenöffentlichkeit. Aus dieser Perspektive gibt es den Ansatz, dass es gar nicht erstrebenswert ist, diese eine Öffentlichkeit zu haben, in der Konsens erzielt wird. Es ist vielmehr wünschenswert, dass es Gegenöffentlichkeit im Plural gibt: als Orte der Selbstverständigung, der Allianzenbildung, der Möglichkeit, auch Unrechtserfahrungen auszutauschen und sich darin zu verbünden. Da liegt noch viel Potenzial in der theoretischen Reflexion von Bewegungsöffentlichkeit und ihrer Geschichte. Aber auch in dem, wie in feministischen Kontexten über Feminismen gestritten wurde und wird – mit gutem Grund. Aus diesen Auseinandersetzungen kann viel gelernt werden, weil es eben immer wieder darum gehen wird, an bestimmten Punkten Allianzen zu bilden. Die Kontroversen werden wir nie ausräumen können, das sollen wir auch gar nicht. Bei Nancy Fraser zum Beispiel ist Gegenöffentlichkeit auch nicht nur verbunden mit der Funktion, Kritik zu üben an einer Öffentlichkeit; als Reaktion auf etwas, sondern es geht darum, andere Positionen in breitere Öffentlichkeiten hereinzutragen. Für sie hat das auch Brückenfunktion. Damit wird auch deutlich, welche Demokratiepoteziale in Gegenöffentlichkeiten ruhen, wenn man sie nicht nur als Opposition, sondern als Raum des Austauschs entwirft. Das ist eine Lehre, die man aus der feministischen Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit ziehen kann: als Orte der Bündnisschließung, der Vergewisserung, der Solidarität.

Wir haben eine sehr fragmentierte Medienlandschaft, und auch eine sehr fragmentierte Linke. Wie können Medien und Medienwissenschaften dazu beitragen, etwas Einendes zu schaffen?

Mir geht es nicht so sehr um Einigung. Es geht um Multiperspektivität. Und das ist mit Blick auf die Medienlandschaft umsetzbar. Das sieht man, wenn man sich eine sehr beeindruckende, lebendige Podcastlandschaft anschaut, wo viele Menschen das Wort ergreifen und öffentlich etwas aussprechen, was vorher lange nicht sagbar war. Das empfinde ich als Fortschritt. Wir müssen Kontroverse aushalten, Konflikt ist wichtig als Motor einer emanzipatorischen Gesellschaft. Es kann nicht um eine Lösung gehen, dafür sind wir zu unterschiedlich. Dennoch: Es muss um ein Bündeln von Interessen gehen. Das heißt, nicht versöhnlerisch, sondern durchaus interessengeleitet und zugleich mit Blick auf geteilte politische Visionen zu agieren und das mit einer Analyse von Kräfteverhältnissen zu verbinden. Und dabei auch die Unterschiedlichkeit von Unrechtserfahrungen stehen zu lassen, auch als subjektive Erfahrungen. Angela Davis hat einmal gesagt: Diversität macht nur einen Sinn, wenn sie einen Unterschied macht. Wir müssen unterschiedlich sein und bleiben – und gleichzeitig Allianzen bilden und Ressourcen einfordern. Ohne das wird es nicht gehen.

Das Thema der Ressourcen...

Die Ressourcenfrage ist sehr wichtig; die Selbstausbeutung in kritischen, aktivistischen, auch wissenschaftskritischen Kontexten, in denen Gegenöffentlichkeit organisiert wird, ist hoch. Oft wird dies aus den prekärsten Situationen heraus getan. Ich sehe es als Demokratie-Beitrag, für den man Geld einfordern muss. Aus meiner eigenen Position heraus gilt es, diese Räume zu öffnen, Leute zu unterstützen, die wissenschaftliche Projekte machen wollen, gesellschaftskritisch sind und die ein politisches Anliegen haben. Das kann ich jetzt gerade tun, und das versuche ich eben auch. Auf Ebene der Medien ist es wichtig, zusammenzuarbeiten mit Akteur:innen, die institutionalisiert sind. Bei der NSU-Berichterstattung gab es etwa einen Blog bei der *Zeit*, der gute Arbeit gemacht hat. Es gab auch eine Zusammenarbeit mit aktivistischen Watchblogs und Akteur:innen. Diesen Austausch von Perspektiven sollte man immer wieder versuchen.

Sind es nicht vor allem auch die großen Medienplayer, die die Ausschlüsse reproduzieren? Wie kann hier eine Zusammenarbeit aussehen?

Man muss immer mehrgleisig fahren. So sehe ich das. Gerade begutachte ich eine großartige Dissertation mit dem Titel „Postkoloniale Erinnerungsdiskurse in der gegenwärtigen Medienkultur“ – eine Arbeit über die Berichterstattung über den Genozid an den OvaHerero und Nama. Darin

wird auch kritisiert, wie Medien dazu beitragen, dass eine Anerkennung von Schuld und Übernahme von Verantwortung durch politische Akteure nicht als das thematisiert wurde, was es war: ein Entzug von Verantwortung und ein Vermeiden von potenziellen Reparationszahlungen, Entschädigungen und so weiter. Dies wurde in den Medien vielfach reproduziert. Im Schnittfeld von Wissenschaft, Aktivismus und Öffentlichkeit brauchen wir mehr Leute, die sich in dieser Form artikulieren und dies kritisieren. Gleichzeitig gibt es ja Akteur:innen und Initiativen im Journalismus, bei denen das möglich ist und in die man investieren sollte. Es gibt etwa die Neuen deutschen Medienmacher*innen, ein Netzwerk von Journalist:innen, die Migrationserfahrung haben und die versuchen, Bündnisse zu schließen und auch in mediale Recherchepraktiken über Themen von Rassismus, Migration, kolonialer Vergangenheit, Kolonialverbrechen hineinzuwirken. Solche Initiativen sind nötig und wichtig. Und bei aller Kritik: Ich würde die öffentlich-rechtlichen als Errungenschaften in Gesellschaften immer verteidigen, insbesondere gegen die kontinuierlichen Angriffe von rechts. Das heißt jedoch keineswegs, dass linke Aktivist:innen alle den Horizont auf Leitmedien ausrichten sollten. Ich denke, dass man die öffentlich-rechtlichen Medien, die sogenannte Qualitätspresse, kritisieren muss und sollte.

In die Zukunft gedacht wird es immer notwendiger, neue Formate für unterschiedliche Zielgruppen zu entwickeln, andere Zugänge zu schaffen. Was denkst du darüber?

Zurzeit sehe ich viel Potenzial in Podcast- und Audioformaten. Ich habe in meinen Seminaren zu Rassismus erlebt, dass beispielsweise das Hörbuch von Alice Hasters unglaublich viel auslöst. Solche Formate sind wichtig, weil sie Leute abholen können. Im Kontext der Erinnerung an Rechte Gewalt ist mir wichtig, nicht nur diejenigen zu sehen, die Opfer von physischer Gewalt geworden sind. Zum Beispiel auch Semra Ertan, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen mit Rassismus entschieden hat, ihr Leben zu beenden. Erst jetzt, 40 Jahre danach, wird sie mit einem Buch erinnert. Sie war eine Poetin, eine Lyrikerin, eine politische Aktivistin, die sich für Frauenrechte und für den Kampf gegen Rassismus eingesetzt hat. Zum Buch gibt es eine wunderbare Audiocollage. Leute lesen ihre Gedichte und berichten, was diese für sie bedeuten. Die Collage zeigt auch, welcher gesellschaftlichen Situation Semra Ertan und ihre Familie in den 80er Jahren ausgesetzt waren, wie sie ausgegrenzt, rassistisch beleidigt und verletzt worden sind.

Inwiefern ist eine kritische Gegenöffentlichkeit unersetzlich?

Kritische Gegenöffentlichkeit auf verschiedenen Ebenen unersetzlich, gerade angesichts von zunehmendem Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Sexismus in der Öffentlichkeit. Es braucht dafür tatsächlich aktivistisches Engagement, aber auch solches von Leuten in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen. Auch Wissenschaftler*innen müssen sich positionieren, sich öffentlich äußern. Das situierte Wissen ist wichtig, egal ob ich lehre, ob ich forsche oder öffentlich spreche. Jüngst habe ich das Hashtag #ichbinhannah gesehen. Das ist eine Bezugnahme auf ein Video des BMBF zum Zeitvertragsgesetz für Wissenschaftler:innen. Unter dem Hashtag versammeln sich jetzt sehr eindrücklich Personen, die in befristeten Verträgen beschäftigt sind und darüber berichten. Ich denke, dass das ein Weg ist, darauf aufmerksam zu machen, dass Wissenschaft an der Universität vielfach nicht mehr der Ort ist, der er sein soll; nämlich der einer Produktion von Wissen, die Stellung bezieht und die gesellschaftliche Entwicklung kritisch kommentiert und begleitet. Auf der anderen Seite heißt das eben Powersharing betreiben, Mehrstimmigkeit ermöglichen. Gerade in der Universität sehe ich das viel zu wenig. Ich sehe aber auch, dass es da Kräfte gibt, mit denen ich mich zusammenschließen kann, um das zu erreichen. Und diese kritische Gegenöffentlichkeit, die braucht es einerseits, um in Öffentlichkeit zu intervenieren, andererseits auch, um Orte der Selbstverständigung zu ermöglichen. Nicht nur als reaktives Intervenieren, sondern als Orte, an denen man sich verständigen kann, an dem Konflikte thematisiert, offengelegt, aber auch Bündnisse geschmiedet werden.

**

Prof. Dr. Tanja Thomas ist Professorin für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt

Transformationen der Medienkultur am Lehrstuhl für Transformationen der Medienkultur an der Universität Tübingen.

Das Interview führten Andrea Strübe und Sara Madjlessi-Roudi.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Gegenöffentlichkeit im Plural“. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1706>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

„Die Kritik am Mediensystem schärfen“



Interview mit Sebastian Bähr

*Linke Zeitungen leiden seit Jahren unter rückläufigen Abonent*innenzahlen. Um eine wichtige Stimme der Gegenöffentlichkeit zu bleiben und linke Bewegungen zu begleiten, braucht es neue Strategien.*

kritisch-lesen.de: Du bist in deinem Job sehr nah an sozialen Bewegungen und eben auch an Protesten dran. Kannst du Gegenöffentlichkeit in einer besonderen Form herstellen, weil du die Bewegung aus nächster Nähe dokumentieren kannst?

Sebastian Bähr: Als Journalist ist es notwendig, möglichst physisch vor Ort zu sein, um ein authentisches Bild zu bekommen und auch wiedergeben zu können. Man wird nicht alles von der Redaktionsstube aus machen können. Oder zumindest wird man von dort nur einen sehr verkürzten Blick bekommen. In der Praxis gibt es, soweit ich das mitkriege, viele Kolleg*innen, die versuchen, wenn es möglich ist, die Redaktion zu verlassen und ins Geschehen zu gehen. Das ist wichtig, um auch andere Leute daran teilhaben zu lassen und das möglichst auch aktuell. Wenn zum Beispiel in Chemnitz der Nazi-Mob aufmarschiert, liegt eine gefährliche Stimmung in der Luft. Da ist es wichtig, gerade zum Beispiel durch Live-Berichterstattung auch wieder öffentlichen Druck aufzubauen, um Menschen bewusst zu machen, was da gerade geschieht.

Gerade neurechte Bewegungen beanspruchen für sich, Gegenöffentlichkeit zu sein. Hast du einen Umgang damit?

Tatsächlich kann man gar nicht mehr behaupten, dass Gegenöffentlichkeit ein genuin linker Begriff oder eine genuin linke Sache wäre, da es mittlerweile leider eben auch eine rechte reaktionäre Gegenöffentlichkeit gibt beziehungsweise nicht nur eine. Wahrscheinlich müsste man genauer sagen, es gibt sehr viele Gegenöffentlichkeiten, sowohl auf linker als auch auf reaktionärer, rechter Seite. Mein Eindruck ist, dass viele Blasen oft sehr abgeschottet voneinander sind. Aber gerade in den letzten Jahren haben wir mitbekommen, dass es gerade von rechts einen massiven Hass gab, massives Misstrauen gegen etablierte Medien. Auch gegen linke Medien, aber vor allem gegen bürgerliche. Durch die Digitalisierung und die Weiterentwicklung von social media sind viele eigene Angebote entstanden, aber auch große rechte Medien konnten sich etablieren. Ich fürchte, die rechte Gegenöffentlichkeit gibt es und man muss damit einen Umgang finden.

Und wie sieht dieser Umgang aus, oder wie könnte er aussehen?

Die Antwort müsste darin liegen, dass wir als linke Bewegung stark sind und dass wir eigene starke Medien entwickeln, die eine große Aufmerksamkeit erreichen. Auch unsere eigene Kritik am Mediensystem, das uns bestimmte Bedingungen vorgibt, müssen wir schärfen. Wenn zum Beispiel Pegida von der Lügenpresse redet, muss man natürlich dagegen ankämpfen und aufzeigen, was daran reaktionär ist, aber gleichzeitig ist es wichtig, dass wir als linke Bewegung aufzeigen, was in den hiesigen Medien alles falsch läuft – wo Ideologie, Ungerechtigkeiten und ungerechte Machtverhältnisse bestehen. Zum Beispiel managen sehr wenige Millionäre oder Konzerne den Großteil des deutschen Medienbetriebs, sei es Burda, Bertelsmann oder Springer, und natürlich wird dort mehr oder weniger bestimmt, was im Großteil der Republik gedruckt wird und was im Fernsehen läuft. Wenige Konzerne können die öffentliche Meinung hier im Land schon sehr prägen und bestimmen. Aus demokratischer Sicht, aus Sicht von linker Gegenöffentlichkeit, ist das sehr kritisch zu sehen. Auch die großen Tech-Konzerne, facebook, Twitter, haben durch ihre Algorithmen und intransparenten Entscheidungssysteme sehr starken Einfluss darauf, wer gesperrt

wird oder nicht, was Leute zu sehen bekommen. Die Entwicklung der social media ließ sehr viel Macht in die Hände der großen Tech-Konzerne wandern, die auch unsere Realitätswahrnehmung bestimmen können.

Welche Veränderung bringen die großen globalen Player für etablierte journalistische Formate? Wie verändern sich die Bedingungen für kritische Berichterstattung?

Durch die Digitalisierung und die Entstehung der sozialen Netzwerke gibt es einen starken Druck auf die etablierten linken Medien, sich anzupassen, im digitalen Raum präsent zu sein und das Digitale in die eigene Arbeitslogik zu integrieren – oder vielleicht sogar die eigene Arbeitslogik primär darauf auszurichten. Natürlich geht es vor allem um Geschwindigkeit, Aktualität und die Möglichkeit, Geschichten auf eine andere, spannende und neue Weise zu erzählen. Aber auch um Präsenz Wer heute nicht auf Instagram ist, ist wahrscheinlich irgendwann nicht mehr relevant für viele Leute. Deswegen muss man das, was man macht, auf verschiedenen Plattformen anbieten und versuchen, dort Interesse und Neugier zu wecken. Und das ist natürlich schwierig, weil es viele Ressourcen voraussetzt. Du brauchst Leute, die sich damit auskennen, die die Logik verstehen, die die Energie haben, die Inhalte auf die jeweilige Plattform zu übersetzen und dort nach den Spielregeln mitzumachen.

Wie ist es um die Zukunft einer Print-Tageszeitung allgemein bestellt? Welche besonderen Kämpfe fechten gerade auch schon jahrzehntelang bestehende Zeitungen wie das *nd* aus?

Das *nd* ist auf der einen Seite speziell, auf der anderen Seite hat es auch viele Probleme, wie andere Medien. Wir haben seit 1990 rückläufige Abonnent*innenzahlen. Es ist gar nicht so, dass viele abbestellen. Viele Abonnent*innen fallen aus Altersgründen sozusagen weg. Die Krise hat bei uns schon immer dazu gehört Nichtsdestotrotz kann man feststellen, dass durch die Digitalisierung seit Anfang der 2000er der Druck auf alle Medien, vor allem die Tageszeitungen, enorm gewachsen ist. Anzeigen brechen weg und das Geld verlagert sich ins Internet. Gleichzeitig gibt es auch jüngere Leser*innen, die einfach ein ganz anderes Leseverhalten haben. Ich kenne wenige Menschen unter 40 Jahren, die eine Tageszeitung haben, was uns einfach vor massive Probleme stellt. Wir haben einmal eine Befragung bei unseren Leser*innen gemacht, insbesondere den Jüngeren. Und da sagten viele, sie würden gerne ein Netflix-Modell haben: 10 Euro im Monat zahlen und dafür auf alle möglichen Onlinemedien zugreifen und von allen Artikeln lesen können, die einem gefallen. Das entspräche denke ich dem Medienverhalten jüngerer Leute. Das Problem ist, dass dies im Moment in keinsten Weise kompatibel ist mit dem Verlagssystem, das wir haben. Es funktioniert im Moment auch nicht, die ganzen Verlage an einen Tisch zu bringen, selbst die linken nicht. Es gibt Experimente und Versuche, aber da hat sich bisher noch nichts durchgesetzt. So wächst die Prekarität, die ohnehin groß ist. Linker Journalismus als Beruf oder als Profession, für die man bezahlt wird, die man nicht als Hobby betreibt und wo dadurch einen gewissen Professionalitätsgrad erreichen kann, das steht unter massivem Beschuss. Zum einen durch eine Glaubwürdigkeitskrise, aber eben auch durch den ökonomischen Druck. Wir verdienen weit unter Flächentarifvertrag für Tageszeitungen und man muss feststellen, dass einige Kolleg*innen nicht bereit sind, unter diesen Bedingungen Journalismus zu machen. Andere sind es, aber es ist immer die Frage, inwieweit man die Selbstausbeutung in Kauf nimmt und wo die Grenze ist. Wie sind gute Arbeitsbedingungen möglich für diesen Job, den eigentlich alle, die ich kenne, sehr gerne machen? Wie ist es möglich, das langfristig zu machen? Das ist tatsächlich eine sehr schwierige Herausforderung. Unsere Gesellschafter, darunter die Linkspartei, ziehen sich nun aus unserem Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Lage zurück und wir müssen schauen, inwiefern wir als Genossenschaft eine Chance haben.

Wenn du dir jetzt etwas wünschen könntest: Wie sähe denn ein kritisches Medium der Zukunft idealerweise für dich aus?

Eine kollektive, basisdemokratische Form ohne Hierarchien, mit einer guten Diskussionskultur und mit relativ gleichen Löhnen wäre gut. Dann würde ich mir wünschen, dass es vor allem ein starkes

Medium ist, das sehr viele Leute erreicht. Dass es ein Medium ist, das die erreicht, die unter den Verhältnissen leiden, die Unterdrückten, die Marginalisierten, die Ausgebeuteten. Ich würde mir wünschen, dass es ein Medium ist, das relevant ist, das auf allen Kanälen, auf allen Plattformen vertreten ist, das auch gute Debatten, sowohl innerhalb der gesellschaftlichen Linken wie außerhalb, mit anstoßen kann. Dass man nicht davon abhängig ist, was die Nachrichtenagenturen oder der *Spiegel* schreiben oder was die *Bildzeitung* sagt, sondern dass man mit einem linken Medium sagen kann: Das ist jetzt wichtig und darüber muss diskutiert werden. Das haben wir in Deutschland nicht wirklich oft. Ich würde mir auch wünschen, dass man investigativ arbeiten kann, dass man da hinschauen kann, wo es wehtut, dass man die Ressourcen hat, auch längere Recherchen zu machen. Dass man auch mal ein paar Wochen, Monate Zeit hat, um an einen anderen Ort zu gehen, sei es in die Fleischfabrik in Brandenburg oder sei es mit einem verträglichen Risiko in ein Kriegsgebiet. Und nicht zuletzt wünsche ich mir natürlich, dass das linke Medium der Zukunft auch gute Arbeitsbedingungen hat, dass man nach Tariflohn bezahlt wird, dass es keine Befristungen gibt, dass auch die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in dem Medium repräsentiert sind. Eine klare antikapitalistische Haltung und ein guter Kontakt zu sozialen Bewegungen sind natürlich selbstverständlich. Wenn es drauf ankommt, muss man die Rolle natürlich klar haben. Ich bin auch ein politischer Mensch und auch aktivistisch unterwegs. Aber wenn man auf einer Demo als Journalist ist, ist es gut, das für sich klar zu haben. Bei uns gibt es zum Beispiel die Regel, wenn man irgendwo aktiv ist, dass man über diese Sachen dann eben nicht schreibt. Oder dass man es zumindest transparent macht, dass man aus einer Innenansicht schreibt und nicht in der Beobachter*innenrolle.

Das ist ein Kriterium der Unterscheidung und Abgrenzung zu vielen anderen Informationsangeboten, die ohne fundierte Recherche oder mit wenig belegbaren Informationen arbeiten, oder?

Durch das Internet gibt es die tolle Möglichkeit, dass heute auch viele Aktivist*innen berichten können. Das ist kostbar. Auch für uns als *nd* und für mich als Bewegungsredakteur. Das kann man aufgreifen, engagierte Menschen zu Wort kommen lassen, sie interviewen, Aufmerksamkeit für wichtige Projekte schaffen und Inhalten mehr Aufmerksamkeit verschaffen. Aber professioneller Journalismus hat andere Möglichkeiten, die eine Aktivist*innengruppe nicht so ohne Weiteres hat. Weil man zum Beispiel sagen kann, wir konfrontieren bestimmte Behörden mit Anfragen, wir recherchieren fundierter oder im besten Fall sogar investigativ, wir haben Informanten, die uns Dokumente zustecken, die wir nachprüfen können. Aber die Möglichkeit, sich mit Zeit und in der Tiefe mit einer Sache zu beschäftigen, das ist schon eine Besonderheit, die man nicht so schnell aufgeben sollte. Natürlich gibt es aber auch sehr professionell arbeitende Recherchegruppen, etwa im Antifa-Bereich. Diesen können wir dann bei ihren Recherchen zumindest eine größere Aufmerksamkeit verschaffen. Dabei geht es nicht um eine objektive oder neutrale Position. Wir sind im *nd* natürlich klar antifaschistisch, demokratisch und auch sozialistisch, wie auch unser Name sagt. Das ist auch unser Grundverständnis von Journalismus. Aber bestimmte handwerkliche Regeln muss man beachten. Wenn man zum Beispiel irgendetwas aufdecken will, ist es notwendig, keine Gerüchte zu erzählen, sondern eben auch Vorwürfe zu prüfen und gegebenenfalls auch Menschen, Konzerne oder Institutionen mit den Anschuldigungen zu konfrontieren. Wichtig ist auch, dass man über seine Arbeitsweise eine gewisse Transparenz gibt. Wie sind die Bedingungen, unter denen ich arbeite, wer hat eine Recherche-Reise finanziert et cetera. Transparenz und Handwerk sind wichtig.

Was sind deine aktuellen Themen, was wird in der kommenden Zeit wichtig werden?

Die Entwicklungen durch die Coronapandemie sind sehr bestimmend für alle. Als Bewegungsmensch waren die Querdenken-Protteste als neue reaktionäre Kraft ein großes Thema. Gleichzeitig haben die linken Bewegungen weitergearbeitet, aber weniger Aufmerksamkeit bekommen und auch eher kleinere, leisere Protestformen gewählt. Weil Massenmobilisierungen eben nicht vernünftig waren oder von vielen zumindest nicht so wahrgenommen wurden. Jetzt steht die große Frage im Raum, wer die Krisenkosten zahlen wird, das ist eine angespannte

Situation. Viele Leute erwarten, dass es größere Konflikte geben wird, aber noch sehen wir keine Sozialproteste auf der Straße. Wenn was passiert, wird es wichtig sein, darüber zu berichten. Auch über die hoffentlich anwachsenden linken Kämpfe. Schließlich wollen wir nicht, dass die breite Masse die Krisenkosten tragen muss, während die Reichen noch reicher werden. Und das *nd* wird den Weg in die Genossenschaft hoffentlich erfolgreich bestreiten.

**

Sebastian Bähr ist Bewegungsredakteur bei der Tageszeitung Neues Deutschland und dort zuständig für soziale Bewegungen, die radikale Rechte, Migration und Flucht.

Das Interview führte Johanna Bröse.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Die Kritik am Mediensystem schärfen“. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1705>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

„Wenn wir es nicht sagen, sagt es eine*r weniger“



Interview mit Hannah C. Rosenblatt und Carla Schäfer

Das Publizieren ist Teil einer linken Bewegungspraxis. Ohne linke Verlage fehlt eine Möglichkeit, marginalisierte Stimmen zu Wort kommen zu lassen.

kritisch-lesen.de: Was sind die größten Herausforderungen linker Verlagsarbeit?

Hannah C. Rosenblatt: Bei uns steht im Vordergrund, dass wir linke Bewegungen, Debatten und Positionen abbilden und ihnen eine Plattform bieten wollen. Dabei müssen wir aufpassen, kein Gatekeeper zu werden, wie es bei klassischen Verlagen oft der Fall ist. Diese Funktion wollen wir nicht übernehmen. Wir veröffentlichen nicht, um ein Verlag zu sein, sondern wir sind ein Verlag, weil wir veröffentlichen. Wir wollen bestimmte Inhalte verbreiten. Der Knackpunkt ist natürlich, dass wir auf Ressourcen und Netzwerke angewiesen sind, die nur manche Autor*innen mitbringen. Und das hat wieder mit gesellschaftlichen Privilegien und Ausschlüssen zu tun.

Kannst du das noch weiter ausführen?

Hannah: Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld: Wie können wir abbilden, was häufig nicht gesehen wird, ohne neue Ausschlüsse zu produzieren? Wie schaffen wir es, eine autonome Entscheidung für wichtige Inhalte zu treffen, ohne dass diese Inhalte gerade auf jeder Agenda stehen und sowieso gefördert werden? Wie bleiben wir da unabhängig? Und wie können wir das finanzieren und ermöglichen?

Der monetäre Faktor ist zentral, wie setzt ihr da eure Ansprüche um?

Carla Schäfer: Um uns vor Augen zu führen, was der Anspruch ist, müssen wir uns bewusst machen, dass wir *Teil* der Bewegung sind. Warum gibt es die edition assemblage? Nicht, weil wir im etablierten Literaturbetrieb ankommen, sondern weil wir es anders machen wollen.

Hannah: Praktisch heißt das, wir unterstützen die Autor*innen stärker als klassische Verlage. Wir schreiben Anträge an Stiftungen oder andere Kostenträger mit. Wir unterstützen auch Crowdfundings und sehen das als legitimen Weg. Nichts wofür wir uns schämen müssen, sondern etwas, das deutlich macht, dass es um Community-Arbeit geht. Büchermachen kostet Kohle, aber bringt kaum Geld. Die Linke wird gerne als verkopft bezeichnet, alles sei Theorie. Aber irgendwo muss die Theorie niedergeschrieben werden, und zwar in Büchern, die produziert werden müssen. Da geht es um Geld. Das ist nicht schön und beißt sich mit unserer antikapitalistischen Einstellung. Aber wir müssen diese Verhältnisse anerkennen, in denen wir Bücher produzieren und verbreiten. Manche Bücher schlagen dann plötzlich ein und wir machen Gewinn. Damit können wir dann mehrere Bücher mit wenig Geld im Hintergrund veröffentlichen oder auch Bücher hochwertig produzieren, von denen wir besonders überzeugt sind. Wir versuchen da stets die Waage zu halten.

Warum braucht es linke Verlage und nicht nur Verlage, die linke Bücher herausbringen?

Hannah: Das ist unsere Art, solidarisch zu handeln. Wir verstehen das als Freiheitspraxis. Ein linker Verlag zu sein, ist eine Entscheidung aus einer Haltung heraus.

Carla: Unser Verlag funktioniert nach dem Prinzip der solidarischen Ökonomie, sowohl für die Menschen, die beim Verlag angestellt sind als auch für die Leute, die Korrekturen und Satz machen sowie die Autor*innen. Wenn viel Geld für ein Projekt vorhanden ist, kann dieses vielleicht ein anderes quer finanzieren. Wir versuchen, die vorhandenen Ressourcen

umzuverteilen. Nicht jedes Buch muss individuell für die Chance kämpfen, veröffentlicht zu werden, das wird immer im Zusammenhang gesehen. Die Bündelung linker Stimmen ist viel wirkmächtiger als einzelne Stimmen für sich. So besteht die Möglichkeit, den Diskurs mitzuprägen, aber auch in die inhaltliche Tiefe zu gehen, und nicht immer von vorne anfangen zu müssen. Und gleichzeitig ist es schwierig, dabei offen und zugänglich zu bleiben. Was bei der Verlagsarbeit hinter den Kulissen passiert, die Treffen des Programmrats, die Autor*innen, die sich über uns kennenlernen, Verbindungen mit euch beispielsweise, das macht die assemblage aus. Was im Produktionsprozess noch wichtig ist: Die Deutungshoheit bleibt bei den Autor*innen und Herausgeber*innen. Wir schreiben keine Werbetexte und hauen die raus, ohne dass wir sie besprochen haben. Zu dieser Entmündigung, Vereinnahmung und Kapitalisierung von marginalisiertem Wissen kommt es schnell in großen Verlagen. Wir nehmen dafür langwierige Prozesse in Kauf, weil wir Themen lieber fünf Mal rücksprechen, bevor wir jemanden übergehen oder entmündigen.

Hannah: Genau in diesem Zusammenhang ist es wichtig, ein linkes Verlagskollektiv zu sein. Es ist linke Praxis, diese Umgangsformen einzuüben und zu etablieren, und vielleicht hier und da ansteckend zu wirken, mit dieser Ineffizienz, mit viel Raum für Diskussionen und Debatten. Wir glauben, dass es genau das braucht, um gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. Unsere Haltung zur Arbeit spielt eine wesentliche Rolle. Würden wir nicht diese Werte vertreten, hätten wir auch nicht die Idee gehabt, etwas auf Grundlage solidarischer Ökonomie aufzubauen. Das eine geht nicht ohne das andere. Nur so kann man Bücher veröffentlichen, mit denen die Bewegung was anfangen kann.

Habt ihr einen hohen Verkaufsdruck? Müsst ihr euch stark selbst ausbeuten?

Carla: Die assemblage wurde hauptsächlich mit unbezahlter Arbeit aufgebaut. Fast acht Jahre gab es keine oder nur kleine Gehälter. Dadurch, dass sich das in den letzten Jahren verändert hat, fühlt es sich gerade nicht nach Ausbeutung, sondern nach totalem Luxus an. Obwohl unsere Löhne natürlich nicht so hoch sind. Ich finde es aber wichtig, nicht immer dieses linke Narrativ der Selbstausbeutung zu reproduzieren: Um Teil eines linken Kollektivs zu sein, musst du bereit sein, dich auszubeuten. Aber das stimmt nicht! Wir arbeiten alltäglich darauf hin, dass Kollektiv nicht gleich Selbstausbeutung bedeutet. Und wir schaffen das teilweise sogar, aber natürlich nicht immer. Wenn es beispielsweise um Fragen der Elternzeit geht oder überraschend zusätzliche Kosten auftauchen, kann es schnell kippen. Aber meistens schaffen wir es.

Hannah: Durch das Kollektiv verteilen wir alles, was wir erwirtschaften unter uns, und nicht an eine Person, die sich dann einen Porsche davon kauft. Aber wir sind auch auf externe Förderung angewiesen.

Ihr seid Teil der Bewegung: Wie nah seid ihr dran?

Carla: Manchmal fühlt es sich sehr weit weg von den konkreten Bewegungen an, wenn ich beispielsweise den ganzen Tag eine Datenbank pflege. Das ist sehr frustrierend. Vor Corona hatte ich das Gefühl, wir sind mittendrin, zum Beispiel bei den linken Buchtagen oder beim Queeren Verlegen. Da gabe es einen direkten Austausch. Der Fokus hat sich nun sehr aufs Organisatorische verschoben. Wir sind wahrscheinlich eine solidarische Infrastruktur innerhalb der Bewegung, nicht nur für Publikationen. Unsere Räume, inklusive Infrastruktur, technischer Ausstattung, Netzwerken, Pressekontakten und so weiter können genutzt werden. So ergeben sich auch oft Kooperationen.

Hannah: Wir als behinderte Person haben das Gefühl, dass wir – seit wir mit der assemblage zusammenarbeiten oder Teil der assemblage sind – überhaupt erst in der Bewegung sind. Die Bewegung ist ja nicht so offen für Menschen mit Behinderung / behinderte Menschen, was Zugänglichkeit, Toleranz und Akzeptanz angeht. Wenn ich hier stundenlang sitze und Ligaturen entferne, frage ich mich schon, ob das jetzt mein politischer Beitrag ist? Aber wenn ich mir dann anschau, was ich da konkret bearbeite, sind es krasse Geschichten und ich trage dazu bei, dass Wissen verbreitet wird und das ist auch Teil von Bewegungsarbeit.

Die deutsche Linke ist zum Teil sehr fragmentiert. Was müsste eine linke Gegenöffentlichkeit ändern, um mehr Einendes zu schaffen? Welche Rolle spielen Verlage dabei?

Carla: Wollen wir überhaupt etwas Einendes schaffen? Wir wollen die Konflikte und Uneinigkeiten annehmen und produktiv wenden, miteinander ins Gespräch kommen, um herauszufinden, wie man zusammen in seiner Uneindeutigkeit und Vielfalt weitergehen kann. Und das funktioniert auch. Wir verlegen Autor*innen, die sich politisch nicht so nahe stehen. In der assemblage darf es Widersprüche geben.

Hannah: Widersprüche sind nicht unbedingt problematisch. Manchen Themen sind Widersprüche immanent. Das aufzuzeigen, ist harte linke Arbeit. Viele Themen sind so komplex, dass man dem auch nicht gerecht werden würde, wenn man versucht, Einigkeit und Homogenität herzustellen. Etwas Homogenes wird in der Regel früher oder später elitär und einförmig. Die Kraft der Linken liegt in der Widersprüchlichkeit und Vielfalt. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir so eine Art Mittler sein können, weil wir diese Plattform anbieten. Der Verlag bietet die Struktur, in der solche Diskussionen auf eine Art ausgetragen werden können, in der das Ziel nicht die Deutungshoheit über einen Konflikt ist. Wenn wir ein Buch veröffentlichen wollen oder es darum geht, welches Buch ins Programm aufgenommen wird, ist das vielleicht eine etwas neutralere Debatte, als wenn man darüber redet, wer recht hat und wem zugehört werden sollte. Das ist vielleicht ein kleiner Sandkasten, in dem man mit einem anderen Ziel als Macht debattieren kann.

Wie sehen für euch Kritische Medien der Zukunft aus?

Hannah: Wichtig ist dezentralisiertes Veröffentlichen und Organisieren. Es ist nicht davon auszugehen, dass wir in progressivere politische Zeiten gehen. Wir müssen uns drauf einstellen, dass es nicht leichter wird, linke Inhalte, auch radikale Inhalte, zu veröffentlichen. Es gibt Beispiele wie Queeres Verlegen, die Zukunft haben. Auch bilden sich zunehmend Kollektive, wie zuletzt stolzeaugen-books, das erste BIPoc-Verlagskollektiv in Deutschland.

Carla: Den Austausch empfinde ich immer als total bereichernd. Bei den Messen war es spannend zu merken, dass wir mit einem kleinen linken Verlag beispielsweise in Südafrika, über ähnliche Probleme oder Fördermöglichkeiten reden können. Natürlich ist das nicht eins zu eins die selbe Situation, aber es ist trotzdem bereichernd, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Warum ist eine kritische Gegenöffentlichkeit trotz aller Widrigkeiten unersetzlich?

Hannah: Weil wir noch ganz am Anfang stehen mit dem, was wir kommunizieren. Die baseline jedes Buchs, in dem es um Ungerechtigkeit geht, stellt die Forderung nach basic Menschenrechten, die nicht gewährt werden. Das muss man sich klarmachen. Am Ende sitze ich hier mit einem Buch, in dem steht, dass Menschen sicher und versorgt sein und ein Dach über dem Kopf haben wollen. Warum ist das Thema, warum muss das aufgeschrieben werden, warum ist das noch nicht selbstverständlich? Genau deswegen ist es unersetzlich, weil es eben nicht selbstverständlich ist, dass alle Menschen gut versorgt sind und ein gutes Leben haben. Ich glaube, da braucht man gar nicht groß ausholen. Wir reden immer noch über sehr basale Dinge miteinander. Und wenn wir es nicht sagen, sagt es eine*r weniger.

**

Hannah C. Rosenblatt und Carla Schäfer arbeiten im Kollektiv des Verlags edition assemblage, welcher vor zehn Jahren als publizistisches Netzwerk in Münster gegründet wurde. Die Idee der assemblage ist, die Bewegungen publizistisch zu begleiten, ihre Debatten abzubilden und Input zu geben.

Das Interview führte Andrea Strübe.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Wenn wir es nicht sagen, sagt es eine*r weniger“.
Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1703>.
Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Werft die rassistischen Verhältnisse um!



© Narges Nasimi

Essay von Narges Nasimi

Die rassistische Kriminalisierung migrantischer Kämpfe in Deutschland hat System. In der jüngsten Kurdistan- und Palästinasolidarität formiert sich Widerstand dagegen.

Essay von [Narges Nasimi](#)

Der Aufstieg der Neuen Rechten und die Entwicklung des Rassismus gegen Geflüchtete sind Phänomene, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit häufig als Reaktion auf die Krise 2008 und „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 bezeichnet werden. Diese Art der Interpretation propagiert und legitimiert Rassismus als scheinbar natürliche Reaktion von Menschen aus Angst vor „Fremden“ oder als einen Reflex auf „Überfremdung“. Die politischen Akteur*innen reagieren darauf mit passenden Maßnahmen, wie einer restriktiven Migrationspolitik und der Durchsetzung einer „Leitkultur“, der sich Migrant*innen zu unterwerfen haben. Die „Flüchtlingskrise“ ist aber vielmehr eine Krise des Imperialismus, schließlich ist die Frage der Flucht in der imperialistisch-kolonialistischen Politik und der tiefgehenden Krise des Neoliberalismus zu suchen. Die imperialistischen Besetzungen in Ländern wie Afghanistan im Jahr 2001, Irak 2003, Syrien 2012 oder Jemen 2015 führten zur Flucht von Millionen Menschen.

Wer hat ein Recht auf Menschenrechte?

Seit geraumer Zeit hören wir, dass die Globalisierung die Macht der Nationalstaaten im Zaum hielte, oder dass die Nationalstaaten im Begriff seien, unterzugehen. Diese Behauptung mag richtig sein, solange es um die Verschiebung des Kapitals über Nationalgrenzen hinweg geht. Ja, der Kapitalismus kann Grenzen herbei- oder wegzaubern. Doch der Mensch wurde nicht globalisiert, seine Daseinsberechtigung hängt noch immer von der Unterordnung unter einen Nationalstaat ab.

Die bittere Wahrheit lautet: Solange Du ein Mensch im wahrsten Sinne des Wortes bist, besitzt Du keine Rechte. Ordnest Du dich keinem Staate unter, so bist du *de facto* nicht existent. Dieser Umstand unterhöhlt den Grundsatz der Menschenrechte und verdeutlicht die innere Aporie der Menschenrechte. Denn Menschenrechte gelten nicht für den Menschen an sich, sie gelten vielmehr für die Staatsbürger*innen der kapitalistischen und imperialistischen Staaten. Die Asylrechte sind für geflüchtete Menschen existenziell, allerdings reichen sie ohne das Erhalten der Staatsbürgerschaft nicht aus, um ganz zu wirken und einen sicheren Aufenthalt zu garantieren.

Auch für Lea Susemichel und Jens Kastner spielt der Nationalstaat nach wie vor eine zentrale Rolle, Ausbeutungsverhältnisse zu verstehen, wie sie in ihrem Buch „Identitätspolitik“ betonen. Dabei ist zentral, dass unabhängig von der tatsächlichen Konstitution des Volkes, sich dennoch eine scheinbar homogene Gruppe herauskristallisiert, die als Staatsbürgerschaft angerufen wird:

„Die Begriffe Nation, Volk, Ethnie und ‚Rasse‘ sind häufig nicht voneinander abzugrenzen, denn ihre jeweilige Bedeutung ergibt sich oft erst in der Beziehung, die sie untereinander eingehen. Die Nation schafft sich das Volk erst, auf das sie sich konstitutiv bezieht; dieses Volk wiederum basiert auf Vorstellung von ethnischen Gruppen, die mal eher an Sprache, mal eher an Abstammung, mal an beidem festgemacht werden und damit zugleich auch Elemente von ‚Rasse‘ enthalten. All diese Konzepte definieren sich also wechselseitig, all diese Konzepte sind soziale Konstrukte [...]. Welcher Nation wir angehören, bestimmt wesentlich darüber, welches Leben wir führen können, und ein ethnischen Gruppen zugeordnet werden, kann zusätzlich Vorteile oder auch extreme Nachteile verschaffen. Die Nation ist nach wie vor das zentrale Ordnungsprinzip der modernen Gegenwartsgesellschaften. Die ‚Nationform‘ des Politischen, wie Etienne Balibar sie genannt hat, ist historisch entstanden mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.“ (2020, S. 92)

So erfüllt Rassismus eben auch eine dezidiert ökonomische Funktion. Es gibt spezifische Formen der Ausbeutung – wie die Überausbeutung – die die Rassifizierten konkret betreffen und mit rassistischer Unterdrückung einhergehen. Mit diesen Unterdrückungsmechanismen, die in erster Linie nicht als eine ökonomische Kategorie erscheinen, werden mit der Schaffung billiger Arbeitskräfte Arbeitskosten gesenkt und die Profitmaximierung der herrschenden Klasse realisiert. Die kapitalistische Klasse muss dabei eine wesentliche rassistische Ideologie aufrechterhalten, während sie gleichzeitig ein multikulturelles Heer an Arbeiter*innen erschafft. Der zentrale Widerspruch ist hier derjenige zwischen der Internationalisierung der Produktivkräfte und den nationalstaatlichen Grenzen. Die rassistische Unterdrückung ist ein internationales Phänomen, das im nationalen Kontext mit spezifischen Mechanismen der Gewalt, Unterwerfung, Abwertung sowie Ausgrenzung zum Ausdruck kommt. Rassistische Diskurselemente verbreiten sich dagegen international und sind eng mit Interessen imperialistischer Mächte verbunden. Die Zugehörigkeit dieses abstrakten „Menschen“ zu einer unterdrückten oder zu einer unterdrückenden Nation ist neben dem Klassenbezug entscheidend dafür, welche Rechte und Privilegien dieser „Mensch“ genießen kann oder in welchem Maßstab er entrechtet wird und von staatlichen Repressionen betroffen ist. Die nationale Frage ist im kapitalistischen Bezugsrahmen also nach wie vor ungelöst, nicht nur in Palästina und Kurdistan, sondern selbst in Europa, wie man in Katalonien sehen kann.

Kontrolle durch Rassismus

Und doch geht der Rassismus als Rechtfertigungsideologie über die Sphäre der Ökonomie hinaus und ist nicht auf ökonomische Funktionen reduzierbar, was einige Linke jedoch tun, die die Meinung vertreten, dass der Rassismus mit der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse, Lohnsteigerungen und gewerkschaftlicher Organisierung einfach verschwinden würde. Der Rassismus existiert jedoch nicht als eine Reihe an Illusionen und Ideen, die sich durch Verbesserung der ökonomischen Lage, Selbstreflexion oder Therapie auflösen. Rassismus materialisiert sich in Abschiebegefängnissen, Flüchtlingslagern, Gesetzgebungen, Grenzkontrollen und in Überausbeutung. Der Rassismus ist eine Ideologie, die in Form rassistischer Gewalt und Unterdrückung, also als ein Komplex von institutionellen, staatlichen und nichtstaatlichen sowie praktischen und unsichtbaren Formen der Unterwerfung und Gewalt existiert. Oder wie Marx und Engels es formulierten, dass die „Gedanken der herrschenden Klasse [...] in jeder Epoche die herrschenden Gedanken sind.“ (1990, S. 46)

Diese Ideologie der Herrschenden ist also stets in Bewegung, wie Volkhard Mosler in seinem Essay „Rassismus im Wandel – Vom Sozialdarwinismus zum Kampf der Kulturen“ erläutert:

„Die rassistische Ideologie selbst ist historischem Wandel unterworfen: Die in der Vergangenheit dominanten, biologisch argumentierenden Rassentheorien sind auf dem Rückzug. Theorien kultureller Differenz, zum Beispiel zwischen ‚dem Westen‘ und der ‚islamischen Welt‘, sind hingegen auf dem Vormarsch. Die Funktion des Rassismus bleibt jedoch gleich: Er nutzt den Herrschenden, weil er die Unterdrückten spaltet und so Kämpfe demobilisiert.“ (2012, S. 2)

Diese Analyse ist allerdings nur insoweit richtig, dass die Funktion des Rassismus hier nicht auf Spaltung und Demobilisierung emanzipatorischer Kämpfe reduziert wird. Der Rassismus in institutionellen und staatlichen Formen hat eine konkrete Funktion, nämlich Kontrolle und Disziplinierung der „Anderen“. Kriminalisierung, Einschüchterung und Einsperrung zielen letztendlich darauf ab, Gehorsamkeit der „Ausländer*innen“ mittels bestimmter Gesetze und Maßnahmen zu schaffen. Einer der zentralen Aspekte rassistischer Unterdrückung und institutioneller rassistischer Gewalt ist, dass die politische sowie sozio-ökonomische Ungleichheit anhand von Differenzen, durch Kategorisierung der Menschen in Staatsbürger*innen und „Nicht-von-hier“ rationalisiert und legitimiert wird. Diese „Nicht-von-hier-Menschen“ werden durch diskriminierende Gesetzgebungen bis hin zu Abschiebungen in einer unsicheren Lebenslage gehalten. Hier werden die Kontrollmechanismen professionalisiert.

Auch in Deutschland sind Rassismus und rassistische Gewalt tief in Staat, Politik und Gesellschaft sowie im Polizeiparapparat verankert. Das bayrische Integrationsgesetz, Polizeiaufgabengesetze und die Asylpakete zeigen, wie der staatliche Rassismus im Parlament funktioniert. Dehumanisierung der „Anderen“ und Unfähigkeit zu Empathie sowie Entsolidarisierung in der Gesellschaft sind die Folge staatlicher und institutioneller rassistischer Gewalt. Die Rationalisierung und Legitimation dieser Mechanismen in der deutschen Gesellschaft finden ihren Ausdruck im Schweigen der „Einheimischen“ über der Unterdrückung der „Anderen“.

Neue Solidarität mit Rojava und Palästina

Widerstand und Kämpfe der migrantischen Bevölkerung zu denunzieren, ist kein neues Phänomen in Deutschland. Im Frühjahr und Sommer 1973 streikten in der BRD über 300.000 Menschen, ohne eine formale Erlaubnis ihrer Gewerkschaften einzuholen. An der Spitze dieser Streiks standen migrantischen Arbeiter*innen. Der Pierburg-Streik oder die Kämpfe der Ford-Bandarbeiter*innen in Köln sind aber auch Beispiele für Rassismus bei der Polizei und in den Medien: Die Streiks wurden diskriminierend als „Türken-Terror“ bezeichnet.

Doch es formiert sich auch eine Gegengewalt mit den Geflüchtetenprotesten, die den Charakter eines Klassenkampfes von unten angenommen haben. Seit 2012 sind die Proteste von Non-Citizens im Vergleich zu vorherigen Geflüchtetenprotesten aus ihrem randständigen Charakter herausgekommen. Insbesondere in Bayern konnten diese stigmatisierten Gruppen viele Jugendliche politisieren und organisieren, die neuen Protestwellen inspirierten viele Schüler*innen, Student*innen und Intellektuelle. Ein Beispiel ist die prokurdische Bewegung: Zahlreiche Feminist*innen und progressive Menschen sind sowohl von der kurdischen Frauenbewegung als auch vom Gesellschaftsmodell Rojavas fasziniert. Dieses Modell basiert auf einer demokratisch-autonomen Verwaltung beziehungsweise einem demokratischen Konföderalismus, der ein nationalstaatliches, militaristisches und religiöses Staatsverständnis sowie eine Zentralverwaltung und -macht ablehnt und alle Entscheidungsgremien auf lokale Einrichtungen wie Kooperativen in Dörfern, Städten und Nachbarschaften überträgt. Diese lokalen Einrichtungen sollen für die Beteiligung aller ethnischen, sozialen, kulturellen und nationalen Gruppen offen sein.

Genau wie kurdische Aktivist*innen werden in Deutschland auch palästinensische Aktivist*innen kriminalisiert. Der deutsche Staat und alle regierenden Parteien bezeichnen jede Kritik am israelischen Besatzungsregime als Antisemitismus, ein Problem, das es auch in Teilen der Bewegungslinken gibt. Dabei geht es hier nicht nur um Palästina, sondern es muss auch der antimuslimischen und antiarabischen Rassismus adressiert werden, von dem viele Migrant*innen und Geflüchtete betroffen sind.

Im Zuge der letzten Angriffe des israelischen Militärs auf palästinensische Gebiete beobachten wir eine neue Tendenz der Solidarität mit Palästina in Deutschland, was etwas überrascht. Die Palästinafrage wurde in Deutschland meist eher tabuisiert. Das Bündnis *palästinaspricht* mit

antirassistischem und antifaschistischem Anspruch organisierte in vielen Städten Demonstrationen gegen die israelischen Angriffe und Maßnahmen und distanziert sich dabei deutlich von türkischen Faschist*innen, die versucht haben, die Palästinasolidarität für ihre antisemitische Agenda zu missbrauchen. Das Bündnis definiert ihr Ziel wie folgt: „Die palästinensische Stimme in Deutschland hörbar machen – dafür schaffen wir eine inklusive Plattform, auf der die Menschenrechte von Palästinenser*innen und die Situation in Palästina angesprochen und gefördert werden können. Wir kämpfen für die Meinungsfreiheit zu dem Thema Palästina in Deutschland und ermutigen alle, gemeinsam mit uns für Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit und gegen jegliche Form von Rassismus einzustehen.“ Zur rassistischen Kriminalisierung migrantischer Kämpfe kam es in letzten Jahrzehnten immer wieder, ohne dass sich dagegen eine bundesweite linke Strömung organisiert hätte. Hätte es in der Vergangenheit bereits eine stärkere Solidarisierung mit anderen kriminalisierten Geflüchtetenaktivist*innen gegeben, beispielsweise eine stärkere Kurdistan solidarität, hätten wir es heute mit Sicherheit leichter mit der solidarischen Unterstützung Palästinas gehabt, um hier gemeinsam auf die Straße zu gehen. In diesem Sinne ist die Initiative des Bündnisses zu begrüßen, allerdings muss die Solidarität zu Palästina nun auch zum Aufbau einer antiimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung genutzt werden.

Stoppt den kapitalistischen Zug!

In den letzten Jahrzehnten gab und gibt es progressive Bewegungen und Kämpfe in Deutschland, die in unterschiedlichen Maßstäben einen isolierten klassenkämpferischen, feministischen, antirassistischen, antikolonialistischen und teilweise antiimperialistischen sowie internationalistischen Charakter annehmen. Manche dieser Bewegungen konnten mehrere dieser Aspekte gleichzeitig beinhalten, allerdings konnte keine von ihnen sich allen Aspekten annehmen. Was sind die Herausforderungen dieser Bewegungen, woran sollten wir also anknüpfen und was wäre diese strategische Perspektive?

Wir brauchen eine politische Strategie, die die Kämpfe von Unterdrückten für demokratische Rechte nicht aus einer reduktionistischen Perspektive des Ökonomismus betrachtet und sie unter dem Banner „spaltender Identitätspolitik“ oder „nicht zur Klassenpolitik gehörende Kämpfe“ denunziert. Identitätspolitik und Klassenpolitik sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich oftmals gegenseitig. Eine linke Entweder-oder-Politik dient der herrschenden Klasse, denn die Verteidigung der „klassenbasierten“ Politik läuft in eine Sackgasse des chauvinistischen Ökonomismus, mit ihrer Anpassung an die weiße, heterosexuelle und männliche Arbeiterklasse. Und eine Verteidigung rein identitätspolitischer Forderungen wird zu einer Instrumentalisierung der Kämpfe unterdrückter und ausgebeuteter Gruppen seitens wirtschaftlicher und politischer Eliten führen. Kategorien wie „Frau“ und „Schwarz“ werden dabei neutralisiert, verkommen zu reinen Quotenbegriffen und werden eines jeden Klassencharakters beraubt.

Das Erbe dieser vermeintlich linken und teils sogar als revolutionär dargestellten Politik ist, dass wir weit davon entfernt sind, notwendige Schritte sowohl auf theoretischer als auch auf praktischer Ebene unternehmen zu können. Für eine emanzipatorische Praxis müssen die strukturellen und strategischen Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Ausbeutung und rassistischer Unterdrückung heute verstanden werden. Somit hat Marx' Forderung von 1844 „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ leider nicht an Aktualität verloren.

Tony Cliff fasste es einmal in folgendem Bild zusammen:

„Wenn ich als weißer Mann im Kapitalismus in einem abgewrackten und dreckigen Zug fahre, werde ich wenigstens einen Fensterplatz haben. Die Frau oder der Schwarze muss mit einem Platz am Gang Vorlieb nehmen und noch schlechtere Bedingungen ertragen als ich. Aber das wirkliche Problem ist der Zug. Wir müssen alle den gleichen Zug ertragen. Wir haben keine Kontrolle über den Fahrer, der uns auf einen Abgrund zusteuert.“ (2000, S. 10)

Die Unterdrückung von Migrant*innen hat eine materielle Basis im Kapitalismus. Die Abtrennung des Kampfes gegen Unterdrückung vom Kampf gegen Ausbeutung muss überwunden werden, um an der materiellen Basis etwas zu ändern. In Abgrenzung zu einem liberalem Antirassismus, der die Unterdrückung auf kulturelle Fragen reduziert und versucht, diese unter anderem mit Antidiskriminierungsgesetzen zu bekämpfen, ist es notwendig, gegen die spezifische Unterdrückung von „Anderen“ auf ideologischem und rechtlichem Gebiet zu kämpfen, die Kämpfe gegen Rassismus nicht zweitrangig und ablenkend abzustempeln. Solidarität mit von Rassismus unterdrückten Personen wird die Einheit aller Arbeiter*innen stärken.

Zusätzlich verwendete Literatur:

Cliff, Tony (2000): Argumente – Sozialistische Texte. Edition Aurora, Berlin.

Karl Marx, Friedrich Engels (1990): Deutsche Ideologie. In: MEW Band 3. Dietz Verlag, Berlin.

Mosler, Volkhard (2012): Rassismus im Wandel – Vom Sozialdarwinismus zum Kampf der Kulturen. In: theorie21.

Susemichel, Lea / Kastner, Jens (2020): Identitätspolitiken – Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Unrast Verlag, Münster.

Narges Nasimi ist kurdische Sozialistin und Feministin aus Rojilat. Ihr politischer Fokus liegt auf Antirassismus und antikolonialen Befreiungskämpfen. Sie lebt in München.

Zitathinweis: Narges Nasimi: Werft die rassistischen Verhältnisse um! Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1704>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Lichter in der Dunkelheit



Dario Azzellini (Hrsg.)

Mehr als Arbeitskampf!

Workers weltweit gegen Autoritarismus, Faschismus und Diktatur

Von Argentinien bis Tunesien: Ein neuer Sammelband rückt die globale Dimension politischer und sozialer Mobilisierung von Arbeiter:innen in den Blick.

Rezensiert von [Moritz Busse](#)

In Kolumbien gehen dieser Tage massenhaft Menschen auf die Straße. Sie protestieren gegen die soziale Ungleichheit im Land, die sich durch die Corona-Krise noch einmal verschärft hat, fordern ein Ende der Polizeigewalt und den Rücktritt des Staatspräsidenten Iván Duque. Ausgelöst wurden die jüngsten Aufstände durch eine von der Regierung im April dieses Jahres verabschiedeten – und mittlerweile wieder zurückgenommenen – Steuerreform, die insbesondere untere und mittlere Einkommensgruppen stark getroffen hätte. Die brutale Reaktion der Polizei und des Militärs auf die Proteste kostete bereits mehrere Menschenleben. Doch in der hiesigen Presselandschaft wird den Ereignissen in Kolumbien kaum Beachtung geschenkt.

Ein neuer Sammelband stellt sich dieser Ignoranz für Kämpfe gegen autoritäre und faschistische Tendenzen im globalen Süden entgegen und will dabei die Relevanz von Arbeiter:innen weltweit ins Bewusstsein rücken. Berichte aus 25 Ländern vereint der Band dafür in 29 Beiträgen: Von historischen Ereignissen wie dem bedeutenden Bergarbeiterstreik 1984/85 in Großbritannien gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik Thatchers, hin zu aktuellen Kämpfen wie der gewerkschaftlichen Mobilisierung in Indien unter Modi. Der Herausgeber Dario Azzellini macht im Vorwort sein mit dem Sammelband verbundenes Anliegen deutlich: „Der Blick ist darauf gerichtet, wie Arbeiter:innen sich für demokratischen Wandel einsetzen, auch in Situationen der Schwäche.“ (S. 12)

Wider die staatliche Repression

Und diese Schwäche ist keineswegs überraschend. Wo Faschismus gedeiht, sind Gewerkschaften und eine organisierte Arbeiter:innenschaft besonders bedroht. In einem Beitrag nimmt Verna Dinah Q. Viajar die Leser:innen mit in die Zeit Indonesiens unter der autoritären Herrschaft des Diktators Suharto (1968–98) und illustriert, dass die Unterdrückung der Gewerkschaften eine Voraussetzung für dessen Herrschaft war. Nach dem Militärputsch durch Suharto wurde in einer Säuberungsaktion gegen Kommunist:innen und deren Sympathisant:innen auch die organisierte Arbeiter:innenbewegung zerschlagen, viele Menschen wurden getötet oder inhaftiert. Die herausragende Rolle der Gewerkschaften und der arbeitenden Klasse bei dem in den 1990er Jahren einsetzenden Demokratisierungsprozess in Indonesien stellt Viajar ebenso heraus:

„Die Rechte und Kämpfe von Arbeiter:innen sind inhärent mit breiteren Kämpfen um Demokratisierung verknüpft. Denn Gerechtigkeit und Demokratie am Arbeitsplatz spiegeln den Kampf um Gleichheit in der Gesellschaft wider.“ (S. 144)

Verbindende Klassenkämpfe

Viele Beiträge erzählen von solidarischen Kämpfen, die von organisierten Arbeiter:innen und sozialen Bewegungen gemeinsam geführt werden; Kämpfe, die in hiesigen linken Theoriediskussionen unter dem Schlagwort „verbindende“ bzw. „neue Klassenpolitik“ verhandelt werden. Während der verbindende Charakter solcher Kämpfe im globalen Norden eher hoffnungsvoll imaginiert, denn im großen Rahmen realisiert wird, machen die spezifischen Gegebenheiten in einigen Ländern des globalen Südens sie zur Notwendigkeit.

Die Soziologin Flávia Braga Vieira widmet sich diesem Umstand in ihrem Beitrag über die Organisation von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Brasilien. Angesichts eines Wiedererstarkens rechter Bewegungen ab 2014, die in den Wahlsieg des Rechtsradikalen Jair Bolsonaro zum Präsidenten 2018 mündeten, schmiedeten linke und Mitte-Links-Parteien, Studierendenorganisationen, Schwarze und LGBTIQ-Aktivist:innen, indigene Organisationen, Gewerkschaften und vor allem Frauenbewegungen Bündnisse. Auch wenn der Wahlsieg Bolsonaros nicht zu verhindern war, kann „die Verbindung ‚neuer‘ und ‚alter‘ Formen von Klassenorganisation“ (S. 80) aus der Erfahrung gemeinsam bestrittener Kämpfe für künftige Proteste gegen autoritäres Regierungshandeln lehrreich sein. Was der Sammelband hier leistet, ist nicht zu unterschätzen: In der Veranschaulichung unterschiedlicher Formen von Bündnispolitik zeigt sich, wie Solidarität in der konkreten Praxis gelebt wird. Statt der Differenz wird dort das Verbindende betont.

Druck von unten

Das Buch liefert auch Beispiele, wie sich Arbeiter:innen ohne gewerkschaftliche Hilfe oder sogar gegen den Widerstand von Gewerkschaftsführungen selbstorganisieren. Der Politikwissenschaftler Lorenzo Feltrin spürt in seinem Beitrag dem Aufstand in Tunesien von 2011, der den sogenannten Arabischen Frühling begründete, nach. Während sich die lange Zeit auf Kompromisse eingeeübte Führung der größten Gewerkschaft des Landes, UGTT, von den Ereignissen gelähmt zeigte, mobilisierten vor allem prekäre Arbeiter:innen für die Proteste. Die politisierte Basis trug schließlich den Kampf in den Gewerkschaftsapparat, bis sich die nationale UGTT-Führung hinter den Aufstand stellte.

Feltrins Text, wie der vieler anderer im Band, gibt Aufschluss darüber, was Gewerkschaften daraus für ihre Mobilisierungsarbeit lernen können: Um nicht den Kontaktverlust zur Basis zu riskieren, müssen Gewerkschaften ihre strikte Trennung von Arbeitskämpfen und politischen Aktionen überdenken und gesamtgesellschaftliche Fragen stärker in den Blick nehmen. In einem einführenden Kapitel fordert der Hausgeber Dario Azzellini, dass sich insbesondere Gewerkschaften im globalen Norden nicht darin beruhigen sollten, „an der ausschließlichen Vermittlerrolle zwischen Kapital und Arbeit [...] und dem strikten Befolgen institutionalisierter Arbeitskonfliktmodelle“ (S. 42) festzuhalten. Stattdessen müssten Gewerkschaften die Konfliktbereitschaft bei Arbeiter:innen entwickeln und stärken. Azzellini konstatiert in der Tat eine globale Tendenz zunehmender Arbeitskämpfe, die durch die Covid-19-Pandemie nicht abgeschwächt, sondern sogar verstärkt worden ist. Ob diese Kämpfe eine schlagkräftige linke Bewegung hervorbringen werden, bleibt abzuwarten und dürfte vor allem von der gesellschaftspolitischen Entwicklung in den jeweiligen Ländern abhängen.

Der Sammelband deckt eine immense Bandbreite globaler Arbeitskämpfe ab. Die Stärke des Buches liegt darin, aufzuzeigen, wie arbeitnehmerfeindlich autoritäre Regime ausgerichtet sind und wie sehr ihre Stabilität einer konformen und gehorsamen Arbeiter:innenschaft bedarf. In den Beiträgen zu Japan, Frankreich oder Deutschland wird allenfalls angedeutet, dass auch liberal-kapitalistische Systeme nicht an einer an demokratischen Praktiken im Arbeitsleben orientierten organisierten Arbeiter:innenschaft interessiert sind.

Dem Sammelband gelingt allerdings, was viele Bücher, die sich an den Verwüstungen von Klassengegensätzen abarbeiten, versäumen: Die Darstellung von Arbeiter:innen nicht

ausschließlich als passive Opfer und Ausgebeutete, die es zu repräsentieren gilt, sondern als kämpfende Subjekte, die sich aller Widerstände zum Trotz gegen die Verhältnisse im Kollektiv organisieren und für ihre Rechte und Interessen eintreten. Diese Kämpfe geben Hoffnung. Es sind Lichter in der Dunkelheit.

Dario Azzellini (Hrsg.) 2021:

Mehr als Arbeitskampf! Workers weltweit gegen Autoritarismus, Faschismus und Diktatur.

VSA, Hamburg.

ISBN: 978-3-96488-081-9.

240 Seiten. 16,80 Euro.

Zitathinweis: Moritz Busse: Lichter in der Dunkelheit. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1695>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Her mit dem schönen Leben!



Hendrik Lackus / Olga Schell (Hrsg.)

Mall of shame

Kampf um Würde und Lohn

*Migrant*innen sehen sich häufig prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt. Eine Gruppe Arbeiter*innen kämpfte jahrelang gegen die Ungerechtigkeiten auf dem Bau der Mall in Berlin.*

Rezensiert von [Mathias Fiedler](#)

Arbeit bedeutet für viele Kampf um ein besseres Leben. Arbeit und Migration bedeuten meist doppelten Kampf. Dass dieser sich lohnen kann, hat vor kurzem das Ergebnis des Streiks in Bornheim beim Unternehmen Spargel Ritter gezeigt. Über hundert Saisonarbeitende hatten im April 2021, pünktlich zum Start der neuen Erntesaison, eine außergerichtliche Einigung erzielt und Nachzahlungen für die Ernte 2020 erhalten. Ausgangspunkt dieses Kampfes waren 100.000 Euro nicht gezahlter Lohn. Unterstützt wurde der hartnäckige, ein Jahr andauernde Kampf durch die FAU (Freie Arbeiter*innen Union) Bonn.

Auch das von Hendrik Lackus und Olga Schell herausgegebene Buch „Mall of Shame - Kampf um Würde und Lohn“ verweist nun im Einstieg auf den oben genannten aktuellen Kampf und dessen Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten mit dem mehrere Jahre andauernden Arbeitskampf rumänischer Bauarbeiter, die im Auftrag von Subunternehmen auf der Baustelle der *Mall of Berlin* gearbeitet hatten. Mehrere dieser Subunternehmen gingen bankrott und einige der Bauarbeiter wurden sogar mehrfach um ihren Lohn betrogen. Der Investor Harald Huth sah keinen Grund bei den Arbeitern finanziell für eine Entschädigung zu sorgen.

Weil ihnen kein Lohn gezahlt wurde, starteten die Arbeiter zunächst einen Protest und begannen, nahezu täglich über ihre Lage direkt vor der Baustelle der Mall zu informieren. Einige Zeit schliefen sie sogar in einem Container auf der Baustelle. Auch hier war es die FAU (Berlin), die den Protest der Arbeiter und die folgenden mehrjährigen gerichtlichen Verhandlungen über Lohnzahlung tatkräftig unterstützte:

„Ihre Hilfe war sehr wichtig, sie haben uns mit Geld unterstützt und mit andere Sachen. Wir haben angefangen Proteste zu machen. Sie sind mit Fahnen gekommen und mit Flyern, die wir an die Leute verteilt haben und so etwas.“ (S. 63)

Brücken der Solidarität

Die Autor*innen hatten selbst den Kampf der protestierenden Arbeiter*innen begleitet und bezeichnen sich als solidarische Unterstützer*innen. Ihre eigene Rolle kommt im Buch ebenso zur Sprache wie die ungleiche soziale Herkunft einiger Gewerkschaftsmitglieder und der protestierenden Arbeiter*innen:

„Nicht wenige der aktiven Mitglieder sind in einem akademischen bzw. universitären Arbeitsumfeld unterwegs. [...] Es ist eine große Herausforderung trotz unterschiedlicher Ausgangslagen, Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Unserer Meinung nach kann es diese Gemeinsamkeit in Kämpfen jedoch nur geben, wenn bestehende Unterschiede wahrgenommen werden und die jeweils spezifischen Ausgangsbedingungen und Lebensrealitäten der Beteiligten berücksichtigt und im wechselseitigen Aushandlungsprozess verstanden werden.“ (S. 194)

Den Autor*innen geht es um die Sichtweisen der ehemaligen Protestierenden auf ihren damaligen Kampf. Heute lebt nur noch einer von ihnen in Berlin. Für die im Buch abgedruckten Interviews führen die beiden Herausgeber*innen dorthin, wo es die übrigen Arbeiter*innen bei ihrer Suche nach Lohnarbeit geführt hatte. Die Beurteilungen ihres Kampfes fallen unterschiedlich aus. Allerdings geben viele an, dass der gemeinsame Kampf wichtig war. Auch die Unterstützung der FAU (Schlafplätze, juristische Hilfe, Flyerdruck, sonstige finanzielle Unterstützung, Pressearbeit, Recherche etc.) wird häufig als sehr positiv bewertet. Negativ wird der verlorene Kampf vor Gericht eingeschätzt. Aber auch wenn die Klagen um den geprellten Lohn allesamt zu Ungunsten der Arbeiter*innen ausfielen, liegt mit dem Buch, neben einer gelungenen historischen Bestandsaufnahme und einer Dokumentation der Misere vieler Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund auf dem deutschen Arbeitsmarkt, reichlich Reflexionsmaterial für zukünftige Arbeitskämpfe vor.

Neben der Rekonstruktion und Bewertung der Ereignisse um die von den Protestierenden sogenannte „Mall of Shame“ unternehmen die Herausgeber*innen den Versuch, diese Ereignisse in andere Kämpfe und Formen widerständigen Handelns von Arbeiter*innen einzuordnen. So ist beispielsweise ein Interview mit dem mittlerweile wieder aus der Haft entlassenen rumänischen Arbeiter Daniel Neagu abgedruckt. Weil er keinen Lohn auf einer Baustelle erhalten hatte, setzte er sich in einen Bagger und riss kurzerhand mehrere Häuser, die er zuvor mitgebaut hatte, ein und filmte sich dabei. In zwei Beiträgen des Berliner Juristen Klaus Stähle werden zudem arbeitsrechtliche Fragen erläutert. Den Abschluss bildet ein Artikel der Sozialwissenschaftler Peter Birke und Felix Blum, die sich Fleischfabriken und Arbeitsmigration unter anderem im Oldenburger Münsterland widmen und dabei versuchen, einen Bogen zwischen Grenz- und Verwertungsregime zu schlagen und möglichen Widerstand dagegen auszuloten.

Internationale Solidarität

„Die Migration haben wir nicht in Rumänien erfunden. Sie besteht seit Jahrtausenden. Niemand verlässt sein Land, weil es ihm dort gut geht.“ (S. 26)

Auch Deutschland ist seit vielen Jahren ein Einwanderungsland. Die vorliegende Veröffentlichung lässt die Verschränkungen von kapitalistischer Ausbeutung und rassistischer Arbeitsmigration, sowie die Lebensrealität der davon Betroffenen deutlich werden. Dabei kommen die Kämpfenden selbst zu Wort. Und der Band kann als wertvolle Literatur für kommende Kämpfe gelten, denn Erfahrungen, die Menschen aus ihren Herkunftsländern mitbringen, sind auch gewerkschaftlich nicht zu unterschätzen. Dass im Kapitalismus die Taktik des Gegeneinander-Ausspielens – sowohl von Belegschaften als auch um Löhne und Sozialleistungen – angewendet wird, ist zwar keine neue Erkenntnis. Dennoch zeigt das Buch anschaulich, wie Klassenunterschiede zwar nicht sofort zu überwinden sind, aber Solidarität untereinander möglich ist. Denn nicht nur Solidarität auf der Straße wird gebraucht, sondern auch ein langer Atem, um die derzeitigen Verhältnisse *zum Tanzen* zu bringen und Netze von Subunternehmen und Briefkastenfirmen zu durchschauen. Es gilt sowohl materielle und sozio-kulturelle Unterschiede als auch Sprachbarrieren zu überwinden. Die fragmentierte Situation von Arbeiter*innen und die vielen Wechsel der (Arbeits-)Orte erleichtern die Kämpfe nicht. Viele Probleme und Proteste geraten daher schnell in Vergessenheit. Denn obwohl die Zeit des Mall-of-Shame-Protests noch nicht lange her ist, können (oder wollen) sich viele Arbeiter nicht mehr genau an diese Zeit in Berlin erinnern, die unter anderem von Gewalt und Obdachlosigkeit geprägt war.

Die Kombination aus Interviews mit Arbeiter*innen und Analysen zu Migration und Arbeit veranschaulicht prekäre Arbeitsbedingungen von Migrant*innen. Die Herausgeber*innen wollen mit ihrem Buch nicht bloß dokumentieren, sondern sie versuchen, zu klären, wie eine Zukunftsperspektive aussehen und wie man wilde Streiks unterstützen kann.

Schließlich handelt es sich hier nicht um Einzelfälle, wie am genannten Einstiegsbeispiel der protestierenden Spargelstecher*innen klar wird. Dass hinter der Misere System steckt, macht die darauffolgende Entwicklung klar: Während der andauernden Corona-Pandemie stimmten inmitten der Spargel Erntesaison (ebenfalls im April 2021), auf Druck der Landwirtschaftsverbände und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die Abgeordneten des Bundestags einer Ausweitung der sozialversicherungsfreien Zeit für Beschäftigte in der Saisonarbeit zu. Diese ist nun von 70 auf 102 Tage ausgedehnt worden. Das heißt auch, dass die unter diesen Voraussetzungen Beschäftigten in Zeiten einer lebensbedrohlichen Pandemie keine Krankenversicherung haben. So sind einer weiteren Benachteiligung von migrantischen Arbeiter*innen Tür und Tor geöffnet, denn sie sind diejenigen, die meistens den deutschen Spargel ernten. Ein Umdenken ist zwingend nötig, wenn das oft auf Demonstrationen geforderte Motto „Hoch die Internationale Solidarität“ Wirklichkeit werden soll, zum Beispiel indem gewerkschaftliche, syndikalistische und realpolitische Beratung, Unterstützung und Rechtsschutz für alle gleichermaßen gewährleistet und wilde Streiks sowie Arbeitsniederlegungen unterstützt werden.

Hendrik Lackus / Olga Schell (Hrsg.) 2020:
Mall of shame. Kampf um Würde und Lohn.
Die Buchmacherei, Berlin.
ISBN: 978-3-9822036-6-9.
197 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Mathias Fiedler: Her mit dem schönen Leben! Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1698>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Solidarität braucht Vorstellungskraft



Niki Kubaczek / Monika Mokre (Hrsg.)

Die Stadt als Stätte der Solidarität

Der große Sammelband ordnet die Kämpfe und Hoffnungen um die Solidarische Stadt in einer postmigrantischen Gesellschaft.

Rezensiert von [Norma Tiedemann](#)

Auch wenn kritische Wissensproduktion sich ihre Gegenstände gesellschaftlichen Erfordernissen gemäß suchen sollte, unterliegt sie, durch Aufmerksamkeits- und Verwertungsökonomien, Trends und Theoriemoden. Ursprünglich komplexe Konzepte verkürzen sich zu Schlagworten. So erging es zuletzt der „Autonomie der Migration“, den „Commons“ und den „Solidarischen Städten“. Der von Niki Kubaczek und Monika Mokre herausgegebene Sammelband „Die Stadt als Stätte der Solidarität“ versucht Hoffnungen zu ordnen, die mit der Idee der Stadt als besonderem Ort postmigrantischer Widerständigkeit und Solidarität verknüpft sind, und hinterfragt kritisch die Praxis von Aktivist_innen in der Unterstützungsarbeit für Flüchtende. Daneben stellt das Buch eine Vielzahl von politischen Kämpfen dar, die als (urbane) solidarische Infrastrukturen verstanden werden können. Die dreizehn Texte bieten Material zur Geschichte des Kirchenasyls, den Frühstücksprogrammen der Black Panthers, dem Alltag der zivilen Seenotrettung oder den Kämpfen gegen Bildungssegregation in Ungarn. Diskutiert werden die lokalen Praxen im Rahmen breiter gefasster Fragen, die sich quer durch die Beiträge ziehen und aus denen sich ein paar Thesen zusammenfassen lassen.

Solidarität in der postmigrantischen Gesellschaft

Der Band ist vielfach eine Selbstreflexion antirassistischer Arbeit seit dem Sommer der Migration 2015. Im massenmedialen Diskurs wurde die „Willkommenskultur“ ins Kollektiv der guten Deutschen/Österreicher eingemeindet, doch in den Initiativen selbst traten radikale Ungleichheitsverhältnisse zutage. Wo Solidarität normalerweise auf Wechselseitigkeit beruht, entstanden Erwartungen der Dankbarkeit, die schnell enttäuscht wurden. Die behördlichen Blockaden projizierten viele Engagierte auf die Geflüchteten und legten diesen das Scheitern der Bemühungen zur Last. Im City Plaza in Athen bestanden diese Ungleichheiten dank spalterischer EU-Migrationspolitik auch zwischen Migrant_innen, sodass eingetübte Konkurrenz ein solidarisches Miteinander unterminierte. Die Bewohner_innen fanden jedoch Umgangsweisen – feste Pflichten für das Gemeinsame machten Migrant_innen und Aktivist_innen zu Mitgliedern einer Gemeinschaft: Für die Bewohner_innen bedeutete dies eine „Form der politischen und sozialen Emanzipation im Alltagsleben“ (S. 58).

Auch die Idee der Solidarischen Stadt verspricht eine gegen nationale Brüderlichkeit gerichtete Gemeinsamkeit. Als antirassistisches Projekt soll sie Ausweg sein aus den „alltäglichen Ausschlüssen und Grenzziehungen“ (S. 207). Die genaue Ausgestaltung ist vielerorts ein Suchprozess – städtische Ausweispapiere (wie beispielsweise in New York oder Zürich) können den Zugang zu kulturellen und sozialen Institutionen öffnen und urbane Vielfalt „gegen die Idee der Nation [einbringen], weil die Stadt immer schon offensichtlich macht, dass das Gemeinsame nie homogen gewesen ist“ (S. 215). Diese Betonung von Heterogenität verweist auf die problematische Romantisierung von Subalternität. In antirassistischen Initiativen geschieht es nicht selten, dass Rassismuserfahrungen mit einer emanzipatorischen Haltung gleichgesetzt werden. Doch natürlich wählen auch Menschen mit Migrationsbiographien FPÖ, AfD oder sind aktiv bei den Grauen Wölfen. Daher müsse es darum gehen, die solidarische Stadt zu entwerfen „nicht als Romantik,

sondern als ganz realer [...] Kampf um ein schönes Leben für alle“ (S. 228). Im postfaschistischen Konglomerat Deutschlands/Österreichs umschließt dies, antirassistische und antifaschistische Arbeit zusammen zu denken, sowohl antimuslimischen Rassismus als auch politischen Islam zu bekämpfen, so Avraham und Kubaczek. Solidarität müsse ohne Wunsch nach einer gemeinsamen Geschichte auskommen, ohne davon auszugehen, dass die postmigrantische Gesellschaft ein Auflösen von Ungleichheit oder ideologischer Grausamkeit in harmonische Vielfalt bedeutet.

Solidarische Infrastrukturen

Der Blick auf Verstetigung, den viele Beiträge verfolgen, verdichtet sich im Begriff der solidarischen Infrastrukturen, die sowohl die wenig sichtbare Basis von politischen Kämpfen meinen, als auch Institutionen, in denen sich Solidarität dauerhaft organisiert.

Im Beitrag zur Kampagne gegen Racial Profiling wird das Konzept in seiner ersten Bedeutung vorgeschlagen. Mohamed Wa Bailie hatte sich gegen eine willkürliche Polizeikontrolle zur Wehr gesetzt und verlor das Gerichtsverfahren, doch in der Kampagne sind zahlreiche Infrastrukturen der Solidarität entstanden, die die Aktivitäten erst ermöglicht hatten: (Gegen)Wissen, neue Widerstands- und Fürsorgepraxen. Mohamed selbst beschrieb die Solidarität als Befreiung und dieses „Empowerment“ sei Resultat der Infrastrukturen der Solidarität. Ähnlich beschreibt Maurice Stierl von Watch the Med – Alarmphone die Ermöglichung politischen Handelns durch Infrastrukturen. Zwar hat das Alarmphone schon über 6.000 Boote in der Seenotrettung begleitet, doch handelt es sich um weit mehr als ein auf den Seeraum begrenztes Projekt. Es schafft Verbindungen zwischen dem Mittelmeer, den Häfen, den Städten. Letztere seien „Knotenpunkte der unautorisierten Migration“, die sich zu „Infrastrukturen der Bewegungsfreiheit“ verknüpfen (S. 37).

Letzterem zuzuordnen sind die politischen Projekte der solidarisch-kollektiven Produktion und Verteilung von Lebensmitteln in marginalisierten Stadtvierteln. So gaben die Black Panthers in den 1970ern in den USA kostenfreies Frühstück aus, um die Nachteile schwarzer Schüler_innen auszugleichen. Bei den in Kuba angesiedelten Organopónicos handelt es sich um circa 7.000 urbane Gärten, die genossenschaftlich Lebensmittel erzeugen. Ernährungssouveränität im Sinne des Aufbaus solidarischer Infrastrukturen wird hier als ein radikales Projekt verstanden, welches die Eigentumsverhältnisse von Produktionsmitteln (Boden) berührt. Auf solidarische Potentiale im Bereich sozialer Reproduktion schauen die Rom_nja-Aktivist_innen von Ame Panzh: inklusiver öffentlicher Personennahverkehr, Projekte gegen Bildungssegregation, feministische Stadtplanung oder Repräsentation im öffentlichen Raum, die dem Vergessen der Vernichtung der Rom_nja im Nationalsozialismus und danach entgegenwirkt. Der Titel ihres Textes – „Die solidarische Stadt braucht Vorstellungskraft“ – bündelt dabei, was der Sammelband im Ganzen versucht: selbstorganisierte Infrastrukturen zu beleuchten, um von der Praxis aus Vorstellungskraft für eine andere Gesellschaft zu entwickeln.

Vorstellungskraft entwickeln

Lesenswert macht das Buch die Vielfalt der Beiträge, Textsorten und Beispiele. Die Gespräche mit Akteur_innen solidarischer Infrastrukturen lockern die akademische Strenge auf und ziehen lose Fäden zusammen. Der Band bietet eine spannende, aber ob der geschilderten Verhältnisse auch bedrückende Lektüre.

Die Beiträge wagen sich an Themen, die im kurztaktigen Rhythmus und aus Sorge vor blockierenden Konfrontationen im Aktivismus öfters umgangen werden. So findet eine kritische Auseinandersetzung mit Critical Whiteness-Diskussionen statt: Solche Verständnisse von Ungleichheit begreifen „die Materialität von Rassismus als schlechte Manieren [...], die man sich abtrainieren könnte“ (S. 136), statt sich solidarisch gegen strukturelle Verankerungen zu organisieren. Marginalisierte Subjektpositionen sind eben kein Abonnement auf die Wahrheit.

Ganz heraus kommen einige Texte jedoch nicht aus einem Duktus, der zur Verklärung subalternen Sprechpositionen beiträgt und Ungleichheit als Differenz ohne emanzipatorische Transformationsperspektive festschreibt (bei Zaman, Tsianos und, teilweise, Avraham und Kubaczek). Das oftmals als positiv gesetzte Heterogene der Stadt ist eben auch tiefe gesellschaftliche Ungleichheit. Politische Praxis sollte nicht ausschließlich Homogenität dekonstruieren und auf die Anerkennung von Mannigfaltigkeit abzielen, sondern Veränderungen auf den Weg bringen. Die politischen Visionen des Buches bleiben jedoch häufig auf versprengte Kämpfe der Selbstorganisation beschränkt, denn emanzipatorische Horizonte in den Blick zu bekommen ist schwierig; gerade aus der fragilen Ausgangslage in vielen antirassistischen Kämpfen, in denen wenig Zeit bleibt für Fragen nach einer solidarisch-emanzipatorischen Zukunft: Wie sieht die Stadt aus, die Ankommen, Weggehen, bedürfnisorientiertes Leben ermöglicht, Mobilität nicht erzwingt? Wie sieht die Stadt aus, in der statt sinnbefreitem Lohnarbeitszwang Lebensmittelproduktion, Sorgearbeit, medizinische Leistungen, Bildung basisdemokratisch organisiert werden? Wie ist eine urbane Selbstverwaltung beschaffen, die Not und Prekarität überwindet? Der Band liefert viele Impulse, doch die gemeinsamen Strategien, um über die rassistische, patriarchale, post-faschistische Gegenwart eines autoritären Kapitalismus hinauszugelangen, diese Vorstellungskraft, gilt es noch zu entwickeln.

Niki Kubaczek / Monika Mokre (Hrsg.) 2021:

Die Stadt als Stätte der Solidarität.

transversal texts, Wien.

ISBN: 978-3-903046-26-9.

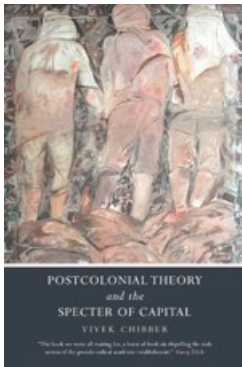
313 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Norma Tiedemann: Solidarität braucht Vorstellungskraft. Erschienen in:

Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1694>. Abgerufen

am: 13. 07. 2021 12:03.

Differenzmaschine Kapitalismus



Vivek Chibber

Postcolonial theory and the specter of capital

Eine notwendige Intervention in postkoloniale und marxistische Debatten, die selbst nicht ohne Leerstellen bleibt. Die deutsche Ausgabe wurde nun „revisited“ und unsere Rezension neu kommentiert.

Rezensiert von [Franziska Klaas und Souad Zeineddine](#) und [Christoph Zeevaert](#)

Anm. d. Red.: Die Rezension zur englischen Ausgabe wurde im Rahmen unserer 60. Ausgabe um einen Kommentar ergänzt. Dieser ist der Rezension unten angefügt.

Postkoloniale Theorie ist en vogue. Bezugnahmen auf postkoloniale Denker_innen sind im links-liberalen Akademiebetrieb längst Ausdruck einer kritisch reflektierten Selbstpositionierung, die sensibel mit Kolonialgeschichte umgehen will. Vivek Chibber stellt in seinem Buch nicht nur die Grundlagen der (diversen) Positionen der postkolonialen Theorien in Frage, sondern auch die vermeintlichen Gewissheiten, die mit diesen einhergehen. Sein Paradebeispiel, an dem er sein Argument von A bis Z durchbuchstabiert, sind die Subaltern Studies, ein akademischer Zusammenhang postkolonial arbeitender Wissenschaftler_innen, deren Gründer_innen einen biographischen Bezug zu Indien beziehungsweise Südasien haben. Ihr geographischer und thematischer Schwerpunkt liegt in erster Linie auf dem indischen Kontext und nicht auf dem „globalen Süden“ im weiteren Sinne.

Chibbers zentrale Kritikpunkte sind einerseits die Fortschreibung orientalistischer Klischees und idealisierter, eurozentristischer Kulturkonzepte durch *Theoretiker* (Chibber bezieht sich ausschließlich auf ihre männlichen Vertreter) der Subaltern Studies. Andererseits kritisiert er die Rezeption marxistischer Theorie durch Vertreter der Subaltern Studies. Sein Urteil scheint vernichtend zu sein: Nicht nur wirft er der Forschungsrichtung eine einseitige bis falsche Rezeption und Repräsentation marxistischer Denktraditionen vor. Chibber behauptet darüber hinaus, dass ihre Kritik am „westlichen“ Marxismus in letzter Konsequenz zu einer Verdeckung kapitalistischer Verhältnisse führe.

Nichtsdestotrotz bieten die Subaltern Studies laut Chibber ein anschauliches Beispiel für eine postkoloniale Wissensproduktion, die die Leerstellen des Marxismus um die originäre Erfahrung und Geschichte des Kolonialismus erweitern möchte. Es geht ihr um die Produktion nicht-eurozentristischer Analysekatoren. Zentral ist dabei, vorkoloniale Machtverhältnisse (wie zum Beispiel das indische Kastensystem) in die Analyse zu integrieren. Obwohl Chibbers Kritik an postkolonialer Theorie allgemein formuliert ist, arbeitet er sich in seinem Buch konkret und detailreich an den, aus seiner Sicht, zentralen Figuren der historisch-diskursanalytisch arbeitenden Subaltern Studies und ihren (vermeintlich) zentralen Werken ab. Seinem Rundumschlag folgten vorhersehbar hitzige und doch in ihrem Ausmaß selten vorzufindende (akademische) Kontroversen und Auseinandersetzungen. In Anbetracht einer solchen Debatte stellt sich nicht nur die Frage nach den Konsequenzen für die rein akademische Theorieproduktion, sondern auch für die Analyse von globalem Kapitalismus und der daraus folgenden (linksradikalen) politischen Praxis.

So tiefgehend sich Chibber mit den einzelnen Werken befasst, so unscharf ist gelegentlich sein Umgang mit eigenen Begrifflichkeiten und Konzepten (zum Beispiel „die Subalternen“, Kapital, Kapitalismus). Darüber hinaus ist seine Auswahl der *Theoretiker* und die Auswahl seiner Bezugnahmen nicht ausreichend begründet und kann durchaus kritisch betrachtet werden. Eine der großen Stärken des Buches liegt jedoch in seinem Versuch, den historischen Materialismus und postkoloniales Denken der Subaltern Studies zusammenzubringen. So kritisiert Chibber die von ihm rezipierten Theoretiker zwar scharf für ihre Schlussfolgerungen, erkennt ihren Beitrag zu einer detailreichen Kolonialgeschichte Indiens jedoch an.

Kapitalismus jenseits von „Nord“ und „Süd“

Unter dem Schlagwort „Universalisierung des Kapitals“ begibt sich Chibber insbesondere mit Ranjit Guha (*Dominance without Hegemony: History and Power in Colonial India*, 1998) in ein kritisches Zwiegespräch. Guha argumentiert historisch, dass sich kapitalistische Strukturen im nördlichen und südlichen Erdteil grundlegend voneinander unterscheiden. Er misst den Grad der Verfestigung kapitalistischer Strukturen in einer Gesellschaft in erster Linie entlang von sozialen, kulturellen und politischen Praktiken beziehungsweise Veränderungen. Chibber konterkariert diesen Gedanken, indem er darauf beharrt, dass die Verbreitung kapitalistischer Logiken und Praktiken nicht die erwarteten kulturellen Transformationen nach sich ziehen müsse. Es lässt sich, so Chibbers Schlussfolgerung, nicht von vermeintlich stattgefundenen kulturellen Veränderungen auf die ökonomischen Verhältnisse schließen.

Tut man dies, zeichnet man nicht nur ein idealisiertes Bild des Kapitalismus im „Westen“, sondern naturalisiert zugleich die Beziehung zwischen (beziehungsweise Gleichzeitigkeit von) Kapitalismus und Liberalismus. Maximal plakativ gesprochen: Kapitalismus kann auch ohne Demokratie existieren. Chibber versucht sich eher an einer alternativen Geschichtsdeutung, der zufolge der Kapitalismus die Abhängigkeit vom Markt und somit eine bestimmte Strategie der ökonomischen Reproduktion universalisiert. Wohin auch immer sich das Kapital bewegt, trägt es den Antrieb der Universalisierung mit sich. Der Kapitalismus bringt keine spezifischen Formen der Machtverhältnisse hervor, sondern ko-existiert mit, nutzt und transformiert die bereits existierenden, vorgefundenen Verhältnisse, um sie dem Kapital dienlich zu machen.

Chibber formuliert hier zwar kein neues Argument, wirkt jedoch als eine Art Korrektiv an Guha und damit stellvertretend an den Subaltern Studies, indem er den bürgerlichen Charakter der europäischen Revolutionen in Hinblick auf ihr Demokratisierungspotential in Frage stellt. Die Etablierung von Nationalstaaten als Organisationseinheit des Kapitals betrachtet er als die zentrale Errungenschaft bourgeoiser Klassen. Die Schlussfolgerungen, welche sich hier ergeben, revidieren verbreitete Annahmen der Subaltern Studies fundamental. Geht man davon aus, dass die Spezifika der Erfahrung des „globalen Südens“ nicht auf dem Scheitern der Universalisierung des Kapitals beruht, sondern auf deren *erfolgreicher* Umsetzung, so muss die dichotom gefasste Geschichte von „West vs. Ost“ zu einer gemeinsamen Geschichte der Moderne in unterschiedlichen Ausprägungen umgeschrieben werden.

Doch kein Eurozentrismus?

Ähnlich verhält es sich mit Chibbers Argumentation in Bezug auf den Vorwurf des Eurozentrismus innerhalb „westlicher“ Theorieproduktion. Kurz gesagt: Er widerspricht der Kritik der Subaltern Studies am vermeintlich westlichen Universalismus und der scheinbaren Unmöglichkeit der differenzierten Analyse der indischen Erfahrung durch abstrakte Theorien. Chibber verdeutlicht anhand des Zusammenhangs von Mehrwert, abstrakter Arbeit und sozialer Differenz, dass mit Hilfe marxistischer Theorie auch die Spezifik kapitalistischer Verhältnisse im „globalen Süden“ erklärt werden kann.

Am Beispiel der Auseinandersetzung mit den Konzepten der abstrakten Arbeit zeigt Chibber nicht

nur Leerstellen in der Rezeption marxistischer Theorie durch die Subaltern Studies, sondern verweist auch auf die Notwendigkeit des Konzepts der abstrakten Arbeit für eine Analyse des Zusammenhangs von Kapitalismus und sozialer Differenz. Ebenso eignet sich das Konzept der abstrakten Arbeit dazu, die Verwobenheit und die gegenseitige Hervorbringung von Kapitalismus und Kolonialismus herauszuarbeiten. Zudem vertritt Chibber die These, dass das Kapital beziehungsweise der Kapitalist notwendigerweise Differenz produzieren muss, da die Produktion und Reproduktion sozialer Differenz Teil kapitalistischer Logik und Praxis ist. Eine Vereinheitlichung findet nicht etwa durch den universellen Drang des Kapitals, sondern durch den Kapitalisten statt, indem er sich zwecks Profitmaximierung beispielsweise rassistischer Stereotype bedient und damit rassifizierten Gruppierungen homogene Wesenseigenschaften zuschreibt.

Dementsprechend geht die Universalisierung des Kapitals nicht mit einer vermeintlichen Homogenisierung oder, wie essentialistische Theoretiker_innen der postkolonialen Denktradition proklamieren, mit dem „Verlust“ lokaler „Kultur“ einher. Die Gleichzeitigkeit der Universalisierung des Kapitals und des Hervorbringens und Vorhandenseins diversifizierter sozialer Identitäten ist in der Logik der (zumindest von Chibber rezipierten) Theoretiker der Subaltern Studies nicht denkbar. Chibber zufolge ist gerade die Herstellung von sozialer Differenz eine Voraussetzung für Profitmaximierung. Zwar gelingt es Chibber so, Rassismus als Haupt- und nicht als Nebenwiderspruch zu verhandeln. Der Umstand, dass auch Geschlechterkategorien in Abhängigkeit vom Kapital stehen und von diesem (re-)produziert werden bleibt aber auch bei ihm außen vor.

Und nun zur Praxis

Chibbers Argumente sind nicht neu. Jedoch ist seine interventionistische Kritik durchaus produktiv für weitere Debatten in den postkolonialen Studien. Die Brauchbarkeit für eine politische Praxis ist jedoch nur bedingt vorhanden und bedarf einer intensiven Übersetzungsarbeit. Zurück bleibt vor allem die Erkenntnis, dass sich Kapitalismus und Diversität nicht ausschließen. Insbesondere für gegenwärtige Debatten um Identitätspolitik sind Chibbers Ausführungen zur abstrakten Arbeit und deren Diversifizierungspotential hochbrisant und spannend. Konsequenterweise sollten sie dazu auffordern, eigene politische Strukturen auch auf die Reproduktion kapitalistischer Logiken und Praktiken (etwa: Wettbewerb oder damit verbundene Anerkennung) hin zu befragen.

Solche Denkmuster schlagen sich insbesondere in den vielfältigen innerlinken Konflikten um die Verhandlung und Hierarchisierung von miteinander konkurrierenden Betroffenheiten nieder. Positiv formuliert bietet eine solche Reflektion wiederum die Möglichkeit, Solidarität neu auszuhandeln, indem ein *gemeinsamer* politischer Umgang mit verschiedenen Lebensrealitäten in den Fokus gerückt wird. Damit bestünde die Möglichkeit einer Auflösung von Gräben und Hierarchisierungen in Hinblick auf Betroffenheiten, die in identitätspolitischen Kontexten eine politische Praxis partiell blockieren oder verunmöglichen können. Hierbei gilt es, nicht nur den Rassismus, wie Chibber es tut, als Teil des Hauptwiderspruches zu verhandeln, sondern auch andere „-ismen“, da die Frage der Solidarität auf vielfältigen Ebenen gestellt werden muss.

Zusätzlich verwendete Literatur

Guha, Ranjit (1998): *Dominance without Hegemony. History and Power in Colonial India*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

**

Universalismus revisited

Von Christoph Zeevaert

Vivek Chibber argumentiert in seinem Buch „Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals“ für eine fundamentale Kritik am wissenschaftlichen Ansatz des Postkolonialismus. Einen entscheidenden Widerspruch dort arbeitet Chibber in Bezug auf die Universalisierung des Kapitals heraus, also den Anspruch, dass die Implementierung des Kapitalismus in der kolonialen Welt für eine Angleichung der Verhältnisse hätte Sorgen müssen. Die postkoloniale Position, so Chibber, gehe davon aus, dass der Universalisierungsanspruch versagt habe, da die politischen Verhältnisse sich mit der Expansion des Kapitals nicht grundlegend angeglichen hätten. Chibbers Widerspruch dazu materialisiert sich in seiner These, dass die Universalisierung des Kapitals nichts Anderes bedeute als die Durchsetzung der Verwertungslogik des Kapitalismus in einem globalen Maßstab, weitgehend unabhängig von den politischen Verhältnissen. Daraus ergibt sich für ihn eine Divergenz: die ökonomischen Prozesse universalisieren das Kapital, die politischen und sozialen bleiben ihm, solange sie nicht entscheidend in den Verwertungsprozess eingreifen, relativ gleichgültig. Mehr noch: Der Kapitalismus (re)produziert die Unterschiede, von denen das Kapital profitiert. Die absolute Verarmung des Proletariats im globalen Süden ist also kein zulässiges Argument gegen die Universalisierungstendenz des Kapitals.

Übersetzung in die Praxis

Aus Chibbers These ergibt sich die Möglichkeit, ihn politisch und praktisch zu lesen: Er bestreitet nicht, dass globale Unterschiede zu verschiedenen Erfahrungen führen, die mit Formen von spezifischer Vergesellschaftung zu tun haben. Diese Erfahrungen bilden das Bewusstsein der Subalternen, das sich deutlich unterscheiden kann. Durch die reale Universalisierung des Kapitals, also der rücksichtslosen Angliederung beinahe sämtlicher Flecken der Erde an den Weltmarkt, ergeben sich dennoch Räume für internationale Allianzen der Subalternen. Die Konstitution eines globalen, transnationalen Klassenbewusstseins, das nicht umhinkäme, zu begreifen, dass der Kampf gegen das global agierende Unternehmen nicht auf der eigenen nationalen Scholle zu gewinnen ist, wäre als Aufgabe für die Linke das Resultat dieser Überlegung. Damit ist seine Kritik an der postkolonialen Theorie als eine allgemeine Kritik an postmodernen Ansätzen zu verstehen, die die Kategorien des Materialismus zu fragmentieren versuchen und eine Gesellschaftstheorie auf der Basis von Differenz und nicht auf der von Gemeinsamkeit aufbauen. Nicht die Verleugnung von und auch nicht das Beharren auf Unterschieden wäre demnach eine marxistische Lösung dieser historischen Tendenz, sondern die Suche nach Verbindung und Gemeinsamkeit, wissend über die globale Differenz. Die internationale Solidarität der Opel-Arbeiter*innen bei den wilden Streiks 2004 mit ihren Kolleg*innen in Mexiko ist eines von vielen positiven Beispielen. Eine allgemeine Praxis müsste in der Betriebsarbeit den Blick für die internationale Dimension des Kapitals schärfen und dabei globale Allianzen forcieren, wie es in rudimentärer Form bei den Amazon-Streiks geschehen ist.

Zur englischsprachigen Ausgabe von Vivek Chibbers Werk ist bei kritisch-lesen bereits obige Rezension erschienen. In dieser ist die Rede von „einer intensiven Übersetzungsarbeit“, die nötig wäre, um Chibber politisch lesen zu können. Diese Übersetzungsarbeit lohnt sich. Nicht um, wie es sinngemäß in der Rezension heißt, Diskriminierungsformen in den Hauptwiderspruch zu integrieren, sondern um eine materialistische Gesellschaftsanalyse zu schärfen, die nicht allein die Erkenntnis, sondern die Abschaffung des ganzen Schlamassels zum Ziel hat.

Chibber, Vivek (2018): Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals. Dietz Berlin. 382 Seiten. ISBN: 978-3-320-02356-0. 29,90 Euro.

Vivek Chibber 2013:

Postcolonial theory and the specter of capital.

Verso, London/New York.

ISBN: 9781844679775.

306 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Franziska Klaas und Souad Zeineddine und Christoph Zeevaert: Differenzmaschine Kapitalismus. Erschienen in: Marx!. 46/ 2018, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1447>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Stadt für alle!



Andrej Holm

Wir bleiben Alle!

Gentrifizierung - Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung

Der Stadtsoziologe Andrej Holm führt auf knapp 80 Seiten in die Verdrängungsprozesse aus Stadtteilen ein und zeigt zugleich konkrete Handlungsperspektiven auf.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Im März 2008 titelte das ehemals alternative Berliner Stadtmagazin *ZITTY* „Neukölln rockt!“ – und führte die Lesenden durch den „derzeit spannendsten Stadtteil“ Berlins. Zwar funktionierte der Größte der Berliner Bezirke noch während der „Sarrazindebatte“ im Herbst 2010 als Inbegriff für einen Problembezirk, dennoch breiten sich genau dort hippe Cafés, Ateliers und Szenekneipen aus, wo es im Schatten der Rütli-Schule nur so vor Jugendgangs und Parallelwelten wimmeln müsste, würde man nach so manchen Medienberichten gehen. Bereits jetzt eröffnen erste Bioläden und gekoppelt mit mehr oder weniger notwendigen Sanierungen steigen die Mietpreise rapide an, die sich viele ärmere Bewohner_innen nicht mehr leisten können. Aus Protest gegen Verdrängungsprozesse werden Autos angezündet, Drohungen gegen Tourist_innen und „Yuppies“ an Häuserwände gesprüht oder neue Szenekneipen mit Farbe verschönert oder entglast. Neben diesen medial verbreiteten Formen vernetzen sich jedoch auch zunehmend Betroffene und Aktivist_innen, gehen Bündnisse ein, geben Stadtteilzeitungen heraus und versuchen somit auf anderen Ebenen Widerstand gegen Verdrängung zu organisieren. Ob Autozündler_in oder Stadtteilaktivist_in: Beiden sei ein 2010 bei Unrast erschienenes schmales Bändchen empfohlen, das erhellende Einblicke in den komplexen Prozess der Gentrifizierung liefert: „Wir Bleiben Alle!“ von Andrej Holm.

Gentrification-Prozesse

Der Begriff Gentrification wurde erstmals in den 1960ern verwendet und machte aufgrund einer Renaissance der Innenstädte während der letzten Jahre Karriere fern von stadtsoziologischen Spezialdiskursen. Der Begriff beschreibt einen Prozess, bei dem sich symbolische Aufwertung, Inwertsetzung und Verdrängung vollziehen. Idealtypisch läuft Gentrification folgendermaßen ab: Zunächst ziehen Künstler_innen, Studierende und Alternativszenen in einen maroden Stadtteil, weil die Mieten günstig sind und sie sich dort Entfaltungsmöglichkeiten erhoffen. Diese *Pioniere* eröffnen Szenekneipen, Buchläden und Ateliers, worauf sich das Image des Stadtteils von „Problemkiez“ in „Szenekiez“ ändert. Die Stadtteile werden interessant für Investor_innen und Besserverdienende: Aus einer symbolischen Aufwertung durch Modernisierungen der meist unsanierten Wohnungen wird eine bauliche Modernisierung. Damit steigen die Mieten, was zur Verdrängung der dort lebenden Bewohner_innen – und später häufig auch der Pioniere – führt. So geschehen etwa in Prenzlauer Berg, wo 15 Jahre nach Beginn der Modernisierungen lediglich 20% der früheren Bewohner_innen leben (vgl. S. 10). Dieser Prozess wird jedoch nicht immer nur durch symbolische Aufwertung (also den Imagewechsel) eingeleitet – oder ist allein auf den Zuzug von Studierenden und Künstler_innen zurückzuführen. Holm stellt klar, dass Gentrification in Sanierungsgebieten oft öffentlich gefördert wird.

Gentrificationprozesse durchlaufen nicht immer den klassischen Weg. So können etwa Büronutzungen und Luxuswohnprojekte in ehemaligen Industrieanlagen auch zu Verdrängungsprozessen in umliegenden Gebieten führen – hier funktioniert Gentrification ganz ohne symbolische Aufwertung durch Pioniere. Auch kann Gentrification „light“ verlaufen, wie etwa in Berlin-Kreuzberg, wo die Aufwertung zwar noch nicht zu Verdrängung geführt habe, aber sich durch steigende Mietbelastungsquoten eine kleinteilige soziale Polarisierung und somit eine „Verdrängung aus dem Lebensstil“ (S. 18) stattfindet.

Ökonomische und kulturelle Begründungen

Nach der Beschreibung verschiedener Aufwertungs-Prozesse widmet sich Holm Erklärungsmodellen jenseits platter deterministischer Erklärungen, nach denen Gentrification schlicht ein natürlicher Prozess sei. Holm stellt klar, dass die Fragen nach den Ursachen keine abgehobene akademische Diskussion ist, sondern direkten Einfluss auf Gegenstrategien hat. Wird etwa den Pionier_innen die Hauptschuld an Verdrängungsdynamiken gegeben und ihr Zuzug als ursächliches Problem diagnostiziert, wären Widerstandsformen vor allem in Deattraktivierungsstrategien zu suchen, um das Image des Stadtteils zu verschlechtern. Holm erteilt diesem verkürzten Verständnis eine Absage und befasst sich zunächst im zweiten Kapitel mit makro- und mikroökonomischen Begründungszusammenhängen. Von traditionellen Wohnungsbauunternehmen hätte sich der Immobilienmarkt zunehmend in ein Feld für Spekulationen entwickelt, bei dem eine Immobilienanlage nicht mehr langfristig kalkulierbares Einkommen sichern soll, sondern schnelle Wertsteigerungen erhofft werden.

Holm spart nicht die kulturellen Logiken bei Aufwertungsprozessen aus. Statt aber schlicht das kontrastreiche Bild der „Studenten, Künstler, Photographen“ als Schuldige zu zeichnen, blickt er auf die Schattierungen. So findet häufig eine Inwertsetzung von Subkulturen statt, indem etwa Ausdrucksformen der Hausbesetzer_innenszene in Marketingstrategien überführt werden. Ähnliches stellt Holm beim erfolgreichen Widerstand im Hamburger Gängeviertel fest, bei dem es Aktivist_innen des „Recht-auf-Stadt-Bündnisses“ im Sommer 2009 gelang, durch medial gut vermittelte Besetzungen von Leerstand die Hamburger Bürgerschaft dazu zu bringen, den Verkauf der Gebäude an einen Investor rückabzuwickeln. „Die künstlerfreundliche Lösung im Gängeviertel sollte aber nicht nur das Investitionsklima retten, sondern wurde gleich mit in das Marketing für die Marke Hamburg übernommen.“ (S. 36) Am Ende des Kapitels zu den kulturellen Logiken stellt Holm drei mögliche Anti-Gentrification-Aktivitäten zur Diskussion: Nach einer *Strategie der Dislokation* sollten nicht-gentrifizierbare oder bereits aufgewertete Räume als Platz für Aktivitäten gewählt werden. Zweitens zeige das Beispiel der Kampagne „KÖPI bleibt Risikokapital“, dass *Kulturen der Abschreckung* durchaus funktionieren können – bis heute haben sich für das Hausprojekt in Berlin-Mitte keine Investor_innen gefunden, andererseits zeige das Beispiel der Roten Flora in St. Pauli, wie solche Widerstandsformen in das „wilde“ Image eines Stadtteils integriert werden können. Eindringlich schlägt Holm drittens eine *Kultur des Widerstands* vor:

„Statt sich in immer wiederkehrenden Diskussionen über die eigene Pionierrolle in städtischen Aufwertungsprozessen den Kopf zu zerbrechen, wäre es hilfreicher, wenn Künstler_innen oder auch Hausbesetzer_innen sich öfter mal fragten, wie sie Stadtteilinitiativen und Nachbarschaftsorganisationen praktisch unterstützen können.“ (S. 38f)

Politische Interessen und wissenschaftliche Diskurse

Gentrification ist jedoch nicht nur durch ökonomische Angebotsbegründungen und symbolische Aufwertungen begründbar. Hinzu kommt eine Politik der Aufwertung, bei der Planungsvorgaben, Genehmigungsverfahren, Subventionen und stadtpolitische Leitbilder eine Rolle spielen. Im Sinne einer unternehmerischen Stadtpolitik werden Städte wie Berlin zur „Creative-City“ konstruiert und gegen andere Städte im nationalen und globalen Wettbewerb der verschiedenen (Stadt-

) Unternehmen in Stellung gebracht. Hegemonial ist in der Stadtpolitik eine allgemeine Wachstumsorientierung. Auch ein Blick auf ordnungs- und machtpolitische Strategien offenbart komplexe Taktiken zur Durchsetzung von Interessen. So dient die gegenwärtige Stadtpolitik der Ordnungspolitik und Aufstandsbekämpfung. Geschickterweise gehen Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse mit (lokaler und temporärer) sozialpolitischer Befriedung einher, indem mit mäßigem Erfolg versucht wird, mittels der Orientierung einer „Sozialen Mischung“ zu intervenieren. Durch die vermeintliche Einbeziehung der Bewohner_innen soll eine „kommunikative Stadtplanung“ ermöglicht und dadurch die Mieter_innen diszipliniert werden. Zu Recht stellt Holm fest, dass „Konstellationen, in denen alle gleichberechtigt miteinander reden und gemeinsame Lösungen suchen, (...) jedoch strukturelle Unterschiede [negieren]“ (S. 49).

Nach den Komplexen Ökonomie, Kultur und Politik widmet sich Holm im fünften Kapitel den diskursiven Legitimationsstrategien von Gentrificationprozessen. Um den unangenehmen Beigeschmack des pejorativen Begriffs der Gentrification etwas entgegen zu setzen, wird zum einen versucht, Verdrängungsdynamiken zu leugnen oder zu verharmlosen, indem etwa auf die durchaus bestehenden Schwierigkeiten bei der Messung von empirischen Verdrängungen verwiesen wird. Ein anderer Versuch besteht in Romantisierungsversuchen, bei denen behauptet wird, Problemkiezen würde „ein bisschen Gentrification“ ganz gut tun – und doch alles ganz schön sei, wenn es eine soziale Mischung in einem Stadtteil gebe. Holm entgegnet, dass diese soziale Mischung nur selten stattfindet. Oft sei das Gegenteil der Fall; so entstehen etwa durch rassifizierende Verdrängungen von People of Color und Schwarzen Bewohner_innen *weiße* Ghettos.

Was tun?

Die beiden abschließenden Kapitel befassen sich mit der Frage, was gegen Verdrängungsprozesse getan werden kann. Auf wissenschaftlicher Ebene fehlt es vor allem an methodischen Werkzeugen zur Untersuchung von direkten und indirekten Verdrängungsdynamiken. Der Soziologe Holm wendet neben den Fragen nach wissenschaftlichen Interventionen den Blick aber insbesondere auf konkrete aktivistische Strategien, denn „[s]o vielschichtig und komplex städtische Aufwertungsprozesse auch sein mögen, im Kern steht für viele vor allem ökonomisch benachteiligte Haushalte immer die Frage, ob sie bleiben können oder gehen müssen.“ (S. 67) „Wir Bleiben Alle!“ lautete etwa die Parole von Mieter_innen in Berlin-Prenzlauer Berg Anfang der 1990er Jahre, auf die auch gegenwärtig bei Kampagnen Bezug genommen wird. Holm mahnt jedoch an, dass sich solche Kampagnen nur dann zu einer Klammer stadtpolitischer Forderungen entwickeln, wenn subkulturelle Selbstbezogenheiten seitens vieler Projekte und Initiativen überwunden werden.

Gegen Verdrängung weist Holm auf die Möglichkeit der Kombination von Deattraktivierungsstrategien und sozial orientierter Wohnungspolitik, Mieterberatungsangeboten und die Verhinderung beziehungsweise Verzögerung umstrittener Bauprojekte hin. Ein überwiegend gelungenes Beispiel stellen die *Recht auf die Stadt*-Kampagnen dar, die Anti-Gentrification-Kämpfe und Widerstand gegen Überwachung und Privatisierung mit der Forderung nach Teilhabe – insbesondere für die Marginalisierten – verbinden. In Hamburg etwa umfasste ein solches Bündnis über 20 Gruppen: Von autonomen Initiativen bis zu Kleingärtner_innen. Das Konzept bietet einen geeigneten Rahmen für städtische Konflikte im Neoliberalismus. Holm empfiehlt horizontale Netzwerkstrukturen, breite Massenmobilisierungen und inhaltliche Fokussierungen auf Selbstermächtigungen.

„Wir Bleiben Alle!“ vereint überzeugend wissenschaftliche und aktivistische Aspekte und Interventionsmöglichkeiten. Es gelingt Andrej Holm auf wenigen Seiten in geballter Form die Erscheinungsformen, Begründungszusammenhänge und Möglichkeitsräume sowohl für interessiertes Fachpublikum als auch für Aktivist_innen verständlich darzustellen. Der besondere Vorzug des Bandes liegt darin, dass Holm dennoch nicht vereinfacht und komplexe

Zusammenhänge verkürzt, sondern seine Ausführungen profund durch zahlreiche Beispiele veranschaulicht. Ob der Seltenheit ist es geradezu beeindruckend, dass über die Vermittlung wissenschaftlicher Diskurse hinaus konkrete Handlungsperspektiven diskutiert werden.

**

Wer sich weiter mit dem Thema befassen möchte, sollte regelmäßig den [Blog von Andrej Holm](#) besuchen.

Andrej Holm 2010:

Wir bleiben Alle! Gentrifizierung - Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 987-3-89771-106-8.

80 Seiten. 7,80 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Stadt für alle! Erschienen in: Wem gehört die Stadt?. 12/ 2011, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/958>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Facetten des Feminismus



Affront (Hg.)
Darum Feminismus!
Diskussionen und Praxen

Das Buch liefert vielseitige Einblicke in feministische Debatten, Praxen und Perspektiven. Ein genaues Hinsehen auf gesellschaftliche aber auch eigene Unterdrückungsmechanismen wird gefordert, denn: Ein Leben außerhalb der Verhältnisse gibt es nicht.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

Wieso denn eigentlich noch Feminismus? Frauen haben doch bekommen, was sie wollten! So oder so ähnlich lautet der mehrheitliche Sprech, wenn versucht wird, feministische Themen und Notwendigkeiten in der Gesellschaft zu platzieren. Diese Blindheit gegenüber andauernden geschlechtsspezifischen Gewaltverhältnissen und der negative bis höhnische Bezug auf Feminismus offenbaren sehr deutlich einen antifeministischen Backlash. Die einzige Forderung, die bestehen bleibt, ist die nach einer Quote, die das Beschäftigungsverhältnis zwischen Männern* und Frauen* (das * lässt Raum für jegliche Selbstdefinition und Formen der Sozialisation) in Führungspositionen regeln soll. Ignoriert wird dabei ein gesellschaftliches Klima, das nur wenigen Frauen* ermöglicht, sich nach neoliberalen Prämissen ein unabhängiges Leben einzurichten. Genauer gesagt werden mehrheitlich nur bestimmten Frauen* – weiß, gesund, heterosexuell, leistungsorientiert – solche Möglichkeiten gewährt. Währenddessen werden vielfältige Unterdrückungsverhältnisse auch außerhalb marktwirtschaftlicher Interessen, die mitunter solche Ungleichheiten hervorbringen, negiert und damit der Feminismus als nicht notwendig erachtet.

Wie sehr feministische Themen und Praxen aber nötig sind, bringt der jüngst beim Unrast-Verlag von dem Herausgeberinnenkollektiv Affront herausgegebene Band „Darum Feminismus! Diskussionen und Praxen“ auf den Punkt. Dabei wird nicht nur – und das ist die große Stärke dieses Buches – das Spektrum „klassischer“ feministischer Themen wie Genderfragen, Sexismus und Patriarchat aufgerollt, sondern die Verschränkungen mit anderen Unterdrückungsverhältnissen wie Rassismus und Klassismus vielfältig beschrieben und ein Zusammendenken dieser gefordert! Denn: Geschlechterspezifische Gewaltverhältnisse sind nicht ohne andere Gewaltverhältnisse zu denken und so lassen sich diese nur angreifen, wenn ihre Verschränkungen mitgedacht und reflektiert werden.

Neue alte Herausforderungen

Was hat Feminismus mit Antimilitarismus zu tun? Wie können feministische Freiräume gestaltet werden, was bedeutet das im Rahmen der Stadt? Was bedeutet Feminismus im Faschismus? Wie sind die Empfindungen feministischer Antifaschistinnen innerhalb ihrer Szene? Wie können soziale Kämpfe feministisch gedacht werden? Wie wird Sexarbeit in linken und feministischen Kreisen diskutiert? Wie wirken Normalisierungstechniken auf uns ein? Wie alt sind Feminist_innen? Wie politisch ist das Private? Was sind Gemeinsamkeiten und Kontroversen feministischer Bewegungen und welche Perspektiven sind denkbar? Diese und noch einige Fragen mehr werden in „Darum Feminismus“ aufgegriffen.

In einer sicherlich verkürzten (was schlicht der Materie geschuldet ist), aber prägnanten Einführung in feministische Denkrichtungen und deren Verbindungen und Kontroversen heben die

Herausgeberinnen Orientierungspunkte hervor, die für die Frage, wer Subjekt des Feminismus ist, richtungweisend sind. Ausgangspunkt ist, dass Geschlecht eine soziale Konstruktion ist, deren Herstellung stets wiederholt werden muss und deren Vollendung nie erreicht werden kann. In dieser Bewegung zeigen sich Brüche, innerhalb derer Verschiebungen möglich sind. Das Subjekt Frau* kann somit nicht als biologische Konstante betrachtet werden. Diese Sicht auf Geschlecht als Konstruktion bedeutet jedoch nicht, dass Geschlecht nicht existiert, vielmehr ist Geschlecht ein machtvoller Apparat der Gesellschaft. Oder wie es die Philosophin Cornelia Klinger treffend ausdrückt: „Theoretisch existieren Frauen nicht, politisch aber schon.“ (S. 32) Insofern kann das Ausblenden dieser zugeschriebenen Subjektposition kein Mittel für feministische Kämpfe sein, da es wirkmächtige Einflüsse mit ausblendet.

Die Motivation des Buches ist es, einen solidarischen Beitrag zu leisten für feministische Debatten und Praxen, egal welcher Tradition sie folgen und welche Position sie vertreten. Der kritische Bezug, nicht nur auf die Verhältnisse „außerhalb“, sondern auch auf die eigenen Praktiken und Blindheiten, Ausschlüsse und Hierarchien, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Beiträge. Die kritische (Selbst)Reflexion wird immer wieder – von unterschiedlichen Autor_innen – als wichtige und schwierige Aufgabe bezeichnet. Denn den unterschiedlichen Bedürfnissen und Problemen der Menschen kann nicht einfach mit einem einheitlichen Patentrezept begegnet werden. Menschen bewegen sich in den unterschiedlichsten sozialen Positionen, die im Kampf gegen Unterdrückung mit einbezogen werden müssen. Dazu gehört auch die Abkehr von der Sicht auf die Frau* als universell gleich, denn asymmetrische Machtbeziehungen verlaufen nicht nur zwischen den Subjekten Mann* und Frau*, sondern auch entlang anderer Achsen konstruierter Machtgefälle. So können beispielsweise *weiße* Frauen* mit ihrem spezifischen und privilegierten Hintergrund wiederum zur unterdrückenden Instanz werden, wenn sie ihren Feminismus universell anwenden und rassistische Diskurse dabei ausblenden. Deshalb wird die Forderung nach kritischem Weißsein und Bezügen zu postkolonialen Perspektiven mehr als einmal betont. Und nicht nur das: „Wir denken, dass feministische Theorie und Praxis sich insgesamt gegen Herrschafts-, Ausschließungs- und Unterdrückungsverhältnisse richten sollte.“ (S. 9) Dass *weiße* Feminist_innen ein Gespür für kritisches Weißsein entwickeln müssen, zeigt das Interview zwischen Affront und der Schwarzen Aktivistin Nissar Gardi deutlich. Diese betont die Wichtigkeit für *weiße* Aktivist_innen, über ihre dominante Position ständig zu reflektieren, denn rassistische Denk- und Handlungsmuster seien nicht zu verlernen. Es gelte, „die Selbstverständlichkeit der unmarkierten Normalität des Weißseins zu durchbrechen“ (S. 70). Feministische Politik kann also nicht aus einer privilegierten Position heraus gleichförmig für alle gemacht werden, da dies Gewaltverhältnisse ignoriert und reproduziert.

Die Instrumentalisierung des Feminismus

Ein weiterer Punkt, an dem Affront mit dem Buch kritisch ansetzen, ist die Instrumentalisierung feministischer Forderungen für Imperialismus und Krieg. Hier ist deutlich, dass es sich bei diesem Feminismus um eine anschlussfähige Mainstreamversion handelt, deren Inhalte mehr und mehr kulturelle Hegemonie erlangen. Eine Aktivistin aus antimilitaristischen Zusammenhängen streicht heraus, wie sehr sich trotz der Rede vom Feminismus das Geschlechterverhältnis und patriarchale Dominanzen im Krieg und vor allem auf Kriegslegitimation auswirken. In postkolonialer Manier werden kriegerische Einsätze begründet nach dem Bild, dass „aufgeklärte“ westliche Männer unterdrückte Frauen vor ihren „unaufgeklärten“ patriarchalen Männern retten müssen. Dass es dabei nicht um die Frauen*, sondern um die Aufrechterhaltung von Gewalt- und Ausbeutungsverhältnissen geht und der kriegerische Alltag nicht nur aufgrund der sexualisierten Gewalt ganz anders aussieht als von konservativen, auf den Feminismus schießenden Kräften propagiert, ist anscheinend schwer zu durchschauen. Aber: „Krieg zerstört jegliche Form der Emanzipation.“ (S. 99) Für antimilitaristische Arbeit in feministischen Kontexten sei ein Hinterfragen der Kriege für „Befreiung“ elementar. Auf dem Wege gelangt mensch schnell zu den patriarchalen Interessen ökonomischer und machtgeleiteter Couleur, die hinter dem Reden über

die Befreiung stecken.

Eine andere Art des Missbrauchs feministischer Ideale zeigt sich im System der Reproduktion. Frauen* sind hier einer doppelten Vergesellschaftung unterworfen: Arbeit und familiäre Fürsorge. Letztere ist immer noch auf Frauen* konzentriert. Aufgrund dieses doppelten Drucks werden Abhängigkeitsbeziehungen zementiert. Gelingen die Aufgaben nicht, werden die Probleme als persönliches Versagen der Frau* bezeichnet und die moralische Keule lenkt den Blick noch mehr von gesellschaftlichen Strukturen weg: „Frauen, das müsst ihr doch packen, schließlich habt ihr’s doch so gewollt.“ (S. 152) Die feministische Forderung, die darauf folgen muss, ist, die Mitverantwortlichkeit aller Menschen radikal durchzusetzen. Um ökonomischer Ungleichverteilung zu begegnen reicht jedoch die Quote nicht aus, denn von dieser profitieren erneut die ohnehin Privilegierten.

Warum dieses Buch? Darum!

Dies sind nur ein paar Missstände einer patriarchalen, kapitalistischen und rassistischen Gesellschaft, die in „Darum Feminismus“ auf- und angegriffen werden. Und genauso häufig, wie mit dem Finger auf die Verhältnisse gezeigt wird, wird auch der Blick nach innen gerichtet und Raum für konstruktive Kritik geschaffen. Das Buch motiviert, sich zusammensetzen, egal aus welchen politischen Kontexten mensch kommt.

Zum Abschluss liefert das Buch noch Anstöße für eine Utopie. Damit ist keine Ideologie gemeint, denn diese erhebt wiederum einen totalisierenden Anspruch. Utopien sollen spezifisch sein, auf die Möglichkeit eines Anderen verweisen und vor allem das als unveränderbar Scheinende in Frage stellen:

„Utopien greifen die Wahrheitsregime an, die vermitteln, dass es keine Alternative gebe, dass die bestehende Welt mit ihren Gesellschaftsordnungen nicht nur die beste, sondern auch die einzig mögliche sei. (...) Einer Utopie ist partielle oder radikale Kritik des Gegebenen immanent.“ (S. 259)

Nach dem Lesen dieses Buches ist die Frage „Warum Feminismus?“ völlig überflüssig! In leicht zugänglicher Sprache wird vielschichtig auf die Notwendigkeiten des Feminismus Bezug genommen. Es werden Zustände zusammengedacht, die bisher zu wenig zusammengeführt wurden, obwohl das so sehr auf der Hand liegt. Und auch wenn die Perspektiven zumeist auf der Ebene des Überdenkens der eigenen Positionen und des Reflektierens verbleiben (was schon eine große Herausforderung ist), liefert dieses Buch viel Stoff zum Nachdenken, Reden und Umsetzen.

Affront (Hg.) 2011:

Darum Feminismus! Diskussionen und Praxen.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-303-1.

288 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Facetten des Feminismus. Erschienen in: Feministische Praxen. 13/ 2012, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/968>.

Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Globale Krisen und globaler Widerstand



Peter Birke / Max Henninger (Hg.)

Krisen Proteste

Beiträge aus Sozial.Geschichte Online

Der aus der Redaktion von Sozial.Geschichte Online heraus entstandene Sammelband zeigt die Verbindungslinien zwischen den derzeitigen globalen Krisen und deren Proteste auf.

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Der Zusammenhang zwischen ökonomischer, politischer oder soziokultureller Krise und den Möglichkeiten revolutionärer Praxis ist ein Kernbestandteil linker Theoriebildung. Und auch gegenwärtig steht, angesichts der KriseN, die Frage an: Welche Potenziale haben die Proteste im Kontext aktueller gesellschaftlicher und ökonomischer Verwerfungen? Theoretisch lässt sich darüber trefflich streiten, dennoch beraubt sich emanzipatorische Theorie seiner Sprengkraft, wenn sie die konkreten politischen und sozialen Bedingungen von Kämpfen nur unter vermeintliche Gewissheiten subsumiert – sie bleibt somit stumpf.

Krisen des Kapitalismus

Einen anderen Ansatz verfolgt der Sammelband „Krisen Proteste“ von Peter Birke und Max Henninger, welcher viele der aktuell zahlreichen Proteste und Aufstände explizit in Bezug auf die sowohl politischen und ökonomischen Krisen der letzten Jahre reflektiert. Ein durchaus ambitioniertes Unterfangen. Zum einen deshalb, darauf weisen auch Birke und Henninger selbst hin, da erstmal ein Verständnis der aktuellen KriseN und seiner Prozesse hergestellt werden muss. Darüber hinaus sind viele der im Sammelband aufgegriffenen Proteste (u.a. Occupy) noch in vollem Gange. Es besteht also die Gefahr, von der Gegenwart überholt zu werden. Doch, soviel sei schon vorher gesagt, diese Hürde nimmt der Sammelband mit Bravour, denn in den Beiträgen wird mehr verhandelt als das bloße Aneinanderreihen von Protestereignissen.

Die insgesamt elf Aufsätze sind detailreiche Fallstudien, die unterschiedliche Krisenkontexte sowie -folgen (u.a. Austeritätspolitik, Krise der Repräsentation, Ernährungs Krise, neoliberale Stadtpolitik) beschreiben und neben der Fokussierung auf die Protestbewegungen in Westeuropa, Nordamerika und Nordafrika auch die Ernährungskrisen im afrikanischen Raum sowie die Arbeiter_innenaufstände in China beleuchten. An dieser geographischen Breite lässt sich auch ein zentraler Befund der Lektüre von „Krisen Proteste“ aufzeigen. Trotz zeitlicher und räumlicher Ungleichzeitigkeiten sind die Proteste in ihrer symbolischen Artikulation transnational. In den Protestcamps rund um den Globus fand die eigene politische Praxis unter Verweise auf weitere Protestbewegungen und -kontexte (u.a. Tunesien, Ägypten) statt, mit denen sich die Aktivist_innen selbst solidarisierten und sich somit in einen Zusammenhang stellten, der über den nationalen Rahmen weit hinausging. Andy Durgan und Joel Sans schreiben in ihrem Beitrag zur spanischen Bewegung 15. Mai (15-M):

„Die Ereignisse jenseits der Grenzen waren in den Camps sehr präsent. In Madrid wehte die ägyptische Fahne über dem besetzten Platz, während die Placa Catalunya in Barcelona in drei Gebiete aufgeteilt wurde: ‚Island‘, ‚Palästina‘ und ‚Tahrir‘. Bei allen Protesten waren griechische Fahnen zu sehen.“ (S. 139)

Auf der symbolischen Ebene drückt sich, trotz der teilweise diffusen Forderungen und Thematiken, die in den Protesten artikuliert wurden, in den selbst gewählten Bezügen der Aktivist_innen eine Krisenwahrnehmung aus, deren ökonomische und politische Grundlage Max Henninger und Peter Birke in ihrem lesenswerten Eingangsbeitrag historisch rekonstruieren. Die gegenwärtige Krise ist kein geschichtsloses Phänomen, sondern muss in die politisch-ökonomische Entwicklung der letzten vierzig Jahre eingeordnet werden (S. 12).

Der historische Einstiegspunkt in die aktuelle „Krisengeschichte“ sind die beginnenden 1970er Jahre, in denen sich Währungs-, Energie- und Ernährungskrise zu einem dynamischen Bündel verdichteten. Die Konsequenzen zeigten sich für den globalen Norden und Süden jeweils unterschiedlich. Während in den Ländern des globalen Nordens mittels der Ausweitung des Niedriglohnsektors und der zunehmenden Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen eine massive Umstrukturierung der Arbeitsmärkte vorgenommen wurde, formierte die zunehmende Urbanisierung im globalen Süden ein informelles Proletariat (S. 20), was, so lässt sich folgern, die Grundlage für die massive Ausbeutung durch den globalen Norden war und immer noch ist. Diese Verarmungsprozesse wurden letztlich durch die Austeritäts- und Liberalisierungsprogramme des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) und der Weltbank forciert (S. 26). Durch die historische Genese der aktuellen Krise und ihrer Phänomene schaffen es Birke/Henninger, ohne mechanistisch zu argumentieren, die ökonomische und politische Krise als Teil der kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen, die eben auch immer krisenhaft ist.

Von Wirtschafts- zu Staatskrisen

Eine „Kritik durch Darstellung“ leistet auch der Beitrag von Karl Heinz Roth, in dem er die politischen und ökonomischen Prozesse beschreibt, die in der griechischen Staatskrise mündeten. Interessant ist dabei, dass Griechenland trotz der Nichterfüllung der Maastricht-Kriterien in die Euro-Zone aufgenommen wurde (S. 81). (Die Maastricht-Kriterien, oder auch „EU-Konvergenzkriterien“, sind Indikatoren, anhand derer bewertet werden soll, ob ein Land in die EU aufgenommen werden kann. Dabei handelt es sich unter anderem um Preisstabilität, Niedriger staatlicher Schuldenstand, eine staatliche Neuverschuldung unter 3 Prozent sowie stabile Zinssätze.)

Roth führt zum einen an, dass geostrategische Überlegungen eine Rolle bei der Aufnahme in die Euro-Zone gespielt haben könnten, da Griechenland zu diesem Zeitpunkt die „östliche Flanke“ zu den Balkanländern bildete. Auf der anderen Seite war Griechenland ein neuer Markt für Infrastrukturprojekte und Rüstungsexporte, an denen sich im großen Stil auch deutsche Firmen beteiligten. Und so gehörten dann auch die europäischen Großkonzerne aus der Bau- und Rüstungsbranche sowie dem Finanzsektor zu den Profiteuren des Beitritts. Mit diesen gut vernetzt, konnten auf griechischer Seite das „Reederei- und Bankkapital“ (S. 83) sowie die politische Klasse (*PASOK* und *Nea Dimokratia*) ihren Teil des Profits einstreichen (S. 83f). Die geforderten Verwertungsmöglichkeiten der einzelnen Kapitalfraktionen konnten nur durch eine massive Staatsverschuldung realisiert werden, die letzten Endes in der aktuellen Krise mündete und politisch in einer „De-facto-Zwangsverwaltung“ (S. 88f) durch die „Troika“ resultierte. Die „Troika“ bilden Vertreter der Europäischen Zentralbank, der EU-Kommission und des IWF. Sie sollen die Umsetzung des Austeritätsprogramms in Griechenland überwachen und können die Auszahlung von Krediten an den griechischen Staat blockieren.

Durch diese Situation kam es in Griechenland zu einem historischen Bruch mit der *Metapolitevisi* (politisch-soziale Ordnung nach dem Ende der Diktatur 1974), die spätestens mit den

Massendemonstrationen am 25. Mai 2011 durch die griechische Bevölkerung aufgekündigt wurde. Gregor Kritidis analysiert in seinem Beitrag diesen Prozess auf Seiten der politischen Klasse als Staatsreich durchaus treffend. Die Austeritäts-Maßnahmen der „Troika“ wurden an der griechischen Verfassung vorbei ratifiziert und sind somit illegal (S. 104f). Kritisid weist hier konkret auf eine verallgemeinerbare Tendenz eines zunehmend autoritären Kapitalismus hin: Zur Not werden Bedingungen der Kapitalverwertung auch gegen Verfassungen durchgedrückt und das auch ganz offen. Flankiert wird dies von steigender Polizeigewalt, wie Kritisid das am Beispiel der staatlichen Gewaltexzesse (u.a. Beschuss der Demonstrant_innen mit Reizgas und Blendgranaten, S. 124f) Mitte Juni 2011 zeigt.

Im Falle Griechenland kann paradigmatisch von einer umfassenden Staats- und Legitimationskrise gesprochen werden, wie sie auch in anderer Form und unterschiedlicher Intensität den Protesten von Occupy bis 15-M zugrunde liegt. In der Sichtbarkeit der aktuellen Krisenphänomene liegt vielleicht auch der Schlüssel zum Verständnis der Mobilisierung von Aktivist_innen, die zum ersten Mal politisiert und aktiviert wurden. In der griechischen Protestwelle Mai 2011 wurde mit der Ablehnung aller politischen Parteien und Gewerkschaften der Bruch mit dem kompletten politischen Establishment gefordert (S. 118): Die Aktivist_innen ließen sich nicht mehr repräsentieren. Ein ähnliches Politikverständnis zeigt sich im Interview von Max Henninger mit der New Yorker Occupy-Aktivistin Silvia Frederici:

„Es ging nicht nur darum, den Autoritäten entgegenzutreten, sondern auch darum, Momente kollektiver Erfahrung und kollektiver Reproduktion herzustellen, die einer anderen Logik als der des wettbewerbsorientierten neoliberalen Kapitalismus folgen.“ (S. 158)

Bei der Lektüre der Beiträge ist dies das immer wiederkehrende Motiv: die Erfahrung einer neuen politischen Kollektivität durch Besetzungen, sei es nun der Syntagma- und Tahrir-Platz oder der Zuccotti Park sowie das Ablehnen politischer Repräsentation. In jene Form politischer Artikulation gehören auch die englischen Riots, die in dem Beitrag von The Free Association beleuchtet werden. Erhellend ist dabei die Analyse der Riots als Ausdruck neoliberaler Subjektivierung, die „um eine kollektive politische Artikulation“ kämpft (S. 236). Vielleicht lässt sich dies für die Proteste im globalen Norden verallgemeinern.

Krisen und Proteste über den Tellerrand hinaus

Umso einschneidender unterscheiden sich die Krisenauswirkungen und -wahrnehmungen in den Beiträgen zu den Ländern des globalen Südens. Die ökonomische Krise manifestierte sich in afrikanischen Ländern in den Jahren 2010 und 2011 als massive Hungersnöte, die einen Großteil der lokalen Bevölkerungen physisch bedrohte. Max Henninger zeigt auf, wie unter anderem durch den Kauf von Ländereien durch Großkonzerne landwirtschaftliche Nutzfläche privatisiert wurde/wird und so für die Subsistenzwirtschaft der Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht. Zu Recht fordert er in seinem Beitrag, dass in den kommenden Krisen-Debatten vermehrt auf die Auswirkungen der ökonomischen Krise für die Ernährungsunsicherheit im globalen Süden eingegangen werden muss.

Einen Einblick in den krisenhaften Alltag eines chinesischen Wanderarbeiters vermittelt der Beitrag von Pun Ngai und Lu Huilin. Anhand einer berufsbiografischen Fallstudie des Arbeiters Xin zeigen sie die Zumutungen der „unvollendeten Proletarisierung“ (S. 286) auf. Xin ist ein vom Land weggezogener Wanderarbeiter, der in die Stadt gegangen ist, um hier als Lohnarbeiter tätig zu sein. Mittlerweile gibt es in China mehr als 200 Millionen Menschen, die als „Bauernarbeiter“ bezeichnet werden (S. 279). Den „Bauernarbeitern“ ist es untersagt, sich in der Stadt, in der sie arbeiten, dauerhaft niederzulassen. Da die staatlichen Behörden sich nicht für die „Bauernarbeiter“ zuständig fühlen, sind sie weitgehend von medizinischer Versorgung, Bildung und sozialen Dienstleistungen ausgeschlossen. Der Alltag dieser sich formierenden Klasse ist dauerhaft prekär – reduziert auf die physische Arbeitskraft.

Der Sammelband von Peter Birke und Max Henninger bietet in seiner thematischen Breite und inhaltlichen Tiefe aktuell den besten Überblick über die gegenwärtigen Proteste im Kontext der politischen und ökonomischen Krisen. Ein besonderer Verdienst ist es, dass sich die Beiträge nicht nur auf den globalen Norden beschränken. Gerade durch die geographische Vielfalt wird eines deutlich: Die kapitalistische Krise ist global! Eine Auseinandersetzung mit dem Sammelband ist mehr als lohnend und das auch, weil die Autor_innen es schaffen, nicht nur eine Protestgeschichte zu erzählen, sondern die politische Praxis der Aktivist_innen mit der/den Krisen der kapitalistischen Produktionsweise zu vermitteln. Darüber hinaus lassen sich anhand der Lektüre der Artikel auch mögliche Figurationen politischer Praxis diskutieren, die neue Aktivist_innen mobilisieren und mit den bisherigen Formen politischer Partizipation brechen.

Peter Birke / Max Henninger (Hg.) 2012:

Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online.

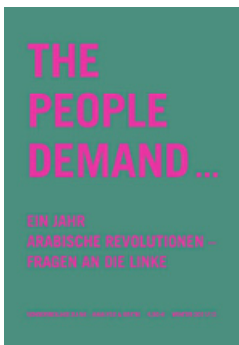
Assoziation A, Berlin.

ISBN: 978-3-86241-413-0.

312 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Globale Krisen und globaler Widerstand. Erschienen in: Facetten der Krisenproteste. 19/ 2012, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1036>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

„Wenn du geradeaus vorwärts stürmst...“



analyse & kritik (Hg.)

The people demand ...

ak-Sonderbeilage: Ein Jahr arabische Revolutionen - Fragen an die Linke

Analyse und Kritik veröffentlicht mit der Sonderausgabe zum Arabischen Frühling eine spannende Sammlung an Erfahrungsberichten, Hintergrundanalysen und Diskussionsansätzen für die europäische Linke.

Rezensiert von [Sibille Merz](#)

Rund ein Jahr nach Beginn der Aufstände in Nordafrika und dem Mittleren Osten blickt die linke Monatszeitung *Analyse und Kritik* (ak) mit einer Neuveröffentlichung von Texten der letzten zwölf Monate sowie mit neu verfassten Artikeln kritisch auf die Ereignisse zurück. Ziel der Redaktion sei es auf der einen Seite, den Informationsbedarf über die Entwicklungen in der Region zu decken und, auf der anderen Seite, die Auseinandersetzung mit den Bewegungen in der arabischen Welt zu fördern, um eine Diskussion über die politischen Konsequenzen für die internationalistische Linke in Europa zu eröffnen. In fünf Kapiteln (Drei Einleitungen, Rückblick, Hintergrund, Diskussion und Solidarität) finden sich interessante Einblicke und Perspektiven von Autor*innen unterschiedlicher Hintergründe und politischer Positionen. Dabei besticht die Sonderausgabe vor allem durch persönliche Erfahrungsberichte von mehrheitlich europäischen Aktivist*innen sowie durch vielschichtige Perspektiven auf die Ereignisse jenseits der Fokussierung auf den Tahrir Platz. Einzige Leerstelle der Ausgabe ist allerdings die Abwesenheit von Stimmen beteiligter Aktivist*innen aus der Region selbst, mit Ausnahme zweier Interviews, sowie von Berichten über Länder wie dem Jemen, Bahrain, Saudi-Arabien, Jordanien oder Palästina, die auch in der hegemonialen Berichterstattung kaum Erwähnung finden. Dennoch stellt die Ausgabe eine spannende Lektüre dar, die zum Weiterdenken und -diskutieren anregt.

Eigene Orientalismen reflektieren

Eröffnet wird „The People Demand“ mit drei Artikeln aus dem letzten Jahr, die den Blick auf die darauffolgenden Texte schärfen und homogenisierenden Darstellungen der Entwicklungen in der Region vorbeugen sollen. Katharina Lenner warnt in ihrem Text „Bilder einer Revolution“ vor pauschalisierenden Bewertungen der Ereignisse, vor allem in Form der häufig formulierten Angst vor einem Erstarren der islamistischen Bewegungen, und entlarvt die Berichterstattungen ihrer orientalistischen Motive. Sie plädiert für eine differenzierte, historisch sensible Analyse politischer und sozio-ökonomischer Kontexte sowie die kritische Auseinandersetzung mit eigenen stereotypisierenden Bildern, um nicht erneut „den alten Orientalismen aufzusitzen“ (S. 11). Diese Mahnung scheint nicht nur in Bezug auf die mediale Berichterstattung angebracht, sondern auch für hiesige linke Diskussionen relevant, in denen nicht selten (anti-muslimische) Klischees über die Rolle der Frauen, Religion und islamistische Bewegungen reproduziert oder die Proteste vorschnell als antikapitalistische Revolutionen fehlinterpretiert werden. Lenner stellt den darauffolgenden Beiträgen somit eine wichtige Aufforderung zu mehr Selbstreflexivität und Differenzierung voran.

Auch Helmut Dietrich argumentiert in seinem Beitrag, den im Zuge der Aufstände neu besetzten Begriff der „arabischen Straße“ von westlichen Modellen sozialer Bewegungen abzugrenzen und den Ursprung der massenhaften Proteste in den diversifizierten Alltagspraktiken der „Armen“ zu

suchen. Was der Soziologe Asef Bayat als „quiet encroachment“ bezeichnet, das unterschwellige Vordringen der Marginalisierten in den öffentlichen Raum durch „kollektive(...) Aktionen nicht-kollektiver Akteure“ (Bayat 2012) wie das Anzapfen von Stromleitungen, das Besetzen von leer stehendem Wohnraum oder das Betreiben eines nicht-genehmigten Straßenmarkts, sieht auch Dietrich als stillen Wegbereiter der urbanen Aufstände vor allem in Ägypten und Tunesien; ein Aspekt, der in den meisten Auseinandersetzungen mit den Aufständen bisher kaum thematisiert wurde.

Eindrücke, Erfahrungen, Perspektiven

Der zweite Teil der Ausgabe enthält vor allem persönliche Erfahrungsberichte von Aktivist*innen und internationalen Beobachter*innen. So analysiert die ägyptische Feministin und Politikwissenschaftlerin Hoda Salah die Rolle der Frauen im ägyptischen Aufstand und stellt heraus, dass die aktuelle Situation auf dem Tahrir Platz zwar durchaus auf eine tiefgreifende Veränderung der Geschlechterverhältnisse hindeute, es jedoch vor allem darauf ankäme, wie nachhaltig diese Veränderungen seien. Frauen, so Salah, spielten schon immer eine bedeutende Rolle in den Revolten und Dekolonisierungskämpfen in der Region, die entscheidende Frage sei jedoch, was *danach* passiere. In den meisten Fällen sahen sich die Frauen nach den Revolutionen wieder von führenden Positionen und wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen. Frauenrechte und die Enttabuisierung von Homosexualität müssen also auch im post-revolutionären Ägypten ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Weniger zögerlich blickt Hassan Saber, ägyptischer Aktivist im oppositionellen Bündnis „Kifaja“ („Es reicht!“), welches bereits seit 2004 Demonstrationen und Proteste gegen das Regime organisierte und als ein wesentlicher Vorläufer der aktuellen Revolte gilt, auf die kommenden politischen Umwälzungen:

„Es gibt ein arabisches Sprichwort, das besagt: ‚Wenn du geradeaus vorwärts stürmst, wirst du deinen Gegner verwirren‘. Der Gegner erwartet, dass du abwartest, dich vorsichtig bewegst. Wir dürfen den Gegnern echter demokratischer Veränderungen diesen Gefallen nicht tun.“ (S. 21)

Als Gewerkschafter und Aktivist betont Saber vor allem die Notwendigkeit, unabhängige Gewerkschaften und Parteien zu gründen, da die einzige linke Partei Ägyptens längst vom Regime kooptiert wurde und die offiziellen Gewerkschaften im Dienst der herrschenden Klasse stünden. Trotz der Abwesenheit einer organisierten, unabhängigen Arbeiter*innenbewegung hebt er die tragende Rolle der zunehmenden Streiks und Arbeiter*innenproteste hervor, welche letztendlich als „Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte“ (S. 21), den Rücktritt Mubaraks erzwangen. Ähnlich schätzt auch Juliane Schumacher, drei Monate später, die Bedeutung der Arbeiter*innen ein und definiert die wachsenden Arbeitskämpfe, welche sich in den zunehmenden Demonstrationen der neu gegründeten Gewerkschaften manifestieren, als einen der drei Stränge, an denen sich die Proteste aktuell entfalten. Beide Autor*innen sprechen damit eine zentrale Frage an, die sich durch die gesamte Ausgabe zieht: jene nach der Bedeutung der Arbeiter*innenklasse und der Möglichkeit einer sozialistischen Transformation. Zwar stellt Hassan Saber ernüchternd fest, dass Ideen von Arbeiter*innenselbstverwaltungen oder der Kontrolle der Produktionsmittel bislang keine entscheidende Rolle in der ägyptischen Revolte spielten. Dennoch machen beide, Saber wie auch Schumacher, deutlich, dass wir – und damit ist auch die interessierte Linke in Europa gemeint – die zentralen Akteur*innen der Revolte auch jenseits der avantgardistischen Jugend auf dem Tahrir suchen und den Fokus in Richtung Arbeitskämpfe verschieben müssen.

Der „Rückblick“ schließt mit einer Stellungnahme der *ak*-Redaktion gegen die Propaganda der humanitären Intervention und einem klaren Nein zum Krieg in Libyen. In einem der wenigen Kommentare zu Libyen im Heft zeichnet Hannah Wettig derweil die Entwicklungen nach dem Sturz Gaddafis nach und zeigt sich besorgt über die fehlende politische Agenda der Oppositionellen im Land. Der Wunsch nach Freiheit nehme einen zentralen Stellenwert in den

Forderungen der Libyer*innen ein, während die meisten nach fast 42 Jahren Gaddafi'scher „Basisdemokratie“ nur noch wenig Vertrauen in Demokratie und politische Partizipation zeigten.

Historische und sozio-ökonomische Hintergründe

Den Auftakt der Hintergrundanalysen macht ebenfalls Hannah Wettig mit einem informativen Artikel zu den wirtschaftlichen Entwicklungen im postkolonialen Nordafrika. Ihr Fazit: Die meisten Volkswirtschaften der Region sind durch Deregulierung, Exportorientierung, Abbau von Subventionen und die Privatisierung vieler Staatsbetriebe, nicht selten erzwungen durch Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, desolat. Durch die Liberalisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte öffnet sich die soziale Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Die Weltwirtschaftskrise und der resultierende Zusammenbruch der Nachfrage aus Europa hat die Lage drastisch verschärft. Die aktuellen Revolten müssen auch vor diesem Hintergrund gelesen werden; sie stellen nicht nur Demokratisierungsbestrebungen und den Wunsch nach Freiheit, sondern gleichermaßen Kämpfe für soziale Rechte und sozio-ökonomische Veränderungen sowie ein Aufbegehren gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik dar. Dennoch, so zeigt Bernhard Schmid in seinem Text „Vom Protest zur Gegengesellschaft“ für die Situation in Tunesien auf, gibt es derzeit keine starke gesellschaftliche Bewegung, die sich aktiv für eine andere wirtschaftliche Produktionslogik einsetzt. Zwar bestehe der Druck für Veränderung auch in der ökonomischen Sphäre, meist beschränke sich dieser aber auf die Forderung nach Absetzung alter, regimetreuer Profiteur*innen. Dieser Wunsch nach Auswechslung sei von vielen Linken fälschlicherweise häufig als das Bestreben nach Aufbau eines sozialistischen Rätessystems interpretiert worden. Das wichtigste Anliegen für die Linke in der Region müsse es somit sein, die aktuell auseinanderklaffenden demokratischen Proteste gegen die Regierung und die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisation und sozialen Transformationen zusammenzubringen.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen Paolo Cuttitta, Helmut Dietrich, Bernd Kasperek, Marc Speer und Vassilis Tsianos in ihrem Artikel „Migrationsbewegung für echte Demokratie“ und diskutieren die migrationspolitischen Konsequenzen der Revolten. Europa, so das Autor*innenkollektiv, befinde sich in einer Situation der Spaltung zwischen Norden und Süden, in der die südeuropäischen Länder nicht länger die Verantwortung für die Migrationskontrolle an den Außengrenzen Europas zu tragen bereit sind. Sie verweigerten sich vor allem dem Verursacherprinzip, welches demjenigen Mitgliedsstaat das Asylverfahren auferlegt, der die Einreise einer asylsuchenden Person durch das Ausstellen eines Visums oder aufgrund mangelnder Grenzkontrollen „verursacht“ hat. Dies zeige sich am deutlichsten an den Verhandlungen zwischen der italienischen und der tunesischen Regierung im Februar 2011, im Rahmen derer tausende Tunesier*innen eine italienische Aufenthaltserlaubnis erhielten. Der zunehmend verarmende Süden der EU sei außerdem besonders empfänglich für ein Überspringen des revolutionären Funkens, was sich in den sozialen Bewegungen der Puerta del Sol in Madrid und des Syntagma Platzes in Athen gezeigt habe.

Auch Peter Schäfer hebt auf die Folgen internationaler Politik für die Region ab, in seinem Falle diejenigen von Entwicklungspolitik und sogenannter Demokratieförderung. Überzeugend legt Schäfer dar, dass die Forderungen des arabischen Frühlings nach Freiheit, Partizipation und Souveränität den (wirtschafts-)politischen Interessen der EU und der USA, so zum Beispiel die Verhinderung von Einwanderung, Zugang zu den Rohstoffen der Region oder „Terrorismusbekämpfung“, entgegenlaufen und die Zusage politischer und finanzieller Unterstützung seitens des Westens in den „Ohren der Beteiligten wie Säbelrasseln“ (S. 52) klingen muss. Keine der demokratisch gewählten Regierungen werde zu einer Zusammenarbeit zu alten Konditionen bereit sein, so seine These. Schäfer formuliert so einen wichtigen Beitrag zur Kritik europäischer Einflussnahme und Verantwortung für den Machterhalt autoritärer Regime in der Region.

Die schärfste Kritik an herkömmlichen Darstellungen der Ereignisse stellt jedoch der Beitrag der wildcat-Redaktion dar, welche Pedram Shahyars „Thesen über die neuen Protestbewegungen“, ebenfalls im Heft abgedruckt, kommentiert und noch einmal zentrale Kritikpunkte aufgreift, die von den anderen Autor*innen im Heft bereits andiskutiert wurden. So warnt das Kollektiv vor allem vor einer Fokussierung auf die Politik des Tahrir Platzes:

„Der Kampf hat sich in Ägypten nicht erst auf dem Tahrirplatz entwickelt, und er findet auch nicht nur dort statt. Shahyars Fixierung auf die politische Ebene ignoriert soziale Prozesse und konkrete Kämpfe um ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Gleichheit‘ in den Betrieben und Stadtvierteln.“ (S. 58)

Außerdem stellten keinesfalls die prekären Gebildeten der ägyptischen Mittelschicht die zentralen Akteur*innen dar, sondern ebenso die Arbeiter*innen und deren kollektiven Kämpfe. „Es waren die Armen und die Slumbewohner, die während der Revolte in Suez, in Alexandria, Kairo, Port Said... die Polizei niedergeschlagen haben – und auch den größten Blutzoll leisten mussten.“ (Ebd.) Die revolutionäre Jugend fühle sich heute genau wie Polizei und wirtschaftliche Führung dazu berechtigt zu bestimmen, was von wem gesagt und mit wem gesprochen werden darf, zitieren die Autor*innen den Sozialhistoriker Joel Beinin. Es kann also nicht, wie von Shahyar gefordert, darum gehen, die Marginalisierten zu „empowern“, indem ihnen die durch NGOs und demokratische Staatsapparate strukturierten Machtgefüge oktroyiert werden, sondern um eine radikale Infragestellung der eigenen sozialen Rolle als Teil einer vermeintlichen Avantgarde.

Euromediterrane Solidarität (?)

In diesem Licht erscheint es allerdings fragwürdig, warum das Schlusslicht der Texte, neben einer kurzen Vorstellung des Projekts „Boats 4 People“, ein Aufruf zur Unterstützung des Projekts „Adopt a Revolution“ bildet. Das Prinzip des Projekts ist nach Gründer Elias Perabo der Idee von Kinderpatenschaften nachempfunden und funktioniert auch genauso: wer spenden *will*, kann genau bestimmen, was mit dem Geld passieren soll und wie lange. Hier wird suggeriert, der Krieg in Syrien sei durch private, individuelle Wohltätigkeit zu gewinnen; zusätzlich wird die westliche Einflussnahme durch zweckorientierte Spenden gesichert. Das Projekt lädt geradezu dazu ein, sich in kolonialem Gestus den syrischen Widerstand symbolisch anzueignen. Aus kritisch-emanzipatorischer Sicht ein durchaus zweifelhaftes Unterfangen.

Alles in allem stellt die *ak*-Sonderausgabe eine gelungene Sammlung an Eindrücken, Perspektiven und Meinungen dar und wirft wichtige Fragen zu sozialer Bewegung, Parlamentarismus, Demokratie und internationaler Solidarität in postkolonialen Zusammenhängen auf, deren Diskussion sich die europäische Linke nicht entziehen kann. Es lohnt sich also, auch die laufende Berichterstattung der Zeitung zu verfolgen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bayat, Asef 2012: *Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern.* Assoziation A, Berlin

Beinin, Joel 2011: *Revolution and Repression on the Banks of the Suez Canal*, erschienen auf www.jadaliyya.com (12.07.2011)

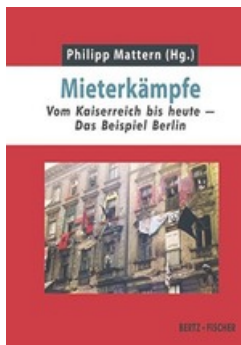
analyse & kritik (Hg.) 2011:

The people demand ... ak-Sonderbeilage: Ein Jahr arabische Revolutionen - Fragen an die Linke. a.k.i Verlag für analyse, Hamburg.

64 Seiten. 4,50 Euro.

Zitathinweis: Sibille Merz: „Wenn du geradeaus vorwärts stürmst...“. Erschienen in: Arabische Revolutionen. 23/ 2012, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1080>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Vergessene Splitter der Hoffnung



Philipp Mattern (Hg.)

Mieterkämpfe

Vom Kaiserreich bis heute – das Beispiel Berlin

*Die Mieterbewegung hat nichts an Aktualität verloren und bietet einen reichen Erfahrungsschatz für die kämpfenden Mieter*innen von heute.*

Rezensiert von [Philipp Möller](#)

Die zurückgekehrte Wohnungsfrage ist ein Kristallisationspunkt sozialer Kämpfe in den Städten. Die Hoffnungen vieler Linker liegen in diesen Tagen in den wachsenden Protesten gegen die sozialen Verheerungen als Folge der neoliberalen Wohnungspolitik der vergangenen 25 Jahre. Berlin gilt deutschlandweit als eine Art Avantgarde der stadtpolitischen Bewegung. Jüngst sorgten die Kampagne #besetzen und die Verhinderung des Google Campus in Kreuzberg für bundesweite Schlagzeilen. Die Stadt kann auf eine reiche Geschichte von Widerständen gegen die Unzumutbarkeiten kapitalistischer Stadt- und Wohnungspolitik zurückschauen.

Der kompakte Sammelband „Mieterkämpfe“ dokumentiert die Berliner Kämpfe der vergangenen 146 Jahre in elf Beiträgen. Der Herausgeber Philipp Mattern erklärt in der Einleitung die Notwendigkeit des Buches mit der Beobachtung, dass trotz des derzeit großen Interesses an den Konflikten am Wohnungsmarkt, die „Erfahrungen vergangener Auseinandersetzungen um Wohnraum [kaum] Eingang in die politische Diskussion finden“ (S. 7). Er stellt fest:

„Die MieterInnen Berlins haben diese Stadt niemals nur passiv bewohnt, sondern sie traten stets als Subjekte in Erscheinung. Indem sie für ihre Interessen kämpften, haben sie die Stadt gestaltet, sie mit Leben gefüllt, ihr ein eigenes Gesicht gegeben“ (S. 7).

Diese zentrale These zieht sich durch den gesamten Band und formuliert dessen Anspruch. Das Buch will die Geschichte der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung aus Perspektive der Mieter*innen erzählen.

Der Sammelband basiert auf einer Artikelserie im *MieterEcho*, der Zeitschrift der Berliner MieterGemeinschaft sowie auf Beiträgen aus der Ausstellung „Kämpfende Hütten“. Der Herausgeber hat das vorliegende Material für die Buchveröffentlichung gemeinsam mit den Autor*innen erweitert und durch einen Beitrag zur heutigen Situation sowie eine Zeitleiste ergänzt.

Von den Krawallen zur Organisierung

Die Reise durch die Geschichte der Mieterkämpfe beginnt im Jahr 1872 mit den Blumenstraßenkrawallen in Friedrichshain. Der Historiker Axel Weipert nimmt die Leser*innen mit in die beengten Verhältnisse in den Berliner Mietskasernen zu Beginn der Industrialisierung. Immobilienspekulation und die völlige Rechtlosigkeit der Mieter*innen befeuerten die ständige Angst vor dem Verlust des eigenen Wohnraums und erzwangen eine heute kaum vorstellbare Mobilität der Arbeiter*innen. Die Widrigkeiten riefen allerdings auch Widerstände hervor. Die Zwangsräumung des Tischlers Ferdinand Hartstock brachte schließlich das Fass zum Überlaufen.

Weipert schildert kenntnisreich, wie der Protest gegen die Räumung in dreitägigen Krawallen mit

Hunderterten Verletzten mündete. In der anschließenden Analyse macht der Historiker den entscheidenden Grund für die folgenlose Niederschlagung des Protests aus: Der fehlende organisatorische Rückhalt der Mieter*innenschaft, der dafür sorgte, dass die spontanen Proteste schnell zerrieben wurden.

Die Organisation der Mieter*innen in Räten und Vereinen während der Weimarer Republik steht im Zentrum des Beitrags von Henning Holsten und Stefan Zollhauser. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stellte sich die Wohnungsfrage von neuem. „Ein Mietervertrag wurde zu einem schützenswerten und zu verteidigenden Gut“ (S. 29), erklären Holsten und Zollhauser den massenhaften Zulauf zu den Mietervereinen. Gleichzeitig erlebte die Mieterbewegung eine Spaltung. Auf der einen Seite standen die reformorientierten Mieterorganisationen, die teils nationalistische Töne anstimmten. Auf der anderen Seite bekamen die auf Selbsthilfe setzenden und häufig kommunistisch orientierten Mieter*innen immer mehr Zulauf. Die KPD versuchte, die sich zuspitzende Wohnungsfrage in den Wirren der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise für eine Radikalisierung der Mieterbewegung zu nutzen und ihre Basis zu verbreitern.

Der Beitrag macht deutlich, wie die Kommunist*innen gemeinsam mit den Mieter*innen über eine Strategie der kleinen Erfolge, wie etwa erkämpfte Mietminderungen oder die Rücknahme von Kündigungen, immer mehr Zuspruch in der Mieterschaft gewannen. Diese Strategie taucht aktuell auch in der Debatte um eine stärkere Basisorganisation in der gesellschaftlichen Linken wieder auf. Initiativen gegen Zwangsräumungen und Widerstände gegen Mietsteigerungen durch Modernisierungen setzen ebenfalls an der direkten Betroffenheit und Alltagserfahrung der Menschen an.

Zu diskutieren wäre im Hinblick auf die historischen Erfahrungen, ob es heute nicht an einer politischen Organisation fehlt, die die vielen Einzelforderungen zu einer größeren, antikapitalistischen Erzählung zusammenführt und eine langfristig arbeitende Basis der Organisation bildet. Die Erfahrungen vieler Basisaktivist*innen, sich im „Klein-Klein“ des Handgemenges zu verlieren, und das Auslaufen der Aktivitäten protestierender Mieter*innen nach einiger Zeit illustrieren diese Leerstelle eindrücklich.

Leerstelle Nationalsozialismus

Im nationalsozialistischen Deutschland wurde die Mieterbewegung zerschlagen und die Mieterorganisationen gleichgeschaltet. Im Sammelband klafft für die Zeit des deutschen Faschismus eine Lücke. Dabei wäre ein Beitrag sehr interessant gewesen, der sich mit dem Verbleib der kämpfenden Mieter*innen, der Gleichschaltung und Eingemeindung der Mieterverbände in den NS-Staat oder Widerstandshandlungen aus einzelnen Häusern heraus beschäftigt.

Die Erzählung des Buchs setzt erst wieder in den protestreichen 1960er und 1970er Jahren ein. Beiträge dokumentieren den Übergang von der Kahlschlagssanierung zur behutsamen Stadterneuerung, die Instandbesetzungsbewegung in West-Berlin und die selbstorganisierten Kämpfe von Migrant*innen um ihr Recht auf Stadt. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität in Weimar widmet sich mit einem sehr lesenswerten Artikel der Unterschriftenkampagne gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauten in West-Berlin und umkreist dabei die wohnungspolitische Sondersituation der geteilten Stadt.

Die Massenaktion gegen den sogenannten „Weißen Kreis“, der jene Städte kennzeichnete, in denen die Mietpreisbindung aufgehoben war, kann als Vorläufer der heutigen Volksentscheidungskampagnen gelten. Trotz großer Zustimmung in der Bevölkerung konnten sie den Übergang von einer politisch festgesetzten Miete mit klar zuweisbaren Verantwortlichkeiten hin zu einer anonymen, von scheinbar naturwüchsig marktwirtschaftlichen Mechanismen bestimmte Miete nicht verhindern. Die Entpolitisierung der Wohnungsfrage war die Folge, welche nur durch die vehementen Mieter*innenkämpfe der letzten Jahre wieder repolitisiert wurde.

Andreas Hüttner und Azozomox graben in einem Artikel die fast vergessene Geschichte der Mieter*innenproteste im Märkischen Viertel (MV) aus. In der zwischen 1964 bis 1974 errichteten Stadtrandsiedlung entzündeten sich Konflikte nicht mehr wie zu Zeiten der Wohnungsnot um das „Ob“ überhaupt Wohnen, sondern um das „Wie“. Eine Konstellation, wie sie für die sozialstaatlich-autoritär verwaltete Stadt des Fordismus typisch war. In der Stadtrandsiedlung fehlte es an sozialer Infrastruktur für die häufig kinderreichen und armen Bewohner*innen. Als Reaktion bildeten sich dutzende stadtpolitische Initiativen im Viertel.

Hüttner und Azozomox schildern, wie politisierte Studierende aus der APO und linke Gruppen Stadtteilzellen und die Märkische Viertel Zeitung gründeten und Mieterräte einberiefen. Die Autor*innen verweisen dabei auch auf die dokumentierten Aktivitäten von Ulrike Meinhof im MV. Im von den Autor*innen erwähnten „vorläufigen Strategiepapier MV“ analysierte Meinhof die Klassenzusammensetzung und Bedürfnisse der Bewohner*innen des Viertels. Daraus leitete sie die strategische Überlegung ab, sich auf die Forderung nach einem Jugendzentrum zu konzentrieren, denn „die Bereitstellung von Räumen für Jugendliche [...] wäre überhaupt erst der Anfang der Zusammenarbeit mit Jugendlichen“ (Meinhof 1970). Ähnliche Überlegungen wurden auch im Vorfeld der derzeit aus dem Boden sprießenden Stadtteilläden angestellt, die Ausgangspunkt einer neuen Organisation von unten werden sollen.

An dieser wie an vielen anderen Stellen beweist das Buch eine große Aktualität. Gleichzeitig stellt man mit etwas Ernüchterung fest, dass viele der heute diskutierten Strategien bereits ausprobiert wurden und in ihrem Ziel scheiterten, die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden. Dabei reift die Erkenntnis über die enormen Integrationskräfte der kapitalistischen Stadt, die Proteste für eine Intensivierung der urbanen Mehrwertproduktion und einer Einhegung von Widerständen produktiv nutzbar macht.

Dennoch oder gerade deshalb ist der Sammelband so lesenswert. Hinzu kommt die bunte Mischung der Autor*innen – bestehend aus Journalist*innen, Historiker*innen und Wissenschaftlicher*innen, von denen sich viele selbst als kämpfende Mieter*innen in die Stadt einbringen. Offen bleibt, inwiefern sich die gemachten Erfahrungen angesichts neuer Phänomene wie der wachsenden urbanen Digitalwirtschaft und der Touristification ganzer Stadtteile auf heutige Strategien der stadtpolitischen Bewegung übertragen lassen und wie es gelingen kann, die große Diversität der heutigen Mieterproteste zu einem linken gegenhegemonialen Projekt zu verbinden, das die neoliberale Stadtpolitik grundsätzlich überwindet.

Zusätzlich verwendete Literatur

Meinhof, Ulrike (1970): Vorläufiges Strategie-Papier MV. Online einsehbar [hier](#).

Philipp Mattern (Hg.) 2018:

Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – das Beispiel Berlin.

Bertz + Fischer, Berlin.

ISBN: 9783865057495.

208 Seiten. 8,00 Euro.

Zitathinweis: Philipp Möller: Vergessene Splitter der Hoffnung. Erschienen in: Revolution!. 50/2019, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1521>.

Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

We are Anonymous. We are Legion. Expect us!



Frédéric Bardeau, Nicolas Danet

Anonymous

Von der Spaßbewegung zur Medienguerilla

Mit Anonymous bekam linker Aktivismus auf der Straße ein schlagkräftiges Online-Pendant. Nun ist eine knappe und fundierte Analyse dieser Bewegung erschienen.

Rezensiert von [Sebastian Kalicha](#)

Es ist schon interessant, wie sich mit dem Aufkommen von Phänomenen wie *Anonymous* die Protestkultur der Linken verändert hat. Womöglich ist „verändert“ auch nicht das richtige Wort. Passender scheint es zu sagen, dass die linke Protestkultur „auf der Straße“ durch ein Online-Pendant ergänzt wurde und manchmal scheint es so, als ob dieser „Hacktivismus“ (Wortschöpfung aus „Hacking“ und „Aktivismus“) teilweise gar effektiver den Status quo bedroht als es Demos auf den Straßen dieser Welt tun. HackerInnen gibt es aber seit es das Internet gibt und häufig waren und sind diese völlig unpolitisch. Hacken war und ist oft nur eine Art sportliche Betätigung, die aus Spaß und Neugierde gemacht wird. In manchen Fällen wurden und werden das Know-how auch für Cyberkriminalität eingesetzt, um damit Geld zu verdienen oder schlicht um destruktiv zu sein. Hierfür gibt es gar eigene Termini: ethische (und/oder politische) HackerInnen werden als *White hats* bezeichnet, destruktive und kriminelle hingegen als *Black hats*. In der etwas zwielichtigen Internetplattform *4chan*, wo sich *White* und *Black hats* – sowie alles dazwischen – herumtummeln, entwickelte sich vor Jahren eben jene Gruppe, die unter dem Namen *Anonymous* den politischen „Hacktivismus“ auf eine ganz neue Ebene hievte.

Basics für Laien

Die beiden Autoren Frédéric Bardeau und Nicolas Danet beginnen ihre Ausführungen zu *Anonymous* lange bevor es diese Gruppe überhaupt gab, nämlich bei den Anfängen des Internets und des Hackings. Rund ein Viertel des Buches wird grundlegenden Informationen und Überlegungen zum Thema gewidmet, bevor man schließlich zu *Anonymous* selbst kommt. Dass man hier nicht einfach so ins kalte Wasser geworfen wird, sondern bestimmte Basics erklärt bekommt, ist vor allem für computertechnische Analphabeten (wie dem Rezensenten), die aber dennoch Interesse an Phänomenen wie „Hacktivismus“, Online-Aktivismus und *Anonymous* haben, äußerst hilfreich. Die Autoren führen den/die LeserIn nicht nur behutsam durch die oft verwirrende und (für Laien) fremd wirkende Online-Szene, in der sich *Anonymous* entwickelte, sondern erklären auch die Zusammenhänge verschiedener Gruppen und Communities, versuchen den Charakter von *Anonymous* und dem Hackerwesen zu ergründen (was alles andere als einfach ist) und gehen auch ganz konkret auf die „Waffen“ ein, die im Online-Aktivismus entwickelt und angewendet werden. Eine der Bekanntesten ist hier wohl die DDoS-Attacke (*denial-of-service attack*), bei der die Server des Zielobjekts mit Anfragen überflutet werden, bis diese überlastet sind und zusammenbrechen. Die Autoren ziehen hier immer wieder gute Vergleiche zur Protestkultur „der Straße“, indem sie DDoS-Attacken beispielsweise mit Blockaden vergleichen, denn nichts anderes ist eine DDoS-Attacke, nur eben im virtuellen Raum. Insofern – und das ist ebenfalls

interessant und erwähnenswert – wird im Buch darauf hingewiesen, dass *Anonymous* immer wieder darauf beharrt, dass sie – trotz der oft martialischen Sprache – ein gewaltfreies Ethos vertreten.

Expect us!

Die Aufmerksamkeit, die *Anonymous* in so kurzer Zeit auf sich gezogen, und den Ruf, den das Netzwerk durch spektakuläre Aktionen erlangt hat, ist gewaltig. *Anonymous* (und ihr nahestehende Hackergruppen wie *LulzSec*) hat sich einige GegnerInnen vorgenommen, die einen staunen lassen: Scientology, Sony, amazon, PayPal, News Corporation, Regierungen oder Ministerien von Ländern wie Tunesien, Ägypten, Iran, Österreich, Griechenland und China, die mexikanische Drogenmafia, Pädophilennetzwerke, FBI und CIA et cetera, et cetera. Es klingt surreal, sich mit solchen Gegnern anzulegen und dann noch, wie *LulzSec* es tat, höhnisch zu posten „Laughing at your security since 2011“ (Über eure Sicherheit lachend seit 2011). Schließlich verbündete sich *Anonymous* mit *WikiLeaks* (ein Bündnis, das mittlerweile in die Brüche zu gehen scheint, was aber aufgrund der Aktualität im Buch nicht mehr behandelt wird), und steigerte somit erneut seinen Ruf, eine echte Bedrohung für das gesamte staatlich-kapitalistische System zu sein.

Und man ahnt es schon: Wo es linke, progressive HackerInnen gibt, da gibt es auch reaktionäre, und so erklären die Autoren auch knapp, welche Konkurrenzgruppen es zu *Anonymous* gibt und wie diese sich im Netz „bekriegen“. Die Vorstellung von rechten Hackergruppen, die möglicherweise einmal mit „uns“ das machen, was *Anonymous* seit einiger Zeit mit ihnen macht, ist durchaus beunruhigend, aber real.

Leider, und das hätte dem Buch durchaus gut getan, erfährt man von konkreten *Anonymous*-Aktionen eher wenig. Die einzige Aktion, die genauer ausgeführt wird, ist das *Project Chanology*, die Kampagne gegen Scientology, die als so etwas wie die „Gründungskampagne“ von *Anonymous* gilt (mit dem berühmt und legendär gewordenen Video „[Message to Scientology](#)“, in dem nichts weniger als die Zerstörung von Scientology angekündigt wird). Abseits vom *Project Chanology* werden Aktionen und Kampagnen lediglich angedeutet. Das Buch trägt stärker den Charakter einer theoretischen Analyse als einer Beschreibung und Erläuterung der tatsächlichen Kampagnen und Aktionen. Mit den Analysen und Bewertungen, welche die beiden Autoren bieten, muss man fallweise inhaltlich natürlich auch nicht einverstanden sein. So wird beispielsweise die Aktion von *Anonymous Austria*, als sie den Server des Innenministeriums hackten und die Daten von rund 25 000 PolizistInnen an sich nahmen, um diese zu veröffentlichen, als Negativbeispiel gebracht, wie ethische Standards bei *Anonymous* manchmal eben auch nicht eingehalten würden. Derartige Aktionen, die man als „DOX“ bezeichnet, sind *Anonymous*-intern laut den Autoren umstritten. Dass diese Aktion aber den konkreten Anlass einer Gesetzesänderung hin zu einer weitreichenden Vorratsdatenspeicherung hatte und *Anonymous* darauf reagierte (frei nach dem Motto „wenn ihr unsere Daten klaut, dann klauen wir eure“), wird zwar erwähnt, jedoch hinzugefügt, dass es nur „schwer möglich“ sei, derartige Aktionen „von einem ethischen Standpunkt aus [zu] verteidigen“ (S. 120).

Perspektiven des „Haktivismus“

Wenn man das Buch liest, kommen dem/der leidenschaftlichen (offline) AktivistIn unvermeidlich unendlich viele Ideen, wie man diesen Online-Aktivismus mit dem althergebrachten Aktivismus „auf der Straße“ verbinden könnte und was für ein Potential das Ganze inne hätte. Aber dies sind nicht nur Wunschträume: Wie die Autoren belegen, wurden bereits die Proteste gegen den WTO-Gipfel 1999 in Seattle – also die mediale Geburtsstunde der globalisierungskritischen Bewegung – von gezielten DDoS-Attacken einer Hackergruppe namens *Electrohippies* begleitet. Und auch die Aufstände und Revolutionen des Arabischen Frühlings werden von *Anonymous* durch Hacks unterstützt. Desweiteren verlagerten sich *Anonymous*-Aktionen, die ursprünglich zur Gänze online abliefen, teilweise auch auf die Straße, wie dies bei *Project Chanology* der Fall war, als sich vermehrt AktivistInnen mit den bekannten *V for Vendetta*-Masken vor Scientology-Gebäuden

einfinden, um gegen die Organisation zu protestieren oder sich schlicht über sie lustig zu machen – was wiederum mit einem der Hacker-Kultur eigenen Sarkasmus und schwarzen Humor (*Lulz* genannt) einhergeht. Insofern darf man gespannt sein, wie sich das Phänomen *Anonymous* und der „Hacktivismus“ ganz allgemein weiterentwickeln werden. Die Autoren schließen ihr Buch ebenfalls mit dieser Frage und entwerfen drei Szenarien, wie es mit *Anonymous* weitergehen könnte. Zuletzt denken die Autoren noch laut darüber nach, was *Anonymous* im besten Fall in Zukunft sein könnte und legen die Latte ziemlich hoch:

„Könnte Anonymous, das aus einem offenen und auf Zusammenarbeit basierenden Internet hervorging – so wie die Aufklärung aus der Erfindung des Buchdrucks hervorgegangen war und zur Französischen Revolution führte – die Speerspitze einer weltweiten Revolution sein?“ (S. 168)

Eines steht zumindest fest: Die Möglichkeiten, die sich aus diesem dualen Online/Offline-Aktivismus ergeben – gesetzt den Fall sie gehen Hand in Hand – sind tatsächlich weitreichend, denn schon beide für sich genommen haben unendlich viel Potential. Es bleibt zu hoffen, dass diese Entwicklung verstärkt ins Auge gefasst wird, *Anonymous* seinen politisch-ethischen Standards treu bleibt sowie Angriffe von feindlichen Hackergruppen und rechtliche Repression von Staaten und Regierungen widerstanden werden können. Die jüngsten, von Julian Assange vorgebrachten Anschuldigungen, *Anonymous* sei vom FBI unterwandert, lassen bereits erahnen, welche potentiellen Probleme hier noch auf uns zukommen.

Frédéric Bardeau und Nicolas Danet haben ein wichtiges und gutes Buch geschrieben. Es ist eine spannende, zügig zu lesende und aus linker Perspektive verfasste Einführung in das Phänomen *Anonymous*, das auch für LeserInnen verständlich ist, die – wie der Rezensent – von Computern und allem was dazugehört im Grunde genommen absolut keine Ahnung haben.

Frédéric Bardeau Nicolas Danet 2012:

Anonymous. Von der Spaßbewegung zur Medienguerilla.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-531-8.

168 Seiten. 13,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Kalicha: We are Anonymous. We are Legion. Expect us! Erschienen in: Wer macht Medien?. 27/ 2013, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1122>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Die anderen USA



David Graeber
Direkte Aktion
Ein Handbuch

Das Buch liefert beeindruckende Einblicke in das Innenleben einiger aktueller Bewegungen.

Rezensiert von [Adi Quarti](#)

David Graeber, zuweilen umstrittener Aktivist der Occupy-Bewegung und Theoretiker einer Bewegung, welche nicht als globalisierungskritisch eingeordnet werden möchte, gibt in einem neuen Buch einen beeindruckenden Einblick in das Innenleben dieses eigenwilligen politischen Kosmos: Wie ist es hier möglich Versammlungen zu organisieren, bei denen am Ende, möglichst nach dem Konsensprinzip, auch Ergebnisse erzielt werden? Welche Moderationstechniken haben sich dort als praxistauglich erwiesen, die ohne Hierarchien direkte Demokratie ermöglichen und es dennoch möglichst vielen, auch unterschiedlichen Gruppierungen erlaubt, sich in die Geschehnisse einzubringen?

Doch zunächst gibt der Autor seine eigene Interpretation der Begriffe „Anarchie“, „direkte Aktion“ und „direkte Demokratie“, wobei er sowohl bei Bakunin als auch bei Sorel (Generalstreik) Anleihen nimmt. Der historische Marxismus sei eher ein theoretischer oder analytischer Diskurs über die revolutionäre Strategie, während der Anarchismus ein ethischer Diskurs über revolutionäre Praxis sei. Er selbst ist Mitglied der militanten Gewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW) und des Direct Action Network (DAN), welches unter anderem im Mittelpunkt des Buches steht. Aber es wird auch zu exotischen Entwicklungen innerhalb der anarchistischen Szene kritisch Stellung bezogen, etwa der des Primitivismus eines gewissen John Zerzan, der sich in den letzten Jahren immer mehr zu einer feindseligen Haltung gegen die Linke entwickelt hat und jede Form von Repräsentation, bis hin zur Sprache, ablehnt, da die Verhältnisse nur durch eine Rückkehr in die Steinzeit zu überwinden wären. In Wahrheit sei der Einfluss von Zerzan auf die Bewegungen in den USA aber gering, es seien eher die Medien, die seine Thesen immer wieder aufgriffen. Im Übrigen seien die bevorzugten Theoretiker der US-Linken eindeutig die Situationisten Raoul Vaneigem und Guy Debord, die der avantgardistischen Tradition am nächsten kommen. Hier liefert der Autor die wohl umfassendste und bunteste Ethnografie, die jemals über die Bewegungen in den USA von der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre bis Occupy Wall Street geschrieben wurde. Dies bedeutet, dass sowohl „ethnische“ und geschlechterspezifische als auch Klassenunterschiede Berücksichtigung finden.

Im Kapitel „Treffen, Versammlungen, Konsensfindung“ geht es vor allem um Beobachtungen, welche der Autor als teilnehmender Beobachter des bereits erwähnten DAN in New York City machte. Es wird ausführlich erklärt, wie es funktioniert, wenn mehrere Bezugsgruppen einen „Cluster“ bilden oder wenn Sprecherräte zusammenkommen. Aber auch hier wird nichts verklärt, sondern die Schwierigkeiten dargestellt, ein den ganzen Kontinent umfassendes DAN nach dem überwältigenden Erfolg gegen die WTO im November 1999 in Seattle aufzubauen. Eben deshalb sei es wichtig für größere Versammlungen, ModeratorInnen zu benennen, Tagesordnungen mit genauem Zeitplan festzulegen und sich auf Regeln für Beifall- beziehungsweise

Unmutsbekundungen zu einigen (einige davon haben sich bereits weltweit vereinheitlicht, wie Daumen hoch oder runter, „twinkling“, also mit den Fingern zu winken, um nachdrückliche Zustimmung zu signalisieren).

Wie nebenbei schöpft der Autor aus seinem reichhaltigen Erfahrungsschatz aus diesen Bewegungen, es werden am Rande AktivistInnen vorgestellt, die aus unterschiedlichsten Altersgruppen stammen: So etwa Chris, 17 Jahre jung und Punkgitarrist, und Nat, eine siebzehnjährige Frau, die lange in marxistischen Gruppen aktiv gewesen war und sich die letzten Jahre in anarchistischen Zusammenhängen betätigt hat. Zur Illustration von Problemdiskussionen werden ganze Wortprotokolle geliefert, etwa dasjenige eines DAN-Plenums in Charas El Bohio (ein einschlägiger Szenetreff in New York), wo es um die Unterstützung eines laufenden Streiks am Museum of Modern Art ging. Spannend sind solche teilweise langen Exkurse allemal, machen sie doch deutlich, dass das „andere Amerika“ real und lebendig ist, von einer Vielfalt und Breite, von der man hierzulande höchstens träumen kann. Erst im Schlusskapitel taxiert Graeber die zum Teil heterogenen Strömungen der US-Linken und kommt zu einem bitteren Resümee der Ausgangsbedingungen:

„In den vergangenen Jahrzehnten haben wir einen ‚Krieg gegen die Armut‘ zu einem ‚Krieg gegen das Verbrechen‘ degenerieren sehen, dann einen ‚Krieg gegen Drogen‘ (der erste, der international ausgeweitet wurde) und schließlich den ‚Krieg gegen den Terror‘. Dieser ist nicht wirklich ein Krieg im traditionellen Sinn, sondern der Versuch, die Logik dieser Kampagne auf den ganzen Globus auszudehnen oder, mit anderen Worten, einen diffusen weltweiten Polizeistaat auszurufen. Er orientiert sich nicht am Modell des Nationalstaats, ebenso wenig, vermute ich, an dem, was Hardt und Negri (2000) als humanitäres Imperium ohne Mittelpunkt beschrieben haben (das wiederum ist derzeit eher ein europäisches Projekt). Der weltweit agierende Polizeistaat soll wohl eher ein Imperium in einem viel älteren Sinne sein, etwa wie Rom in seiner Endzeit, ein Staat, dem jeder die Gefolgschaft erklären musste, selbst Goten und Hunnen, während sie zugleich darauf sann, ihn zu zerstören“ (S. 312).

Das Misstrauen gegen die teilweise euphorischen Rezensionen in der bürgerlichen Presse von „Schulden“ (vgl. hierzu Rezensionen in [kritisch-lesen.de #19](http://kritisch-lesen.de/#19) und [kritisch-lesen.de #22](http://kritisch-lesen.de/#22)) ist berechtigt, allerdings kann man auch altgewordenen Konservativen nicht vorwerfen, hier ausnahmsweise einmal richtig zu liegen, der Autor kann sie ohnehin nicht beeinflussen. David Graebers neues Buch ist informativ und leicht verständlich geschrieben, ob es als Handbuch dienen kann, wie der Untertitel nahelegt, muss sich erst noch zeigen. Im Anhang befindet sich zumindest ein ausführliches Glossar, welches die US-amerikanischen Begriffe und Organisationen erklärt.

David Graeber 2013:

Direkte Aktion. Ein Handbuch.

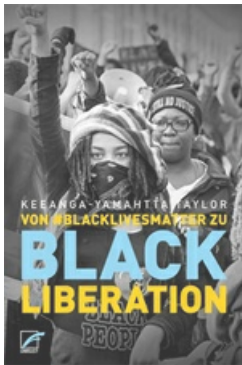
Edition Nautilus, Hamburg.

ISBN: 978-3-89401-775-0.

352 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Adi Quarti: Die anderen USA. Erschienen in: Kunst in Ketten. 31/ 2014, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1194>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte!



Keeanga-Yamahtta Taylor

Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation

Feministisch, antirassistisch und zutiefst klassenkämpferisch. Klingt nach einer explosiven Mischung? Ist es auch – im besten Sinne des Wortes.

Rezensiert von [Fabian Namberger](#)

Trotz anderslautendem Titel: Keeanga-Yamahtta Taylors „Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation“ ist kein Buch über Black Lives Matter. Oder, genauer gesagt: Es ist weit mehr als das. Auch wenn der Slogan der Bewegung in breiten Lettern auf dem Cover prangt, im Mittelpunkt von Taylors insgesamt acht Kapiteln steht ein viel weitreichenderes Argument, das zwar nicht neu ist, dessen zeitgemäße Reformulierung aber enormen Wert hat: Klassenpolitik und Antirassismus, so Taylors unnachgiebige Grundthese, schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Obwohl sich Taylor also, und das allein ist mehr als lesenswert, an der Black Lives Matter Bewegung abarbeitet – an ihren historischen Entstehungsbedingungen (von der Sklaverei zum Rassismus des US-amerikanischen Justizsystems), an ihren Vorgängerbewegungen (allen voran den Black Panthers) sowie an ihren gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen (nicht zuletzt die Frage der Selbstorganisation ist zentral) –, geht sie zugleich ein Problem an, das weit über den Themenkomplex „Black Lives Matter“ hinausweist: Die antirassistische und feministische Erneuerung linker Klassenpolitik.

Selbstorganisation: Vom Moment zur Bewegung

Der Weg zu einer solchen Klassenpolitik führt – daran lässt Taylor keinen Zweifel – über das mühsame Geschäft der Selbst- und Basisorganisation. Und genau hier lohnt sich Taylors Blick auf Black Lives Matter ungemein. Mit Empathie, aber keineswegs unkritisch, zeichnet Taylor die Entstehung und schrittweise Verfestigung der Bewegung nach. Einer der tragischen Schlüsselmomente dabei: der Mord an Mike Brown, einem Schwarzen Auszubildenden aus Ferguson, durch den weißen Polizisten Darron Wilson am 9. August 2014. Stellvertretend für die unerträglich lange Liste Schwarzer Todesopfer (Männer, aber auch Frauen), die durch Polizeigewalt ihr Leben verloren, entfachte der Mord an Brown eine der größten Protestwellen der jüngeren amerikanischen Geschichte. „Browns Tod [war] das Ereignis, das nicht nur die Schwarzen Bewohner*innen von Ferguson, sondern Hunderttausende Schwarzer Menschen im ganzen Land sagen ließ: ‚Es reicht!‘“ (S. 182). Denn nur wenige Wochen zuvor, am 17. Juli 2014, war es in New York zu einem ähnlichen Exzess weißer Polizeigewalt gekommen. Der Polizist Daniel Pantaleo erwürgte auf offener Straße Eric Garner, einen 43-jährigen Gärtner, und kam – wie Mike Browns Mörder – ohne Anklage davon. Als die Nichtanklage von Pantaleo im November desselben Jahres zur Gewissheit wurde, entzündete sich der Funke des Protests erneut:

„Zehntausende Menschen an verschiedenen Orten der USA bauten Barrikaden, angewidert und entrüstet darüber, dass ein weiterer weißer Polizeibeamter ungestraft damit davongekommen war, den Tod eines unbewaffneten Schwarzen Mannes verursacht zu haben. Die Beweise in diesem Fall waren sonnenklar. Hunderttausende Menschen hatten das Video gesehen, in dem Garner um sein Leben flehte und immer wieder – insgesamt elf Mal – sagte: ‚Ich kriege keine Luft‘, I can’t breathe“ (S. 200).

Genau an dieser Stelle setzt Taylor an. Die Frage, die sie an die Bewegung richtet, klingt simpel, ist in der Praxis aber verzwickelt: Wie gelangt man von einem flüchtigen Moment des Protests, in dem sich Entrüstung, Empörung, Trauer und Wut spontan entladen, zu einer langfristigen Bewegung? Taylor tut gut daran, zu betonen, dass diese Frage nicht in der Theorie, sondern immer und immer wieder in der Praxis beantwortet werden muss. Aber – und genau hier liegt Taylors wichtiger Beitrag – Theorie ist eben auch ein wichtiges und unumgängliches „Hilfsmittel“ in jedem konkreten Prozess der Selbstorganisation. Die Analyse, die Taylor zu Black Lives Matter anbietet, mag zunächst irritieren, sie ist aber goldrichtig – und lautet in ihrer Kurzform in etwa so: So sehr die jüngsten Ereignisse rassistischer Gewalt in den USA das Augenmerk auf die unübersehbaren und zutiefst gewaltvollen Konsequenzen von Rassismus lenken (Polizeigewalt bis hin zu Morden, racial profiling, überproportionale Inhaftierungsraten von Afroamerikaner*innen), so wichtig ist es, nicht bei diesen *Effekten* stehen zu bleiben, sondern nach ihren tiefer liegenden *Ursachen* zu fragen. Mit anderen Worten: Es geht um die gesellschaftlichen Bedingungen, die rassistische Gewalt und Diskriminierung erst ermöglichen und – Taylor redet hier nicht lange um den heißen Brei herum – ihren Ursprung im Kapitalismus und seinen (zutiefst widersprüchlichen) ökonomischen, kulturellen und politischen „Logiken“ haben.

Dementsprechend besteht Taylor darauf, Rassismus nicht nur als kulturelle Diskriminierungsform zu fassen, sondern als eine Ideologie, die auf handfesten ökonomischen Realitäten aufsetzt – auf einer, wie Taylor sie nennt, „politischen Ökonomie des Rassismus“ (S. 241). Es ist diese politische Ökonomie des Rassismus, die sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei – inklusive Barack Obama und Hillary Clinton – umschiffen haben, wenn sie die Gründe für Schwarze Armut stets auf kultureller Ebene (etwa in Schlagwörtern wie „Schwarzer Kultur“, „Schwarzen Familienstrukturen“ oder „Schwarzem Alltagsleben“) und damit bei den Betroffenen selbst suchten. Aber es ist auch diese politische Ökonomie des Rassismus, die wichtige Ausgangspunkte für eine Praxis der Selbstorganisation bietet, die über ganz verschiedene Diskriminierungsformen hinwegreicht. Am Beispiel von Black Lives Matter bedeutet das, dass die rassistische Unterdrückung von Schwarzen nicht in Abgrenzung *von*, sondern in Zusammenhang *mit* dem Leid gewöhnlicher Weißer verhandelt werden muss. Denn – so Taylors nachdrückliches Plädoyer – Erzählungen über die angebliche Einzigartigkeit verschiedener Unterdrückungserfahrungen

*„vertiefen die Gräben zwischen Menschen, die eigentlich ein großes Interesse daran hätten, sich zu vereinen. [...] Beispielsweise ist die Mehrheit der Menschen, die in den USA in Armut leben, weiß, doch das Gesicht amerikanischer Armut ist praktisch ausschließlich Schwarz. Natürlich sind Afroamerikaner*innen unter den Armen des Landes überrepräsentiert, aber weiße Armut zu ignorieren hilft nur dabei, die systematischen Wurzeln aller Armut zu vertuschen“ (S. 65f).*

Ähnlich auch Taylors abschließende Prognose zu Black Lives Matter: Die Bewegung muss solidarische Brücken zu breiteren antikapitalistischen Bündnissen bauen. Taylor nennt etwa den in Solidarität mit Black Lives Matter erfolgten Streik von Hafnarbeiter*innen am 1. Mai 2015 an der amerikanischen Westküste. Nur mit Antikapitalismus wird Black Lives Matter eine Chance haben, nicht durch Staat und Kapital vereinnahmt zu werden. Darin, so Taylor, besteht die eigentliche selbstorganisatorische Herausforderung für die Bewegung.

Selbstorganisation und „neue Klassenpolitik“

Taylors Verknüpfung von Klasse und „Rasse“ ist sicherlich nicht neu. Aber ihr Buch kommt (nicht

zuletzt in seiner deutschen Übersetzung) zu einem Zeitpunkt, an dem das konsequente *Zusammendenken* beider Kategorien besonderen Stellenwert für linksradikale Selbstorganisation hat – ob in den USA oder in Deutschland. So lohnt es sich ungemein, ihre Analyse als Teil einer breiteren Debatte zu lesen, in der es um eine grundlegende Neuausrichtung linker Klassenpolitik geht und die nicht zuletzt von Didier Eribons Verkaufsschlager „Rückkehr nach Reims“ ([siehe Rezension in Ausgabe 41](#)) auf den Punkt gebracht wurde. Im Kern geht es um die Frage, ob die Linke in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Arbeiterklasse vernachlässigt hat und, falls ja, wie eine Klassenpolitik auf Höhe der Zeit dann aussehen müsste.

Die Frage kommt nicht von ungefähr. Denn mit dem sogenannten „cultural turn“ haben seit den 1970er Jahren verstärkt Theorien das Zepter linken Denkens in die Hand genommen, für die es (berechtigterweise) darum ging, den Marxismus der alten Garde (à la Haupt- und Nebenwiderspruch) und damit auch die Kernkategorie „Klasse“ in die Schranken zu weisen. Resultat: Nach und nach bildeten sich – sicherlich vereinfacht gesprochen, aber trotzdem nicht von der Hand zu weisen – zwei grobe „Lager“ heraus: marxistisch orientierte Ansätze auf der einen, intersektionale und poststrukturalistische (oft feministisch, queer oder postkolonial orientierte) Ansätze auf der anderen Seite. Was Taylors Buch vom mäßig aufschlussreichen Allerlei anderer Analysen abhebt, ist dass es diese zwei Pole selbst in Frage stellt. An ihre Stelle setzt sie das, was der cultural turn relativ „erfolgreich“ aus den Köpfen vieler Linker gespült zu haben scheint – die Systemfrage:

„Angesichts der Popularität des Sozialismus (in der einen oder anderen Auslegung) während der letzten Welle Schwarzer Rebellion, mutet es seltsam an, wie leichtfertig der Sozialismus heute als Möglichkeit, Rassismus und Schwarze Unterdrückung zu erklären, verworfen wird“ (S. 234).

Hier liefert Taylor dringend benötigte Argumente. Geduldig und mit entwaffnender analytischer Schärfe zeigt sie, dass eine erneuerte, *explizit* feministische und antirassistische Klassenpolitik Ausgangspunkt radikaler Selbstorganisierung sein kann und, in letzter Instanz, auch sein muss. Die entsprechende Gegenfrage – ist es möglich, „Klasse“ stärker in den Vordergrund linksradikaler Selbstorganisation zu rücken ohne dabei reaktionären Ressentiments gegenüber den feministischen, sexualpolitischen und antirassistischen Errungenschaften seit `68 zu verfallen? – beantwortet sie mit einem nachdrücklichen (aber keineswegs unüberlegten) „Ja, natürlich!“ Bestes Beispiel: Der entschlossene Antikapitalismus der Black Panthers.

Die Idee, dass Klassenpolitik – und mit ihr Begriffe wie „Ausbeutung“, „Mehrwert“ oder eben auch „Klassenkampf“ – *zwangsweise* weiß und männlich seien und daher keinen Beitrag zur radikalen Aufdeckung und Überwindung rassistischer und anderer Ungleichheiten leisten könnten, weist Taylor entschieden zurück:

*„Keine ernstzunehmende sozialistische Strömung der letzten hundert Jahre hat je verlangt, die Kämpfe von Afroamerikaner*innen oder Latinos/Latinas beiseite zu schieben, um andere Klassenkämpfe zuerst zu führen. Diese Vorstellung beruht auf der falschen Idee, dass die Arbeiterklasse weiß und männlich und daher unfähig sei, sich den Fragen von ‚Rasse‘, ‚Klasse‘ und ‚Geschlecht‘ anzunehmen. Tatsächlich ist die amerikanische Arbeiterklasse weiblich, migrantisch, Schwarz, weiß, Latino/Latina und vieles mehr. Migration, Geschlecht und Antirassismus sind Fragen der Arbeiterklasse“ (S. 253).*

Zusammenfassend lässt sich Taylors Anliegen vielleicht am besten damit beschreiben, „Klasse“ wieder zu jenem *gemeinsamen* Ausgangspunkt zu machen, der – trotz aller vorhandenen und von staatlicher Seite aktiv geförderten Spaltungen (etwa zwischen weißen und Schwarzen Arbeiter*innen, Muslim*innen, Latinos und Latinas, LGBTQ-Personen, Indigenen, Migrant*innen, Studierenden und so weiter) – eine *radikale* (weil breitenwirksame) Selbstorganisation erst möglich macht. Bei ihr klingt das dann etwa so:

„Wenn wir vor allem die Unterschiede zwischen den Formen von Unterdrückung, die einzelne Gruppen betreffen, betonen, verlieren wir irgendwann das Verständnis dafür, dass wir aufgrund der gemeinsamen Unterdrückung auch miteinander verbunden sind. Diese Verbindung muss die Basis unserer Solidarität sein. Es gibt keinen Grund, Marginalisierung zu zelebrieren“ (S. 220).

Es sind Zeilen wie diese, die Taylors Buch so wertvoll machen und die an einen sehr schlaun – und noch dazu sehr schönen – Satz erinnern, den der marxistische Geograph Kanishka Goonewardena vor nicht allzu langer Zeit zu Papier brachte: „Man darf den Marxismus nicht den Dummköpfen überlassen; dafür ist er zu wichtig“ (Goonewardena 2015, S. 106). Ja, es braucht den Marxismus – den der schlaun, radikalen, feinfühlig Sorten; und mit ihm eine selbstorganisatorische Praxis, die die falsche Gegenüberstellung von Klasse auf der einen und „Rasse“, Geschlecht und Sexualität auf der anderen Seite strikt zurückweist. Nichts anderes bietet Taylor – von der ersten bis zur letzten Seite.

Zusätzlich verwendete Literatur

Goonewardena, Kanishka (2015): Vom Antikolonialismus zu globalen Gebeten ohne Marx. Über die Ungewöhnlichkeit der sogenannten Postkolonialisierung. *sub\urban* 3: 1, S. 103-110. Online einsehbar [hier](#).

Keeanga-Yamahtta Taylor 2017:
Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-061-0.
296 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1440>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Von anderen Kämpfen lernen



Ni Una Menos

Amistad política + inteligencia colectiva
Documentos y Manifiestos 2015/2018

*Argentinische Feminist*innen gehen auf die Straße, um strukturelle Gewalt gegen Frauen* und Femizide anzuprangern. Ihre kollektive Wut, Solidarität und Entschlossenheit machen Hoffnung auf Veränderungen.*

Rezensiert von [Katja Reuter](#)

Was ist die treibende Kraft hinter feministischer Selbstorganisation? Den Aufrufen des argentinischen *Ni una menos*-Kollektivs nach sind es politische Freundinnenschaften, Solidarität und eine kollektive Erfahrung von Unterdrückung durch kapitalistisch-patriarchale Strukturen. In Argentinien gab es 2019 fast 300 Femizide. Das bedeutet: ein Mord an Frauen* aufgrund ihres wahrgenommenen Geschlechts alle 1,2 Tage. In der Bundesrepublik waren es im gleichen Zeitraum über 100. Es überrascht also nicht, dass sich *Ni una menos* (zu deutsch: „nicht eine weniger“) als feministische Parole gegen Femizide von Argentinien aus über den Globus verbreitet und eine bewegungsinterne wie mediale Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Femizide‘ angestoßen hat. Mit den ausgewählten 43 Statements und Aufrufen aus den Jahren 2015 bis 2018, die häufig als Reaktion auf einen erneuten Femizid entstanden sind, zeigen die argentinischen Aktivist*innen, wie Erfahrungen kollektiviert werden und eine feministische Mobilisierung funktionieren kann. Dem Vorwurf ihrer Gegner*innen, sie ließen sich politisieren und instrumentalisieren, widersprechen die Feminist*innen vehement. Ihr Aktivismus war von Anfang an politisch.

Feministische Traditionen

Das Kollektiv zieht eine Traditionslinie von den US-amerikanischen Arbeiter*innen, die für den 8-Stunden-Tag kämpften, über die Frauen* in der russischen Revolution bis hin zur afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre. Vorbilder sind auch die Mütter und Großmütter der Plaza de Mayo in Buenos Aires, die mit Fotos ihrer verschwundenen Angehörigen die argentinische Diktatur herausforderten. So mobilisiert das Kollektiv vergangene Kämpfe und schreibt sie in die eigene kollektive Identität Erinnerung ein, um daraus Kraft für die Zukunft zu schöpfen. „Wir sind die Enkelinnen der Hexen, die ihr nicht ermordet habt.“ (S. 145) Mit diesem Spruch, der seit ein paar Jahren vielerorts bei feministischen Mobilisierungen auf T-Shirts, Schildern oder Bannern zu sehen ist, stellt sich das Kollektiv nicht nur in die Tradition widerständiger Frauen*, sondern prangert zudem die inhärente Gewalt des kapitalistischen Systems an, die sich gegen alle richtet, die sich den klassisch zugeschriebenen Rollen von „Mann“ und „Frau“ nicht unterwerfen. Mit ihren Analysen und Interventionen im öffentlichen Raum verbinden sie Kämpfe gegen patriarchale Gewalt und Femizide sowie Kämpfe für legale und sichere Schwangerschaftsabbrüche und Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das eigene Leben.

Gegen Staat, Kapital und Kirche

Auch wenn einzelne Männer Frauen* ermorden, zielen die Stellungnahmen des Kollektivs darauf ab, die gesellschaftlich strukturelle Komponente in den Vordergrund zu rücken und Täter nicht zu

pathologisieren. Es sind keine Einzelfälle, sondern patriarchale Strukturen, die dieses Verhalten begünstigen. Wenn Polizisten und Richter Opfern eine Mitschuld geben, Täter ohne ganzheitliche Resozialisierungsprogramme vorzeitig entlassen werden oder Männer sich gegenseitig decken, zeigt dies die gesellschaftliche Dimension von Femiziden und anderer Formen von (sexualisierter) Gewalt. Wenn Kirchenvertreter ihre gesellschaftliche Position nutzen, um gegen Schwangerschaftsabbrüche, die nicht einmal nach Vergewaltigungen regelhaft zugänglich sind, zu wettern, verdeutlicht dies um so mehr die Wichtigkeit der Trennung von Staat und Kirche und ein gesetzlich verankertes Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Diese Zustände prangert das *Ni una menos*-Kollektiv an.

Anleitung zu feministischer Selbstorganisation

In einer patriarchal strukturierten Gesellschaft, in der Dominanz und Übergriffigkeiten gegen Frauen* selten bis gar nicht sanktioniert werden, in denen Frauen* wirtschaftlich benachteiligt und daher abhängig von ihren Partnern sind, sind Feminizide in der Lesart des Kollektivs lediglich die letzte Eskalationsstufe misogynen Gewalt. Es muss also etwas getan werden gegen diesen „Pakt unter Machos“ (S. 69), den Männer zur Aufrechterhaltung ihrer Privilegien unausgesprochen geschlossen haben. Dabei verlassen die argentinischen Aktivist*innen sich lieber solidarisch auf sich selbst und rufen zur feministischen Selbstorganisation in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz auf. Freundinnenschaften als Gegenentwurf zur Erziehung der Konkurrenz untereinander erhält so eine politische Dimension. Dass sie damit die Grundpfeiler patriarchal-kapitalistischer Gesellschaften ins Wanken bringen können, macht sie zur Zielscheibe von Repression. Auch das prangern sie an.

Auf öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen, Vorträgen und Streiks, mit eigenen Radiostationen oder Interventionen im öffentlichen Raum sind sie sichtbar. Freundinnenschaft und Solidarität unter Frauen* ist für ihre politische Organisation grundlegend. In Argentinien hat die feministische Bewegung dadurch eine Eigendynamik entwickelt, die es regelmäßig vermag, viele zehntausende Frauen* auf die Straßen zu bringen. Dabei fordern sie ein Ende der Gewalt an Frauen*, was eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung brauchen würde, da diese Gewalt tief in den Strukturen steckt. Sie fordern außerdem ein Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung. Die Forderung nach einem legalen Zugang zu sicheren und kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen, der sie mit grünen Tüchern bildgewaltig Nachdruck verleihen, ist nur eine der prominenteren. Es geht ihnen auch um geschlechtergerechte und -sensible Bildung. Das verbindende Element bleibt jedoch die Gewalt, die jede* von ihnen im Alltag erlebt.

Der rote Faden dieses Buches ist eindeutig: Seid solidarisch, steht füreinander ein! Ihre Manifeste sind eine Anklageschrift nicht nur gegen den argentinischen Staat und seine Gesellschaft, sondern gegen frauen*feindliche Gesetze und Gewalt überall. Sie sind eine Anleitung zur feministischen Selbstorganisation. Folgen wir ihr. *iNi una menos! ¡Vivas y libres nos queremos!*

Ni Una Menos 2018:

Amistad política + inteligencia colectiva. Documentos y Manifiestos 2015/2018.

Ni Una Menos.

170 Seiten.

Zitathinweis: Katja Reuter: Von anderen Kämpfen lernen. Erschienen in: Feministische Kampfansagen. 56/ 2020, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1619>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Verbrannter Beton



Christopher Wimmer (Hg.)

"Where have all the rebels gone?"

Perspektiven auf Klassenkampf und Gegenmacht

Die Suche nach revolutionären Splittern: Ein Sammelband versucht, Erkenntnisse eines ganzen Jahrhunderts linker Gegenmacht zusammenzutragen.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Anarchistische Spurensuche oder Fragmente von Militanz und Organisierung? Das Ansinnen des Sammelbands „Where have all the rebels gone“ ist vage. Die Autor*innen sind vor allem Aktivist*innen im Gestern und Heute, die Lehren aus bisherigen Versuchen linker Gegenmacht ziehen. Ihre Bezugspunkte sind dabei vielfältig: Beiträge zur russischen Revolution 1917, den anarchistischen Rätestrukturen im revolutionären Spanien 1936 oder den militanten Stadtguerillas der 1970er-Jahre blicken zurück, andere beschreiben die Revolution in Rojava, militanten Widerstand gegen die Troika in Griechenland, französische Gelbwesten auf Kreisverkehren und die Potenziale der weltweiten Frauen*streiks der letzten Jahre. Herausgeber Christopher Wimmer fragt: Lassen sich diese Spuren für eine vertiefende Erkenntnis und Diskussion zusammen lesen, und wenn ja – welche Lehren ziehen wir daraus?

Solidarität im Krisenmodus

So oder so lädt das Potpourri zum Weiterblättern ein. Das hat insbesondere in Zeiten der Pandemie gute Gründe: Die tiefen, weltumspannenden ökologischen, sozialen, politischen und ökonomischen Krisen, die durch das Virus zutage traten, führten uns gleichzeitig in aller Deutlichkeit das Fehlen tragkräftiger linker Strategien und organisationaler Perspektiven vor Augen. Das Ende der Welt, wenn man den bekannten Satz bemühen will, mit der auch die Einleitung des Buchs beginnt, *war* leichter vorstellbar, als dem Ende des Kapitalismus nachzuhelfen – und das, obgleich dieser strauchelte und ächzte. Das Möglichkeitsfenster, um sich innerhalb der multiplen Krisen die Brüche zunutze zu machen und die Visionen einer postkapitalistischen Welt in Richtung Realität zu bewegen, scheint nun vielerorts wieder außer Reichweite. Gleichzeitig hat die Pandemie aber auch für neue Solidarisierungen und Potenziale gesorgt, die an bestehende Strukturen anknüpfen konnten und dort nun eine politische Festigung und inhaltliche Konkretisierung erfahren.

Mit dem Versuch, scheinbar nebeneinander laufende Kämpfe einander näher zu bringen, liegen die Autor*innen des Sammelbands also richtig. Sie nehmen damit einige Erkenntnisse aus den aktuellen linken Debatten rund um die Bearbeitung der Corona-Krise vorweg. So ist vieles davon, was zuvor unter „feministischen Kämpfen“ eingeordnet (und oft abgehakt) worden war, nun ins Zentrum von Klassenkämpfen gerückt, Produktions- und Reproduktionsarbeit fallen allerorts ineinander und werden als unzertrennbares System sichtbar. Im Buch wird die Zentralität eines feministischen Blicks, oder vielmehr der Blick auf die Lage der Frauen* in den Klassenzusammensetzungen gleich an mehreren Stellen thematisiert, etwa in dem Beitrag von Andrea D’Atri zu „Feminismus und Marxismus“. Auch in dem herausragenden Beitrag von Thorsten Bewernitz über die Möglichkeit, Streiks zu generalisieren und den „sozialen Streik“ (S. 154) als

kollektiver Widerstandsform zu entwickeln, geht es letztlich um die Verbindung von Reproduktions- und Produktionssphäre. Der soziale Streik „geht über die Welt der Lohnarbeit hinaus, ist gleichzeitig aber auch mehr [...] als ein politischer Streik“ (ebd.). Bewernitz gibt dabei zu bedenken, dass dieser Streik auch über einen „Demonstrationsstreik“ hinaus gehen muss, um effektiv zu sein. Es muss zum einen die entscheidende Rolle der Produktion und der damit verbundenen ökonomischen Macht mitgedacht werden, vor allem im globalen Zusammenhang. Und zum anderen braucht es eine klare feministische Perspektive auf den Streik und die Klassenzusammensetzung. Ein Feminismus in „klassenbewusste[r], antikoloniale[r] und massenspezifische[r] Dimension“, so schreibt Bewernitz im Verweis auf die aktuellen Debatten, wird „auf absehbare Zeit einer der maßgeblichen Leitgedanken der Arbeiter*innenbewegung werden“ (S. 169).

Hinein in die Organisationsdebatte

Ein weiterer Beitrag stammt vom Herausgeber selbst. Wimmer beschreibt darin die Metamorphosen einer antifaschistischen autonomen Politik von den 1980er-Jahren bis heute. Der Blick zurück zeugt von der Stärke der militanten Kämpfe und ihrem zentralen Dreh- und Angelpunkt: Dem Widerstand gegen das staatliche Gewaltmonopol. Strategische Fragen entlehnt Wimmer hierbei vor allem vom Reflexionspapier eines Zusammenhangs, welcher sich schlicht „Autonome aus Berlin“ nennt. Über Straßenschlachten der 1980er-Jahre heißt es darin, und damit trifft es letztlich genau den Kern (und die Beschränktheit) autonomer Politik insgesamt:

„der offene Hass durfte und musste sein. Zwar gesellschaftlich mikroskopisch, aber trotzdem im Willen zur Konfrontation visionär [...]. Es erschien erstmalig möglich, dass der Beton doch brennen könne. Ohne eine soziale Bewegung im Rücken, die sich genötigt sieht, ihr Handeln mit gesellschaftlichen Missständen zu legitimieren, konstituierte sich der unbedingte Wille zur Zerstörung“. (S. 99)

Die Spaltung der Szene, lesen wir, war auch aus diesem Grund vorprogrammiert: Mitte der 1990er wurden die wenig flexiblen Politikformen der Autonomen durch die gesellschaftliche Realität überholt, vor allem, was die Grundlagen antifaschistischer Organisation anbelangte. Es waren breite Organisation und Verbindlichkeit gefragt.

Ein Interview mit drei Berliner Antifagruppen bestätigt diese Erkenntnis. Es geht darin um eine Selbstkritik ihrer Praxis und daraus resultierende Veränderungen, etwa im Bezug auf Antirassismus und neue Formen von antifaschistischer Gegenwehr. Aber das Interview ist auch entlarvend in Bezug auf die Selbstverortung der Aktivist*innen, ein Problem, das sich beispielsweise in den gemeinsamen Kämpfen mit migrantischer Selbstorganisation zeigt: „Die Antifa war immer deutsch, akademisch und von der Mittelklasse geprägt. Das ist nicht nur schlecht, weil dadurch Politik gemacht wird, die nicht aus Betroffenheit rührt, sondern aus Vernunftgründen“ (S. 127). Mit dieser Haltung scheint es nicht weiter verwunderlich, dass die Antworten zur Klassenfrage und zu konkreter antirassistischer oder internationalistischer Arbeit eher dürftig ausfallen.

Es zeigt sich ein grundsätzliches Manko der (post)autonomen Bewegungen: Die Vorstellung, unabhängig und antagonistisch und nicht von der bürgerlichen Ideologie durchdrungen zu sein. Dass dies ein Mythos ist, haben auch die Genoss*innen im Interview erkannt. Aber diese Erkenntnis muss sich auch in die Praxis umsetzen, die in ihren Grundstrukturen subkulturell, individualisierend und letztlich auch ziemlich privilegiert ist. Gegen jede Form der strukturierten Organisation innerhalb der eigenen Gruppierung zu sein, keinerlei gewerkschaftliche oder zivilgesellschaftliche Bündnisse einzugehen und einzig auf die Schlagkräftigkeit der eigenen Inhalte zu setzen, muss man sich leisten können. Insbesondere, wenn die objektiv-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (zunehmender Autoritarismus, Rechtsdruck, soziale Verwerfungen und so weiter) den alleinigen Fokus auf die Strategie des Abwehrkampfes längst als Sackgasse offengelegt haben.

Geteilte Kämpfe

Der Band versammelt einen bemerkenswerten Einblick in Chancen, vor allem aber auch in die Niederlagen einer antagonistischen autonomen Linken. Seine Stärke besteht darin, dies über verschiedene Länder und Zeiträume hinweg zu tun. Gleichzeitig ist das auch seine Schwäche: Die Qualität der Beiträge ist höchst unterschiedlich, und auch die Frage nach politischem Gehalt all dieser „Positionsbestimmungen in Raum und Zeit“ (S. 13). Bei einigen Beiträgen scheint die Abscheu vor einem – höchst verallgemeinerten – Feindbild des Kommunismus noch weiter zu reichen als vor Faschisten. Hier sind andernorts schon weiterführende kritisch-solidarische Bezugnahmen auf vergangene Kämpfe erschienen, hinter denen dieser Band zurückfällt.

Zum Thema Organisationsdebatte bleiben die Beiträge insgesamt oft widersprüchlich: So wird gleichzeitig klare Organisation und längerfristige gegenseitige Bezugnahme der Kämpfe als notwendig dargestellt (nicht zuletzt mit Verweis auf Rosa Luxemburgs Überlegungen zu Gewerkschaft, Partei und der Demokratisierung des kapitalistischen Staates) und ist im nächsten Augenblick aber ein absolutes No-Go. Dass die autonome Bewegung insgesamt in den letzten Jahren geschwächt wurde und sich vielerorts ganz aufgegeben hat, wird an vielen Punkten klar. Das letztliche Ende des Organisationsansatzes „militante Autonome“, zumindest im deutschsprachigen Raum, hängt unter anderem damit zusammen, dass militante Konzepte und Praxis sich vielfach längst selbst überholt haben.

Der Mangel an solidarischen Organisationsstrukturen und Perspektiven über eine sehr begrenzte Zeit und Zielgruppe hinaus – etwa für erkrankte oder alternde Genoss*innen, für aktivistische Eltern oder Genoss*innen in schwierigen ökonomischen, rechtlichen oder sozialen Lagen – erschwert auch die Weitergabe von dem, was im Buch immer wieder als weiterer zentraler Bezugspunkt durchscheint: Die Erinnerung an gemeinsame Kämpfe, an vorhergegangene Revolten, an geteilte Erfahrungen: „Nur in der Revolte, im Aufstand, entstehen jene Beziehungen, jene sozialen Bezüge, die den Gedanken an eine Aufhebung überhaupt als Idee am Horizont ermöglichen“ (S. 111).

Christopher Wimmer (Hg.) 2020:

"Where have all the rebels gone?". Perspektiven auf Klassenkampf und Gegenmacht.

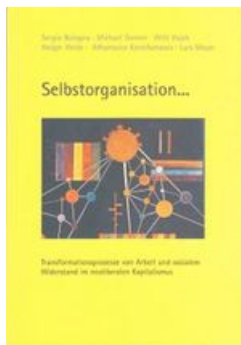
Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-277-5.

304 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Verbrannter Beton. Erschienen in: Feministische Kampfansagen. 56/ 2020, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1634>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Make Selbstorganisation great again!



Sergio Bologna / Michael Danner / Willi Hajek / Holger Heide / Athanasios Karathanassis / Lars Meyer (Hg.)
Selbstorganisation

Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus

Jung, flexibel, dynamisch: Arbeitsverhältnisse haben sich im Neoliberalismus enorm gewandelt. Was bedeutet das für konkrete Praxen der Selbstorganisation?

Rezensiert von [Pia Probst](#)

Bei der Suche nach einer erschwinglichen Wohnung, einer existenzsichernden Lohnarbeit, einem würdigen Platz zum Altern, einem Ort der Fürsorge für die eigenen Kinder oder in Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden – allen voran der Arbeitsagentur und den Jobcentern – haben wir mit den Folgen neoliberaler Umgestaltungsprozesse zu kämpfen. Die postfordistische Arbeitsorganisation, Privatisierung des Sozialstaates, globale Konkurrenz, nationale Standortpolitiken, repressive Migrationsregime und rassistische, sozial-darwinistische Begleit-Ideologien prägen Gesellschaft und Individuen. Sie erschweren eine gemeinsame Organisation von Betroffenen. Gleichzeitig entwickeln sich neue Ansprüche an Arbeit und Leben – vor allem in Bezug auf Geschlechterarrangements und Arbeitsinhalte. Es entstehen neue Fähigkeiten zur Selbstorganisation, neue Akteure, mögliche Koalitionen und Felder für Bewegungen. Was bedeutet dies für die heutigen sowie kommenden Praxen sozialer Selbstorganisation?

„Selbstorganisation...“ ist ein Sammelband, dessen Beiträge aus einer Veranstaltungsreihe des Instituts für sozialökonomische Handlungsforschung (Social Economic Action Research Institute, SEARI) in Bremen 2005/2006 hervorgegangen sind. Unter dem Titel „Vom Interesse zum Bedürfnis – Neue Inhalte und Formen sozialer Selbstorganisation“ wurde in diesem Rahmen gefragt, wie es zur neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft gekommen ist, wie sie auf Gesellschaft und Individuen wirkt, was dies für die heutigen sowie kommenden Praxen sozialer Selbstorganisation bedeutet und was „neue soziale Bewegungen“ beziehungsweise neue Formen sozial widerständiger Selbstorganisationen – auch in Abgrenzung von den „alten“ – ausmachen könnte. Der Band führt theoretische Analysen und praktische Beispiele für Formen der Selbstorganisation mit dem Ziel zusammen, aus ihren Erfolgen und Problemen zu lernen.

Selbstorganisation und Gesellschaftstransformation

Es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass sie sich schwierigen und oft umgangenen Fragen zuwenden: Wie können die Formen der Selbstorganisation sozialen Widerstandes aussehen, wenn sie über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinausführen wollen? Und was hat das mit Subjekten (ihrem Bewusstsein, ihrem Handeln) zu tun?

Dabei haben sie eine Vorstellung davon, wie diese Subjekte und Arten der Selbstorganisation beschaffen sind: Es geht um „ein Subjekt, das dabei ist, sich von [...] in Stellvertretung agierenden Massenorganisationen zu emanzipieren“ (S. 10), das sich an eigenen Bedürfnissen orientiert, selbstbestimmt und sich seiner gesellschaftlichen Macht und Widerständigkeit bewusst ist. Die praktischen Versuche der Selbstorganisation, die im zweiten Teil des Buches thematisiert werden, kennzeichnet ihr Bemühen, sich nicht von Institutionen (gemeint sind vor allem Gewerkschaften) und Kapital vereinnahmen zu lassen. Alternative Praktiken orientierten sich „an der Frage,

inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in sich tragen“ (S. 11).

Ob das NCI-Netzwerk bei Siemens (Network for Cooperation and Initiative, Beitrag von Inken Wanzek) solche alternativen Praktiken bietet, hängt vom optimistischen Blick der LeserInnen ab: Es vernetzt von Stellenkürzung Bedrohte, die sich gegenseitig unterstützen und sich dadurch von der Stellvertreterpolitik durch Gewerkschaften und Betriebsrat lösen können. Sie sprechen über Gefühle, Ängste und haben im Zuge der Selbstorganisation ein solidarisches Bewusstsein für die Nöte der anderen Beschäftigten entwickelt – durchaus Ansatzpunkte für eine gesellschaftliche Transformation. Gleichzeitig wird die Begrenztheit des Netzwerkes, das nur auf betrieblicher Ebene aktiv ist und die kapitalistische Einbettung nicht thematisiert, deutlich.

Die französischen Sud-Gewerkschaften, die Willi Hajek vorstellt, sprengen hingegen in ihrer Programmatik das traditionelle Gewerkschaftsverständnis, sprich: nur über Bedingungen der Lohnarbeit zu verhandeln und nicht über Lohnarbeit im Kapitalismus an sich. Sie begreifen und erfahren Lohnabhängige als gesellschaftliche ProduzentInnen, auf der „Suche nach authentischem Arbeiten, Forschen und Leben [...], das nicht auf Kosten anderer geschieht, das gesellschaftlich nützlich ist und auch bei dem Produzierenden Zufriedenheit schafft“ (S. 157). Lohnabhängige werden über die Grenzen von Berufsgruppen hinaus angesprochen, zum Beispiel nicht nur LehrerInnen, sondern alle BildungsarbeiterInnen. Die Sud-Gewerkschaften organisieren sich basisdemokratisch in vielen Gesellschaftsbereichen (Agentur für Arbeit, Landwirtschaft, Verkehr, Gesundheit/Pharmaindustrie, Post/Telekom/Kommunikation). Mit ihrem nicht-kapitalistischen Blick auf Arbeit und dem Zusammenführen formal getrennter Berufsgruppen in einer gemeinsamen Organisation verkörpern die Sud-Gewerkschaften alternative Praktiken mit dem Ziel einer Gesellschaftstransformation. Leider beschränkt sich ihre Darstellung auf einige wenige Seiten und bleibt an der Oberfläche. Es ist unklar, wie basisdemokratische Organisation hier konkret ausgestaltet und wie die gesellschaftliche Wirkkraft ist, mit welchen Problemen sie konfrontiert sind, welche Gruppen sie real organisieren. Insgesamt leidet die Darstellung unter einem Pathos, der von der Konstruktion des Beitrages herrührt, in dem deutsche etablierte Großgewerkschaften neuen, französischen Kleingewerkschaften gegenübergestellt werden.

Die Subjekte der Veränderung

Besonders erhellend und interessant sind die Beiträge dort, wo es um die Subjekte der Veränderung geht. Holger Heide spricht von einer „verdrängte[n], strukturell gewordenen Angst, die Folge eines kollektiven Traumas ist, das in Jahrhunderten der gewalttätigen Durchsetzung des Kapitalismus entstanden ist und immer wieder reproduziert und dabei verstärkt wird“ (S. 35). Sie durchdringt uns alle. Angst und Trauma gehen mit der Identifikation mit den Machtausübenden und ihrer Interessen einher und erfordern die permanente Unterdrückung der eigenen Ängste, die sich unter anderem in der Aggression gegenüber (vermeintlich) Schwachen äußert. Der historischen und aus der Traumaforschung hergeleiteten Begründung struktureller Angst im Kapitalismus mag man folgen oder auch nicht: Schließlich erzeugt das kapitalistisch verfasste Wirtschafts- und Gesellschaftssystem tagtäglich aufs Neue Erfahrungen von existenzieller Unsicherheit und Repression. Wesentlich ist die Schlussfolgerung Heides: Soziale Kämpfe und ihre Organisationen werden nur dann nachhaltig weiterbestehen, wenn sie nicht nur abstrakte Interessen formulieren, sondern sich mit den Bedürfnissen der Einzelnen auseinandersetzen. „Um die eigenen Bedürfnisse kennen zu lernen, ist eine Offenheit erforderlich, sich mit der tief verdrängten Angst auseinanderzusetzen. Dies ist ein Lernprozess, in dessen Verlauf sich die Gründe für Angst real verringern“ (S. 51). Die Offenheit zeigt sich in den Programmen, internen und öffentlichen Diskussionen, der Organisationsweise selbst und im Umgang miteinander, der in dieser neuen Art von kooperativer Organisation entwickelt wird.

Und tatsächlich zeigt sich diese Orientierung auf Bedürfnisse und die damit verbundenen – teils schmerzhaften Lernprozesse – in unterschiedlichen anti-kapitalistischen und kapitalismuskritischen

Projekten, zum Beispiel in nicht-kommerzieller Landwirtschaft, Hausprojekten, Kollektiven sowie auch im Interesse an unterschiedlichen Methoden gewaltfreier Kommunikation. Beispiele dafür finden sich in der Broschüre „Ich tausch nicht mehr, ich will mein Leben zurück“ oder – akademisch geadelt – im Buch von Friederike Habermann „Halbinseln gegen den Strom“ (2009). Eine Orientierung auf Bedürfnisse zeige sich jedoch, so Holger Heide in seinem zweiten Beitrag, genauso bei Selbsthilfegruppen, die keinen explizit gesellschaftsüberwindenden Anspruch formulieren, wie bei den Anonymen Alkoholikern. Für eine konkrete Praxis der Selbst- und Gesellschaftstransformation lassen sich zwei Dinge mitnehmen: Zum einen führt das Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit zur Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit. Zum anderen schafft die Organisations- und Kommunikationsform die Bedingung für Offenheit: nicht-hierarchisch, finanziell unabhängig, ehrenamtlich (das heißt: nicht-bürokratisch), die Einzelwahrheiten und Selbsteinschätzungen anerkennend, im Sprechen bei sich bleibend.

Auch Michael Danner befasst sich mit dem Subjekt der Gesellschaftstransformation und zwar aus einer sozialphilosophischen Perspektive. Der Autor geht davon aus, dass in Prozessen der Selbstreflektion die Gründe des Handelns, Denkens und Fühlens erkannt werden können und es damit möglich wird „aus einem nunmehr bewussten Grund heraus freie gesellschaftliche Zusammenhänge zu gründen“ (S. 110). Anstatt wie der Autor ein zuversichtliches Postulat ohne Praxisbezug zu formulieren, sollte es jedoch bei der Suche nach anderen Formen der Selbstorganisation darum gehen, genau das – Handeln, Denken und Fühlen – jedes für sich ernst zu nehmen. Ein Beispiel aus der Praxis dafür: Sich aus bewussten, politischen, rational reflektierten Gründen für eine gemeinsame Ökonomie mit GenossInnen zu entscheiden, in der Einkommen und Vermögen geteilt werden, bedeutet noch lange nicht, dies auch als gerecht zu empfinden. Daran knüpft die Frage an, inwieweit die bewussten, neuen „Gründe“ unabhängig von der Gesellschaft, „die doch in uns hineingewachsen ist“ (S. 110) nachhaltig bestehen können. Das gilt auch für die Formen der Organisation: Inwiefern sind sie in ein kapitalistisches Gesellschaftssystem verstrickt und begrenzt letzteres eventuell Prozesse der Selbstreflektion? Ein Hausprojekt zum Beispiel, das rechtlich als Verein auftritt, wird in staatliche und ökonomische Logiken hineingezogen: Es muss sich plötzlich mit Ordnungsämtern auseinandersetzen, Vereinsberichte an staatliche Behörden schreiben, Gemeinnützigkeit begründen, eine ordentliche Buchhaltung führen, wird in städtische Aufwertungsprozesse einbezogen und anderes mehr. Mit dieser praktischen Ebene befasst sich Michael Danner leider nicht.

Selbstorganisation im Postfordismus

Während Holger Heide auf Inhalte und Form von Kommunikation abhebt, werfen andere Autoren die Frage auf, inwiefern sich die postfordistischen Formen der Arbeitsorganisation auf selbstorganisatorische Widerstandspraxen auswirken. Zum einen stellen einige Autoren „die hohe Fähigkeit von Selbstorganisation“ (Martin Dieckmann, S. 204) heraus, welche mit den neuen Formen indirekter Steuerung von Arbeit in betrieblichen Kontexten einhergeht. Lars Meyer etwa schreibt, es müssen Ziele gesetzt und Mittel gewählt, es muss kooperiert und kommuniziert, ausgehandelt und Entscheidungsprozesse strukturiert werden. Sergio Bologna zufolge prägen die sogenannten neuen Selbständigen eine „humanistische, multidisziplinäre Sicht auf die Dinge“ (S. 184). Zum anderen akzeptiert die „neue Arbeitssubjektivität [...] den irrationalen Zweck der Produktion“ (S. 80). Zugleich können sich die neuen Arbeitsformen den Zwängen der (Selbst-)Verwertung nicht entziehen. Sie münden oft in eine „selbst gewählte prekäre Existenz, [die] nur für wenige eine lebbare Perspektive bedeutet“ (S. 210). Darüber hinaus verweist Dirk Hauer zu Recht auf die sozialen Hierarchien, die rassistischen, sexistischen und sonstigen Spaltungen, die eben auch die neue Arbeitswelt prägen und gemeinsamen Widerstand erschweren.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es sich um einen inspirierenden Sammelband handelt, der bezüglich der Blickwinkel auf Selbstorganisation und auch Schreibstile sehr unterschiedliche Artikel vereint. Erfrischend ist vor allem die Erkenntnis, dass sich nachhaltiger Protest und Widerstand auch mit seinen/ihren TrägerInnen und ihrer Verfasstheit, das heißt ihren

Bedürfnissen, Gefühlen, Denken und Handeln befassen muss. Die Reflektionen über aktuelle sozio-ökonomische Entwicklungen (etwa von Athanasios Karathanassis) und Formen der Arbeitsorganisation, über die sich dabei entwickelnden Fähigkeiten zum selbst-bestimmten Organisieren sowie über sozial-psychologische und -philosophische Grundlagen kollektiver Widerständigkeit regen zum Nachdenken über neue Formen der Selbstorganisation an.

Leider gibt es einige Leerstellen, die problematisch sind: Ausgerechnet die Darstellung der praktischen Versuche kommt zu kurz. Nur die Darstellungen des NCI-Netzwerkes, der Genossenschaftsbewegung und der Anonymen Alkoholiker geht auch in die Tiefe der konkreten Organisationsform. Darüber hinaus beziehen sich alle Beispiele, außer das der Anonymen Alkoholiker, auf das Feld der Lohnarbeit, wo es doch Projekte mit transformatorischen Anspruch in zahlreichen Lebensbereichen gibt. Schade ist auch die in allen Beiträgen dominierende Gleichsetzung von gesellschaftlichen mit ökonomischen Verhältnissen, womit weitere Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus und Rassismus, welche die Produktionsverhältnisse durchziehen, weitgehend ausgeblendet werden. Nur Lars Meyer und Dirk Hauer erwähnen zumindest deren Relevanz für post-fordistische Formen von Arbeit, Subjektkonstitution und Widerstand. Sich mit Herrschaftsverhältnissen zu befassen, hat jedoch in vielerlei Hinsicht praktische Relevanz: Zum Beispiel, wenn es um Hierarchien innerhalb selbstorganisierten Widerstandes geht, um die Frage, wer sich mit wem solidarisch zeigt (und kämpft) oder um die Vision einer zukünftigen Gesellschaft.

Zusätzlich verwendete Literatur

Habermann, Friederike: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach.

nichtkommerziell (2015): Broschüre „Ich tausche nicht mehr, ich will mein Leben zurück“. Online einsehbar [hier](#).

Sergio Bologna / Michael Danner / Willi Hajek / Holger Heide / Athanasios Karathanassis / Lars Meyer (Hg.) 2015:

Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus. 4. Auflage.

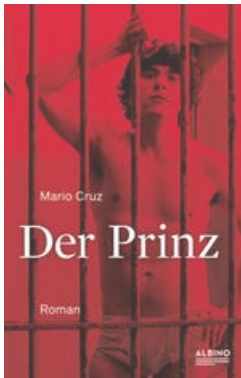
Die Buchmacherei, Berlin.

ISBN: 9783000213960.

214 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Pia Probst: Make Selbstorganisation great again! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1432>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Ein beschwerlicher Weg



Mario Cruz
Der Prinz

Endlich wurde Cruz' Manuskripts aus den 1970er Jahren veröffentlicht. Es beschreibt schwule Liebe unter Einflüssen von Gewalt, Macht und Männlichkeit.

Rezensiert von [Tobias Kraus](#)

Allein die Geschichten um das Buch an sich lesen sich wie ein Abenteuerroman. Nachdem zu Beginn der 1970er Jahre die Verlagssuche wegen homosexueller Darstellungen erfolglos verlief, druckte Mario Cruz einige Exemplare seines kurzen Romans „Der Prinz“ im Selbstverlag. Schnell musste er nachdrucken, da der Text in Chile zum Untergrund-Hit aufstieg. Während der Pinochet-Diktatur geriet der Roman aufgrund der vorherrschenden Homophobie in Vergessenheit, erst Jahrzehnte später entdeckte der Regisseur Sebastian Muñoz durch Zufall eines der Hefte an einem Zeitungsstand. Wie Florian Borchmeyer in seinem lesenswerten und informativen Nachwort ausführt, folgte eine surreale Recherche nach dem Ursprung dieses Hefes und nach dem zunächst nicht auffindbaren, scheinbar nicht existierenden Autor. Diese endet mit einer tragischen Begegnung mit einem eigensinnigen, kauzigen Mann, dessen Biografie maßgeblich mit den Bedingungen seines Textes verwoben ist. Im Herbst 2019 wird Muñoz' gleichnamiges Filmdebüt bei den Filmfestspielen in Venedig uraufgeführt. Die im vergangenen Spätsommer vom Albedo-Verlag herausgegebene und gut aufbereitete deutsche Übersetzung ist die weltweit erste Publikation der Romanvorlage in einem Literaturverlag.

Liebe ist Status

Der junge Protagonist Jaime schlug sich bislang leidlich durch: Gelegentliche Raufereien, Umherziehen auf der Suche nach Vergnügen, erste lieblose sexuelle Erfahrungen mit Frauen. Wegen Mordes in eine Zelle gesperrt, erfährt er sogleich die Zuwendung des offensichtlichen Anführers der Gefangenen El Potro. Dies kommt ihm zupass, denn der Kampf um die Hierarchien unter den Insassen ist gnadenlos. Unter den brutalen Bedingungen im chilenischen Knast verschafft sich Respekt, wer Gewalt und Tapferkeit ausstrahlt. Jaimes Position als Prinz hat jedoch seinen Preis, er verdient sie sich durch sexuelle Gefälligkeiten. Die erste erzwungene Nacht lässt ihn mit einer Mischung aus Ruhe und Angst, Scham und Ekel zurück. Im Laufe der Zeit entwickelt sich Zuneigung und es spinnt sich ein Netz aus Gewalt, Innigkeit, Macht und Status. „Alle respektierten mich, weil El Potro mich beschützte. Nicht mal die brutalsten und fiesesten Typen hätten mich gefickt.“ (S. 60) Auch wenn sich die Themen um Oberflächlichkeiten wie Mode – lange Haare und enge Klamotten sind der letzte Shit –, Lifestyle und den Tango als Lebensgefühl drehen, wird eines sehr deutlich: die Sehnsucht nach Zärtlichkeit und die Allgegenwärtigkeit des Sexes unter den Gefangenen. „Was mich aufrecht hielt, waren die Gedanken an draußen. Klar, das war tagsüber. Nachts reichte es, dass El Potro mich berührte und wir unseren Spaß hatten – wenn auch nur für einen Moment.“ (S. 68) Der Prinz gewinnt auf der Suche nach (sexueller) Identität nach und nach an Bewusstsein für seinen Körper und dessen Ausstrahlung. Gleich versucht er, sich beides zu Nutzen zu machen: Er möchte nicht nur als Anhängsel geduldet, sondern als eigenständige Person und Anführer neben El Potro geachtet und respektiert zu werden.

„Er war sehr dominant. Ich liebte das. War glücklich, an seiner Seite zu sein. [...] Aber ich wollte aufsteigen. Die anderen sollten wissen, dass ab und an ich der Dominante war; und er sollte aufhören, so zu tun, als wäre ich sein Eigentum. [...] Ich hatte bewiesen, dass ich nicht nur eine unbedeutende Schwuchtel war, hatte mir den Respekt der Mithäftlinge erkämpft.“ (S. 74)

Modus Männlichkeit

Heteronormativität, ein Denken im Zweigeschlechtlichen, in dem die gegengeschlechtliche Liebe mit entsprechend zugeschriebenen Rollenverteilungen als Norm gesetzt wird, fungiert als Gradmesser der eigenen Position im Machtgefüge des Knasts. Diese ist abhängig von der unbedingten Notwendigkeit, ein Mann sein und sich und anderen die eigene Männlichkeit beweisen zu müssen. Wesentliche Implikationen wie Abwehr von Passivität, Abhängigkeit und Objektsein, Besitzansprüche und Stolz werden sichtbar verhandelt.

„Als El Potro und Wimper zusammen geschlafen hatten, wer hatte da wohl den Mann gemacht? Und als sie zum ersten Mal in den Knast gekommen waren, hatten sie sich da nicht auch den Stärkeren unterwerfen müssen? Dann waren also auch sie Schwuchteln. Das lag in der Natur der Sache.“ (S. 55)

Penetration gilt als verweiblicht, als Demütigung, der aktive Part verschafft im Machtgefüge Renommee. Der Prinz lotet die Möglichkeiten aus, unter Einflüssen von Gewalt, Repression und einem traditionellen Bild von Männlichkeit seine Identität auszubilden und etwas wie körperliche und zunehmend auch emotionale Nähe und Liebe unter Männern zu empfinden. Auch in der völligen Abhängigkeit, auch unter demütigenden Befehlen, spürt der Prinz die liebevolle und sorgende Art El Potros, er braucht ihn. In ruhigen Momenten erzählen sie sich gegenseitig von verflossenen Liebschaften, schönen Dingen und ihren Träumen. „Wir sahen einander an, voller Liebe und Schmerz“ (S. 84) heißt es im gleichzeitig schönen und berührenden wie traurigen und bedrückenden Schluss. Trotzdem verweigert er sich, der emotionalen Seite zu viel Wert beizumessen und zu viel Gefühl zuzulassen.

„Die Liebe im Dunkeln war die einzige Möglichkeit sich zu amüsieren. Sie ernst zu nehmen, sentimental zu werden, bedeutete, das Verderben zu suchen, sich zum Narren zu machen, zum lächerlichen Trottel.“ (S. 60)

Der unbeachtete Beginn der literatur gay

Der wiedergefundene Autor Mario Cruz führte ein einsames Leben in Vergessenheit; Umstände und biografische Konstellationen ermöglichten ihm nie, seine Homosexualität offen auszuleben. Bereits unter der Präsidentschaft des demokratisch-sozialistischen Salvador Allende stellten Repression und ein gesellschaftliches Klima voller Abwertung und Missgunst Homosexuelle vielerorts mit dem rechten Gegner auf eine Stufe – die gesamte lateinamerikanische Linke verstand sich als Arbeiterbewegung, die keine Anknüpfungspunkte für Homosexuelle bot. Diese Bedingungen erklären, weshalb Cruz nach dem Militärputsch den aberwitzigen Versuch unternahm, der Missachtung seines Romans ein Ende zu setzen und ihn an die faschistischen Machthaber um Pinochet heranzutragen. Deren Homophobie verschlimmerte freilich die Lebenssituation homosexueller Menschen noch, von Beginn an wurden sie terrorisiert, verschleppt, misshandelt und ermordet. Erwartungsgemäß wiesen sie Cruz ab, der anschließend vollends in der kulturellen Versenkung verschwand. Sein Roman stellte in dieser Zeit ein absolutes Novum dar, eine Schilderung gleichgeschlechtlichen Sexes ohne Abwertung oder vernebelnde Darstellung war undenkbar. Zudem entwarf er eine Kulisse, die sämtliche Parameter zur Schmuddelgeschichte erfüllte und damit noch mehr Potenzial barg, auf heftige Ablehnung zu stoßen: Schwuler Sex unter gesellschaftlich marginalisierten, als Verbrecher deklarierten

Weggesperrten. Gemeinhin galten andere als Vorreiter der chilenischen *literatura gay*, deren früheste Erzeugnisse die Geschichtsschreibung der LGBTIQ-Kultur in Chile auf das Ende der Pinochet-Diktatur datiert. Cruz' Text entstand etwa ein Jahrzehnt zuvor.

Mario Cruz 2020:

Der Prinz. Übersetzt von: JJ Schlegel.

Albino Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-86300-294-7.

126 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Tobias Kraus: Ein beschwerlicher Weg. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1690>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Gekränkte Männlichkeiten überall



Susanne Kaiser

Politische Männlichkeit

Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen

Weißer, heterosexuelle Männer versuchen, sich ihre verloren geglaubte Vormachtstellung in der Gesellschaft zurückzuholen.

Rezensiert von [Nina Timmermann](#)

„Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur, wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“ (S. 14), erklärte Björn Höcke auf dem Bundesparteitag der AfD im Jahr 2015. Über diese und andere gewaltvolle Versuche, zu einem patriarchalen und dominierenden Männlichkeitsentwurf zurückzukehren, hat die Journalistin und Autorin Susanne Kaiser ein erhellendes Buch geschrieben. Dabei ist die Liste der möglichen Untersuchungsgegenstände im Jahr 2020 lang: von Attentätern wie Anders Breivik oder Elliot Rogers, über Männerrechtler, Pick-Up-Artists, männliche Suprematisten wie Jordan Peterson oder Jack Donovan, über die neue Rechte, die breite transnationale Anti-Gender-Bewegung und nicht zuletzt natürlich auch rechtspopulistische Politiker wie Donald Trump oder Jair Bolsonaro: Sie alle machen mobil für das Patriarchat und werben für eine spezifische Form der Männlichkeit, die verloren gegangen scheint. Diese zeichnet sich vor allem durch die Unterdrückung von Frauen und marginalisierten Menschen aus.

Der Hass der Incel-Community

All diese Figuren, Bewegungen und Räume werden von Susanne Kaiser beschrieben, eingeordnet und zum Teil analysiert. Besonders im ersten Kapitel, in dem sie sich dem Phänomen der Incel widmet, gelingt es ihr, die ideologische Argumentationslogik der Szene aufzuzeigen. Incel ist eine Selbstbeschreibung und steht für „involuntary celibate“ (S. 10), also unfreiwillig zölibatär lebende Männer. Diese glauben, dass Frauen ihnen Sex und Liebe verwehren, weil sie keine normschönen Körper haben. Frauen seien oberflächlich und würden nur mit attraktiven Männern ins Bett gehen wollen (die in der Szene als Chads bezeichnet werden). Der Feminismus habe dafür gesorgt, dass Frauen sich heutzutage ihre Sexpartner selbstbestimmt aussuchen könnten und daher bekämen nur die Chads noch Frauen ab. Und dieser Umstand macht sie sehr wütend. Ihren Frauenhass und ihre Gewaltfantasien entladen sie in Internetforen, in denen sie sich radikalisieren und zu Gewalttaten gegen Frauen aufrufen.

Doch warum diese Wut? Susanne Kaiser argumentiert an dieser Stelle mit dem Soziologen Michael Kimmel, nach dem die Wut der Männer aus dem Gefühl der Kränkung resultiert: Der aus der Tradition abgeleitete, vermeintliche Anspruch auf eine Frau und eine ihnen angestammte Rolle innerhalb von Familie und Gesellschaft deckt sich für Männer mit misogynem Weltbild nicht mit den vorgefundenen Geschlechterverhältnissen. Der Aufruf, zu einer echten Männlichkeit zurückzukehren, die durch den Feminismus abhandengekommen sei, zeigt sich auch bei Autoren von Männerratgebern wie Jordan Peterson oder Jack Donovan. Beide argumentieren

evolutionsbiologisch und legitimieren die männliche Dominanz gegenüber Frauen mit dem Paarungsverhalten verschiedener Tierarten. Bekannt geworden ist Jordan Peterson für den Rat, sich am Territorialverhalten von Hummern ein Beispiel zu nehmen. Beide Autoren naturalisieren so die Hierarchien einer patriarchalen Gesellschaftsordnung mit biologistischen Begründungen, was im Patriarchat eine lange Tradition hat.

Restaurative Gewaltakte

Selbige Anspruchshaltung ist auch bei Männern zu finden, die gegenüber ihren Partnerinnen gewalttätig werden. Diese denken, sie hätten Anspruch darauf, Frauen zu dominieren und Macht über sie auszuüben – widerspricht die Frau, entsteht das Gefühl von Kontrollverlust und der Bedrohung der eigenen Männlichkeit. Die Gewalttaten, die darauf folgen, sind als Versuch zu verstehen, die Männlichkeit wiederherzustellen und können in diesem Sinne als restaurativ bezeichnet werden.

Kaiser argumentiert, dass auch die sogenannten Amokläufe der letzten Jahre als restaurative Gewalttaten zu verstehen sind. Und sie sind noch viel mehr als das: Sie sind eine Form der politischen Gewalt und als Terroranschläge zu bezeichnen, da hinter ihnen eine spezifische Ideologie und der Wunsch nach dem Umsturz der bestehenden Verhältnisse steht. Der Attentäter von Halle, Stephan Balliet, erläutert in seinem Live-Stream zur Tat und im späteren Gerichtsverfahren seine Weltanschauung: Der Feminismus sei schuld daran, dass im Westen die Geburtenraten sinken würden, was die Ursache für die Massenimmigration sei. Männer wie Balliet, der mit 27 Jahren noch bei seinen Eltern wohnte und noch nie eine Freundin hatte, bekämen daher aufgrund der steigenden Konkurrenz keine Frauen mehr ab. Der Attentäter scheint allerdings zu glauben, dass ihm aufgrund seines Geschlechts und seiner Herkunft eine Frau zustünde.

Frauenhass, antisemitische Verschwörungserzählungen und antimuslimischer Rassismus

An der Ausbreitung des Feminismus und den Bürgerrechtsbewegungen sei laut Incel-Ideologie aber eigentlich der Kulturmarxismus schuld, der durch die Migration jüdischer Intellektueller der Frankfurter Schule in die USA Einzug fand und sich später über die ganze westliche Welt verbreitete. So erklärt sich die Verknüpfung von Antifeminismus und antisemitischer Verschwörungserzählung und die antisemitische Motivation von Balliets Tat, der vor Gericht erklärte, dass er vor allem Juden töten wollte. Auch Anders Breivik glaubte an antisemitische Verschwörungserzählungen und sah sich als Retter, der sich und sein Land gegen den Kulturmarxismus und den Islam verteidige. Hier schließt sich der Kreis zu dem Aufruf von Björn Höcke, der eine „echte“ Männlichkeit vor allem mit Wehrhaftigkeit assoziiert. Und es zeigt sich, dass Anschläge wie die von Breivik und Balliet als Terroranschläge bewertet werden müssen. Es handelt sich eben nicht um psychisch kranke Einzeltäter, die Amok gelaufen sind, sondern um ideologisch gefestigte Menschen, die durch ihre Taten einen Umsturz der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse initiieren wollten. Aufzuzeigen, wie diese Verschwörungserzählungen und der daraus resultierende Menschenhass mit einem spezifischen Männlichkeitsbild zusammenhängen, ist die Leistung des Buches. All die von Susanne Kaiser genannten Personen vereint letztlich der Wunsch nach einer dominierenden Männlichkeit und der Irrglaube, darüber geordnete und stabile gesellschaftliche Verhältnisse etablieren zu können, die es so nie gab und nie geben wird.

Susanne Kaiser 2020:

Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-12765-0.

268 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Nina Timmermann: Gekränkte Männlichkeiten überall. Erschienen in:

Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1691>. Abgerufen

am: 13. 07. 2021 12:03.

Kampf gegen die Dominanzkultur



Max Czollek
Gegenwartsbewältigung

Wenn Theodor W. Adorno gegen Philipp Amthor in den Ring steigt, bekommt die deutsche Leitkultur ordentlich eins auf die Mütze.

Rezensiert von [Max Tribukait](#)

Max Czollek hat mit seiner viel diskutierten Streitschrift „Desintegriert euch!“ schon 2018 einen engagierten, wütenden, ziemlich bissigen, und oft witzigen Aufruf gegen das deutsche „Gedächtnistheater“ (Bodemann 1996) und die Eindimensionalität des hiesigen Integrationsparadigmas geschrieben. In seinem neuen Buch „Gegenwartsbewältigung“ geht die Abrechnung mit der Mehrheitsgesellschaft in die zweite Runde.

Czolleks zweites Buch lässt sich als eine politische Krisenerzählung lesen. Und natürlich ist die große Krise seit über einem Jahr die globale Pandemie. Auch der Autor setzt seine Beobachtungen in den Rahmen dieses Szenarios. Diese Rahmung dient ihm aber nicht dazu, alle anderen gesellschaftlichen und sozialen Probleme hinter dieser neuen weltweiten Bedrohung verschwinden zu lassen. Vielmehr treten im gesellschaftlichen Umgang mit der Corona-Pandemie für Czollek Themen hervor, die auch sein erstes Buch bestimmten: Wer gehört in unserer Gesellschaft eigentlich dazu? Wer wird von ihr geschützt und wer ausgeschlossen, diskriminiert und unsichtbar gemacht? Wer hat die Mittel dazu, diese Einteilungen vorzunehmen? Und vor allem: Was können wir dagegen tun? Seine Antwort lautet: Radikale Vielfalt. „Das Problem der Gesellschaft ist kein Mangel an Gemeinschaftsgefühl, sondern ein Mangel an Gefühl dafür, wer zu dieser Gemeinschaft dazugehört.“ (S. 180)

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft oder: Engagement im Hier und Jetzt

Es gibt ein Problem mit der Zeitlichkeit von Krisenerzählungen. Zum einen sind Krisen meist erst in der Rückschau als solche erkennbar. Zum anderen – und damit verbunden – sind sie, wenn man sie retrospektiv analysiert, immer aus einem Status des bereits Überwundenen beobachtet. In einer solchen Perspektive wird jedes Problem in dem Moment, in dem wir es als solches erkennen, aus der Gegenwart verabschiedet und in die Vergangenheit verlagert. In einem solchen Vorgehen wäre die Gegenwart aus der Analyse gestrichen.

Der jüdische Autor, Theatermacher und Lyriker Max Czollek beweist schon im Titel, dass er dieses Problem ernst nimmt. Vergangenheit muss irgendwie verarbeitet werden, um nicht dieselben Fehler immer und immer wieder zu machen. Das ist nichts Neues. Im Nachhinein weiß es ja ohnehin immer jede*r besser. Der Trick besteht darin, dass auch unsere Gegenwart bearbeitet und vor allem *bewältigt* werden muss, damit wir in Zukunft gemeinsam in einer Gesellschaft leben, „in der alle gleichermaßen und ohne Angst verschieden sein können“ (S. 97). Diesem Projekt verschreibt sich Czollek in seinem zweiten Buch aufs Neue. So sieht eine Krisenerzählung aus, die sich im Hier und Jetzt für eine bessere Zukunft stark macht, ohne dabei die Vergangenheit zu

ignorieren.

Falsche Kontinuitäten

Die Themen, die Czollek auf diese Weise zum Kern seiner Reflexion macht, scheinen zunächst wie die Auflistung der Zutaten eben jener klassischen Krisenerzählungen unserer gegenwärtigen Demokratie, die doch so schwierig zu handhaben sind: von der durch völkisches Denken aufgezwungenen Debatte um den Heimatbegriff, die seit Beginn dieses Jahrzehnts immer wieder geführt wird, über die „Hufeisentheorie“ rückständiger Extremismusforscher*innen, für die – allen Belegen zum Trotz – linker und rechter politischer Flügel an den Rändern der Demokratie ja irgendwie dasselbe sind, bis hin zum rechten Terror von Hanau und Halle. Und auch die politischen Ränkespiele der FDP, die sich mit den Stimmen der rechtsextremen AfD in Thüringen eine Regierungsmehrheit sichern wollte, sind als Zeichen dieser Krisenhaftigkeit zu lesen. In Czolleks Worten: „Die Herausforderung, der sich eine politisch noch lange nicht realisierte plurale Perspektive auf Gesellschaft stellen müsste, wäre die Komplexität des Hasses denken zu lernen.“ (S. 96) Deutlicher kann eine Krisenerzählung kaum ausfallen. Doch der Autor legt kein Klagegedicht über den Verfall eines politischen Systems vor, sondern räumt stattdessen mit der Vorstellung auf, in einer fernen Vergangenheit sei es einmal besser gewesen. „Keine Nostalgie, niemals.“ (S. 153)

Diese Aufgabe ist bei Czollek verbunden mit einer veränderten Perspektive auf historische Kontinuitäten. Er verabschiedet einige lieb gewonnene Erzählungen eines deutschen „Wir-Gefühls“ und zeigt, dass sich die deutsche Nachkriegszeit keineswegs so homogen ausnimmt, wie die Vertreter*innen einer „Dominanzkultur“ (S. 18) und die Verfechter*innen einer Heimatideologie es gerne hätten. Das Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete keineswegs die politische Läuterung der deutschen Bevölkerung, die theatralisch-funktionalistische Inszenierung jüdischen Lebens in Deutschland nach der Shoah keineswegs das Ende des Antisemitismus und die deutsche Wiedervereinigung nicht das Ende der Marginalisierung weiter Teile der hier lebenden Menschen. Es kommt nur auf die Perspektive an. Die Dominanzkultur hat das längst verstanden: „Man malt sich aus, wer man sein will und darum auch gewesen sein muss – und ignoriert alles, was sich nicht entsprechend verhält.“ (S. 34)

Radikale Vielfalt in der postmigrantischen Gesellschaft

In unserer „postmigrantischen Gesellschaft“ (S. 30) muss es nach Czollek eine neue Perspektive auf diese Konstruktion von Gesellschaft geben, die eben danach fragt, wer an ihr Teil hat und wer nicht. Migrant*innen, jüdische, muslimische, homosexuelle und beeinträchtigte Menschen ebenso wie alte weiße Männer und heimatverbundene Grillwürstchenesser*innen. Es ist die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und Alltagserfahrungen, die Berücksichtigung der ineinander verwobenen Identitäten, und die Sensibilisierung für Formen der Diskriminierung und des Ausgeschlossenseins, die eine plurale Gesellschaft ermöglicht. Verweise auf eine vermeintlich „deutsche“ Identität oder Kultur, die als Basis für Zugehörigkeit dienen, sind Fiktionen, die es nie gegeben hat. Debatten um religiöse Zugehörigkeit oder kulturelle Differenzen können nur aus einer Perspektive geführt werden, die Angst vor Unterschieden hat. Es fehlt deshalb, so Czollek, nicht an einer Erzählung von Gemeinschaft, sondern an einem Bekenntnis zur Vielfalt. „Zugehörigkeit zur Gesellschaft entsteht nicht durch kulturelle oder religiöse Anpassung, sondern durch Anerkennung.“ (S. 172) Diese Anerkennung ist das Bekenntnis zur „radikalen Vielfalt“ (S. 158). Dabei votiert er keineswegs für eine Vereinzelung durch die Betonung individueller Differenzen, sondern arbeitet, wie schon in seinem ersten Essayband, die Möglichkeiten einer breiten Bündnispolitik heraus. Diskriminierung entgegenzutreten ist nicht nur Aufgabe der Betroffenen, sondern muss auch aus privilegierter Position heraus geschehen. Nicht selten findet sich ohnehin beides zugleich in jedem/jeder von uns.

Wrestling und Poesie

Den Leser*innen von „Desintegriert euch!“ werden einige Gedanken Czolleks bekannt vorkommen, auf die der Autor auch selbst immer wieder Bezug nimmt. Aber nicht weniger pointiert, nicht weniger wütend und noch einmal mit viel Witz. Trotz – oder gerade wegen? – der Krisen, die in so vielen Facetten unsere Gegenwart bestimmen und unsere Demokratie bedrohen.

Wenn Czollek die Debatten um die politischen Fragen von Ausgrenzung und Zugehörigkeit, Identität, kultureller Hegemonie, Rassismus und Antisemitismus in einem fiktiven Wrestling-Match zwischen dem CDU-Abgeordneten Philipp Amthor und Theodor W. Adorno verhandelt, kann man nicht anders als laut lachen. Hatte Czollek in seinem ersten Buch die Konzepte „Integrationsparadigma“ - „Gedächtnistheater“, „Leitkultur“ und „Heimatverbundenheit“ schon auf die Matte geschickt, wird mit „Gegenwartsbewältigung“ das Rematch fällig. Doch geschlagen gibt sich die Dominanzkultur noch lange nicht. Man kann sich sicher sein, dass das deutsche Nationalgefühl schon längst wieder Aufwärmübungen macht. Wir warten also auf den Gong zur dritten Runde.

Zusätzlich verwendete Literatur

Y. Michal Bodemann (1996): Gedächtnistheater – Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Rotbuch Verlag, Hamburg.

Max Czollek 2020:
Gegenwartsbewältigung.
Carl Hanser Verlag, München.
ISBN: 978-3-446-26772-5.
203 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Max Tribukait: Kampf gegen die Dominanzkultur. Erschienen in:
Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1692>. Abgerufen
am: 13. 07. 2021 12:03.

Diversität auf Hebräisch



Dr. Hila Amit
Hebräisch für alle
Von der Sprache zur Vielfalt

Ein diversitätsbewusstes Lehrbuch verdeutlicht die Defizite des üblichen Sprachlernens.

Rezensiert von [Sophia Doppler](#)

„Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt“, formulierte einst der Philosoph Ludwig Wittgenstein. In ihrem Lehrbuch „Hebräisch für Alle – Von der Sprache zur Vielfalt“ denkt Dr. Hila Amit diesen Ausspruch auf verblüffend naheliegende Art und Weise weiter und setzt ihn praktisch um. Um Vielfalt zu leben, zu beschreiben und umzusetzen, braucht es Sprache, wieso dann nicht gleich beim Spracherwerb damit anfangen? Beim Lernen einer neuen Sprache bewegt man sich wie auf wackligen Kindesbeinen in einer neuen Umgebung: Der Wortschatz ist begrenzt und bedingt die Themen, über die sich Lernende austauschen können. Um lebensnahe Begegnung und Austausch zu ermöglichen, wäre es in eben dieser Situation die Aufgabe der Lehrbücher, Diversität und vielfältige Lebenslagen abzubilden. So könnten sie im Bereich des Sprachenlernens einen Beitrag für ein respektvolles Miteinander leisten, möglichst Viele einschließende Verbindungen schaffen und so einen Baustein für die Verbesserung der sozialen Realität bilden.

Viele Lehrbücher haben ein Problem - immer noch

Trotz des offensichtlichen Versuchs vieler Lehrwerke, Genderstereotype zu vermeiden, geht keines den Schritt, Diversität an sich zum Thema zu machen. Der Versuch beschränkt sich darauf, neben dem Wort „Anwalt“ auch das Wort „Anwältin“ zu vermitteln. Nahezu unmöglich ist es, ein Lehrwerk zu finden, das eine queere Person portraitiert oder über die Familienkonstellationen mit Vater-Mutter-Kind als Norm hinausgeht. So verfehlen sie zum einen, an der Lebensrealität vieler Lernenden anzuknüpfen und liefern zudem nur ein plattes Abbild der Lebensrealität jener Personen, zu der die neue Sprache den Lernenden Zugang verschafft.

Zudem finden sich in zahlreichen Materialien Klischees und Stereotypen bedienende Abbildungen, welche ignorant oder zumindest grob fahrlässig anmuten. In dem Türkisch-Lehrbuch eines großen deutschen Lehrbuchverlags besteht eine Übungsaufgabe darin, verschiedene Vornamen den passenden Nationalitäten zuzuordnen. Ein anderes Beispiel bieten Französisch-Lehrbücher, die von exotischen Reisezielen schwärmen, welche – wie praktisch – Französisch als Landessprache führen. Die unschöne Kolonialgeschichte fällt hierbei unter den Tisch.

Diversität als Leitmotiv

Amits Sprachbuch ist anders. Sie macht deutlich, dass Sprachbücher nicht im kontextfreien Raum existieren, sondern ideologisch gefärbt sind. Politisch positioniert sich das Buch mit dem Fokus auf Diversität und dem Abbilden von Vielfalt, wodurch es in der Masse der Sprachbücher ein Alleinstellungsmerkmal erlangt. „Hebräisch für alle“ präsentiert sich als queer-politisch, feministisch und emanzipatorisch. Amit verzichtet weitestgehend auf typische landeskundliche

Texte und rückt die Lebenswelt der hauptsächlich weiblichen und queeren Charaktere in den Fokus. Dieser alltagsnahe Ansatz fußt auf einer von Amit angewandten Lehrmethode. Die Content-Based-Instruction-Methode geht davon aus, dass Spracherwerb am besten durch das Bearbeiten lebensnaher Themen in der Zielsprache gelingen kann. Der Lernerfolg sei größer, wenn die Lernende sich in der Zielsprache mit einem Thema beschäftigt, welches sie anspricht und inhaltlich fesselt.

In diesem Sinne vermitteln die ersten Kapitel das nötige Handwerkszeug, um der Lernenden zunächst in einfachen Dialogen das nötige Sprachvermögen an die Hand zu geben und so mit anderen Hebräisch-Sprechenden in Kontakt treten zu können. Die Leserin lernt sich zu begrüßen und sich vorzustellen. Hierbei achtet Amit darauf, authentische Alltagssprache zu verwenden, wie sie auch von Muttersprachlerinnen gesprochen wird. In den fortgeschrittenen Lektionen finden sich etwas längere Texte, welche queere und nicht genderkonforme Lebensentwürfe abbilden. Als Schriftstellerin literarischer Texte weiß Amit diese im Rahmen der sprachlichen Möglichkeiten ansprechend zu gestalten. Sie erzählt vom Leben eines alleinerziehenden Vaters, von der Hochzeit eines homosexuellen Paares oder dem Leben in einer Kommune. In die Texte eingeflochten sind Informationen über die gesellschaftliche Situation der Protagonist*innen. Die anfängliche Skepsis der Eltern nach dem Outing wird thematisiert und auch über Praktisches, wie Adoptionsrecht und Elternzeit weiß Amit zu berichten. Auch wenn fraglich ist, ob die freundlich beschriebenen Handlungen der tatsächlichen Lebensrealität der marginalisierten Gruppen entsprechen, kommt die Lernende doch in jedem Fall in Kontakt mit Begriffen der hebräischen Sprache, welche vielfältige Lebensrealitäten beschreiben und kann sie in neuen Kontexten anwenden.

Eine Bereicherung

Das Buch ist sehr übersichtlich gestaltet und verzichtet weitgehend auf Bilder und Illustrationen. Begleitet werden die Lektionen von kurz gehaltenen Grammatikerklärungen, welche nach und nach eingeführt und in Übungen vertieft werden. Hier befindet sich auch die Schwachstelle des Buches, denn die Grammatik kommt gerade in den ersten Kapiteln etwas zu kurz. Das Buch scheint speziell für den angeleiteten Unterricht entwickelt worden zu sein. Für Selbstlernerinnen ohne Anleitung und Hebräisch-Vorkenntnisse, ist das Lehrbuch nur eingeschränkt zu empfehlen. Es müsste mit weiteren Lernmaterialien ergänzt werden, denn die Kenntnis der hebräischen Schrift wird vorausgesetzt und erschwert so den Einstieg.

Amit schafft mit „Hebräisch für Alle“ ein Sprachbuch, welches den Anspruch hat, es besser zu machen. Sie gibt Lernenden den Schlüssel in die Hand, um die neue Sprache vielfältig und den eigenen Bedürfnissen und der Lebenssituation entsprechend zu nutzen. Auch für Sprachinteressierte ohne das Ziel, die hebräische Sprache komplett zu erlernen, lohnt sich das Buch allein deshalb, weil es erfrischend anders ist. Es hebt sich von klassischen Sprachbüchern in der Erwachsenenbildung ab und könnte als anregendes Beispiel dienen, um auch andere Lehrbücher mit Fokus auf Diversität zu gestalten.

Dr. Hila Amit 2020:

Hebräisch für alle. Von der Sprache zur Vielfalt.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-96042-091-0.

152 Seiten. 25,00 Euro.

Zitathinweis: Sophia Doppler: Diversität auf Hebräisch. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1693>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Keine Inseln im Meer



Paul Helfritzsich

Gefragt durch Andere

Über digitale Vernetzung, Wertschöpfung, Pathos & Identität

Kann es Solidarität geben? In einer philosophischen Suchbewegung wird nach einem Miteinander, Nebeneinander und Füreinander gesucht.

Rezensiert von [Helen Akin](#)

„Gefragt durch Andere“ von Paul Helfritzsich setzt die Suche nach Strukturen und Darstellungsformen fort, in denen ein Füreinander möglich und das Gegen- und Nebeneinander zurückgedrängt wäre, eine Suche, die Helfritzsich in „Als Andere unter Anderen“ (2020) begonnen hat.

Eingreifendes Denken und trotziges Festhalten

Seine Arbeit – das wird deutlich – will Helfritzsich als ein *eingreifendes Denken* verstehen und begibt sich dafür auf die Suche nach einer solidarischen, graziösen, einer feinfühligem und um ein wahrhaftes Füreinander bemühten Haltung. In fünf Essays ergründet er, wie soziale Strukturen als formgebend für unser Tun, unser Denken und Sprechen wirken. An Anschaulichkeit gewinnt der Text durch detailliert beschriebene, situative Beispiele: eine universitäre Prüfungssituation, das Lesen eines Buches, das Nutzen einer App oder die Aufschrift auf dem Papierstück am Ende eines Teebeutels.

Sein Buch beginnt er mit dem Thema der Andersartigkeit und den verschiedenen Formen, in welchen wir als Andere unter Anderen sein können: das Nebeneinander, das Gegeneinander und das Füreinander. In phänomenologischer Tradition spricht Helfritzsich gegen ein Verständnis des Subjekts als Monade an: Wir sind keine vereinzelt Inseln in einem großen Meer, die ab und an miteinander kollidieren, sich vergleichen und dann wieder auseinanderdriften können. Die Anderen sind die Bedingung unserer eigenen Möglichkeiten zu handeln, zu denken, zu sprechen – die historische und soziale Lage, in die wir hineingeboren wurden, formen unser Welt- und Selbstverhältnis. Mit dem Modell des Stolperns will Helfritzsich eine Erfahrung konzeptualisieren, in der das Bestehende und unsere Gewohnheiten ins Wanken geraten. Gegenüber dem souveränen Stand, den wir zuvor vermeintlich innehatten, tritt nun ein Ungleichgewicht ins Leben ein. In der Erfahrung des Stolperns werden wir des Abstands oder auch des Widerspruchs gewahr zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte. Die Schwere der Aufgabe besteht dann darin, an diesen Ereignissen, die uns ins Stolpern bringen, trotzig festzuhalten und die durch sie erforderten Veränderungen und Antworten gestaltend im eigenen Leben umzusetzen. „Das Prinzip Trotz“ (S. 39) ist eine Widerstandsgeste, die der ständigen Wiederholung bedarf, um jenen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, die sich in unserer alltäglichen Erfahrungswelt sedimentiert haben und die meiste Zeit unsichtbar bleiben.

Von Landnahmen und Aufständen

Der Essay „Vermittelt durcheinander“ befasst sich mit der Spannung zwischen demokratischen

Gründungsabsichten und der kapitalistischen Landnahme digitaler Netzwerke, während es Helfritzsich im daran anschließenden „Mehr Werte für wen?“ unter anderem darum geht, die wechselseitige Vermittlung von Politik, Ökonomie, Kultur und der Sphäre des Privaten herauszustellen. Corona verdeutliche – so seine plausiblen Ausführungen – einmal mehr, dass die Trennung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft eine analytische, eine abstrakte sei, während die Bereiche in Wahrheit durcheinander vermittelt sowie vielfach miteinander verschränkt seien. Die Widersprüche zwischen diesen Sphären und ihren jeweiligen normativen Eigenlogiken böten ihrerseits Stolpergründe, die zu emanzipatorischen Veränderungen in Form von Anerkennungs-, Umverteilungs- oder Demokratisierungsprozessen führen könnten. Nancy Frasers Ausführungen (2017) ergänzt Helfritzsich um das Konzept des Aufstandes, dessen Möglichkeit er im Bereich des Privaten verortet. Der vorletzte Essay „Erlittene Subjektivität. Unterwerfung, Beleidigung, Verantwortung“ ist ein Versuch, die Bedingungen der Subjektivierung im Anschluss an Louis Althusser's Anrufungstheorie zu konkretisieren und zu erweitern. Im letzten Essay „Die Manifestation der Unterschiede“ versucht Helfritzsich eine Kritik an der maskulinen Identität und der maskulinen Identitätspolitik zu formulieren.

Differenzen aufzeigen, anstatt sie zu glätten

Insgesamt ist in Helfritzsichs Essaysammlung eine Spannung festzustellen, die sich in vielen poststrukturalistischen Theorien findet – eine Spannung zwischen das Ganze der Gesellschaft betreffenden, systemtheoretischen Thesen und solchen, die einen identitätspolitischen oder auch klassentheoretischen Weg einschlagen. Helfritzsich vermeidet es, diese Konfliktlinie zu thematisieren – dabei müssten an ihr die politischen und praktischen Konsequenzen seiner Thesen ausbuchstabiert werden. Auch die Ambivalenz der digitalen Landnahme lässt der Autor undiskutiert: Für die Ungesehenen und Ungehörten Räume zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, sich politisch wirksam darzustellen, ist in diesen Tagen, in denen die Spaltungslinien der Gesellschaft sich vertiefen, von unbedingter Bedeutung. Zugleich sind diese Räume ambivalent. Beispielsweise ist die Kommodifizierung der sozialen Netzwerke und die Degradierung der Benutzer*innen zu ausbeutbaren Konsument*innen nicht nur ein Prozess der Vereinheitlichung, der Produktion von Konformismus und der „Auflösung der Andersheit“ (S. 63). Gerade die Andersheit und ihre Darstellung können sich unter dem Aspekt des Alleinstellungsmerkmals als originell oder authentisch oder exotisch auf dem Markt gut verkaufen und verkauft werden. Konformismus und Individualismus gehen hier Hand in Hand, die zunehmende Berechenbarkeit der Konsument*innenmasse geht mit der Streuung und Be-Werbung ihrer Unterschiede einher.

Freiheit – wovon und wozu?

In vielen Passagen verwendet der Autor die Begriffe Macht oder Unterdrückung trotz des poststrukturalistischen Hintergrundes sehr traditionell: Macht als Repression. Der herausfordernde Gedanke bestünde demgegenüber darin, Machtstrukturen auch noch dort zu erkennen, wo sie positive und ermächtigende Wirkungen zeigen. Doch verbleibt Helfritzsich an vielen Stellen innerhalb alter Muster. Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für das Freiheitskonzept: Obwohl Helfritzsich betont, dass es ihm nicht nur um private, negative Freiheit geht (Freiheit „von“), sondern auch um positive Freiheit (Freiheit „zu“), tritt in seinen Ausführungen vorrangig die Forderung nach negativer Freiheit in Erscheinung, über die Marx höhnisch schimpfte:

Die Freiheit ist also das Recht, alles zu tun und zu treiben, was keinem andern schadet. Die Grenze, in welcher sich jeder dem andern unschädlich bewegen kann, ist durch das Gesetz bestimmt, wie die Grenze zweier Felder durch den Zaunpfahl bestimmt ist. Es handelt sich um die Freiheit des Menschen als isolierter auf sich zurückgezogener Monade. [...] Jene individuelle Freiheit [...] [bildet] die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Sie lässt jeden Menschen im andern Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden. (MEW 1, 364)

Helffritzschs Konzept des Füreinander, das sich gegen die Monadenvorstellung ausspricht, gewänne an Plausibilität, wenn er die positiven Aspekte der Freiheit stärker betonen und ins Zentrum rücken würde.

Kritik als Selbstkritik

Was dieses Buch insgesamt jedoch überaus lesenswert und erfrischend macht, ist die Ablehnung einer verobjektivierenden Distanznahme. Helffritzsche kann und will sich in seinen eigenen Erwägungen nicht aus der Affäre ziehen – Frage und Gegenstand bringen ihn selbst notwendig mit ins Spiel. Was er sich zu fragen vorsetzt, betrifft und befragt ihn selbst zugleich als Fragenden, steht ihm nie äußerlich oder gleichgültig gegenüber. Sein Buch ist als Plädoyer für die theoretische wie praktische Infragestellung einer Normalität zu lesen – eines alltäglichen Neben- und Gegeneinanders –, die von sich aus den Schein generiert, alternativlos und unveränderbar zu sein.

Zusätzlich verwendete Literatur

Fraser, Nancy/Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main 2017, S. 13f, 120f.

Paul Helffritzsche 2021:

Gefragt durch Andere. Über digitale Vernetzung, Wertschöpfung, Pathos & Identität.

transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-5472-1.

203 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Helen Akin: Keine Inseln im Meer. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1701>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Intersektionalität – ja, nein, vielleicht?



Forum Marxistische Erneuerung e.V. / IMSF e.V.
Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Kritik des Intersektionalismus

Eine Kritik an der politischen Agenda der Intersektionalität stellt auch das Konzept selbst in Frage.

Rezensiert von [Luca Pietsch](#)

Entlang des Konzepts der „Intersektionalität“ haben sich Spaltungslinien gebildet, die in der Linken derzeit immer weiter aufzubrechen scheinen. Hauptstreitpunkt ist die Frage, ob politisch und analytisch von einer Vorrangstellung der Strukturkategorie Klasse ausgegangen werden kann, wodurch Rassismus oder Sexismus in Wechselwirkung mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verstanden werden müssen. Vertreter*innen intersektionaler Ansätze fordern hingegen, kapitalistische Gesellschaften als Ansammlung unterschiedlicher Ungleichheitsverhältnisse zu verstehen. Demnach können theoretisch unendliche Kombinationen sozialer Faktoren (Geschlecht, Herkunft, Alter etc.), die prinzipiell nicht hierarchisierbar sind, zur De-Privilegierung von Individuen und Gruppen führen. Klasse wäre dann nur eine Ungleichheitsdimension unter vielen. Die aktuelle Ausgabe der *Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung* kritisiert den politischen und analytischen Gehalt intersektionaler Ansätze. 1989 gegründet, versteht sich die Zeitschrift als ein kritisches Projekt zur kontinuierlichen Entwicklung der marxistischen Theorietradition und Debatte.

Von Intersektionalität zur Kritik des ‚Intersektionalismus‘

Dass im Titel von dem eher unüblichen Begriff des Intersektionalismus gesprochen wird, deutet an, dass die Kritik hier vordergründig auf politischer Ebene ansetzt. Die Autor*innen sind sich einig, dass der klassenspezifischen Strukturierung der Gesellschaft durch die kapitalistische Produktionsweise theoretisch und politisch weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Intersektionalität, die scheinbar von einer Gleichrangigkeit verschiedener Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse ausgeht, verkenne demgegenüber die besondere Bedeutung kapitalistischer Klassenverhältnisse.

Der Einstiegstext von John Lütten, Christin Bernhold und Felix Eckert führt in die Entstehung und die Grundgedanken intersektionaler Ansätze ein. An der davon abgeleiteten politischen Agenda kritisieren sie die unzureichende analytische Auseinandersetzung mit den Ursachen komplexer Ungleichheitsverhältnisse. Intersektionale Ansätze würden demnach vor allem beschreibend wirken. Damit hat Intersektionalismus weder eine Antwort auf das *Warum* sozialer Ungleichheiten, noch wird klar, welcher Zusammenhang zwischen Identität und politischem Bewusstsein besteht. Victor Wallis plädiert in seinem Beitrag dafür, Klasse wieder stärker in das Zentrum politischer Kämpfe zu rücken. Wallis zufolge kann Klasse politisch eine verbindende Funktion erfüllen, die in gegenwärtig fragmentierten Gesellschaften zur Bündnisbildung beitragen kann. Im Rahmen ihrer Diskussion über den analytischen Gehalt der Debatte um Klassismus kritisieren Lena Hezel und Steffen Güßmann das Fehlen einer klassenanalytischen Betrachtung aufbauend auf der Ausbeutung von Arbeit. Der Interessenswiderspruch zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen, so Hezel und Güßmann, kann dabei nicht nur Formen der Diskriminierung basierend auf der Klasse von Individuen und Gruppen einfangen, sondern zudem Erklärungsansätze für deren

Ursache liefern. Ein wichtiges Argument, das in dem Text von Yuri Prasad und Esme Choonara zur Privilegientheorie im Hinblick auf rassistische Diskriminierung angeführt wird, verweist darauf, dass Rassismus der herrschenden Klasse als Hebel der Spaltung der beherrschten Klassen dienen kann. Es müsse demnach politisch darum gehen, Rassismus immer auch in seiner materiellen Dimension zu untersuchen, statt die Hauptkonfliktachse zwischen privilegierten und weniger privilegierten Angehörigen der beherrschten Klasse zu sehen. Eleonora R. Mendivil und Bafta Sarbo ergänzen dieses Argument um eine Kritik an der Konzentration auf die Subjektebene. Rassismus erscheint in intersektionalen Ansätzen häufig in Form von individuellen Praxen und Diskursen, wodurch es an einer gesellschaftlichen Kontextualisierung von Rassismus mangle. Fragen wie jene nach der Überausbeutung migrantischer Arbeitskraft geraten so aus dem Blickfeld. Martha E. Gimenez sowie Kim Lucht und Margareta Steinrücke setzen intersektionalen Perspektiven auf Geschlecht materialistisch-feministische Ansätze entgegen, die darlegen, wie Klasse und Geschlecht in kapitalistischen Gesellschaften zusammenwirken. Der Ansatz der sozialen Reproduktion und der Begriff des Klassengeschlechts können dabei die Ungleichbehandlung von Frauen in kapitalistischen Gesellschaften erklären, ohne bei einer Formkritik ihrer Diskriminierung stehen bleiben zu müssen. Damit bleibt gegenüber intersektionalen Konzepten die gesellschaftlich strukturierende Bedeutung der kapitalistischen Produktionsweise analytisch erhalten. Der Vergeschlechtlichungsprozess muss demnach in Abhängigkeit von den vorherrschenden Klassenverhältnissen verstanden werden. Zuletzt setzt sich Christian Stache mit Ashley J. Bohrer Versuch einer Versöhnung marxistischer und intersektionaler Ansätze auseinander. Bohrer wirft er nicht nur eine unsaubere Lektüre marxistischer Klassiker vor. Auch konzeptionelle Schwächen und Widersprüche ihres Denkens werden kritisiert, die scheinbar aus Bohrer Weigerung resultieren, den sozioökonomischen Widerspruch kapitalistischer Gesellschaften als das grundlegend strukturierende soziale Verhältnis im Kapitalismus herauszustellen.

Marxistische Klassenanalyse als kritische Intervention

An der Kritik des politischen Programms intersektionaler Ansätze ist grundsätzlich nichts einzuwenden, da es darum geht, für eine klassenpolitische Rückbesinnung linker Politik zu werben. Das ist deshalb von Bedeutung, da die „Wiederentdeckung“ der Klasse in den letzten Jahren dazu tendierte, Klassenverhältnisse vor allem in Form von klassistischer Diskriminierung anzugreifen. Ähnliches gilt auch für die Auseinandersetzung mit Rassismus oder Geschlechterverhältnissen. Wird beispielsweise ausschließlich kritisiert, dass Frauen oder *People of Colour* in Unternehmen weniger häufig in Führungspositionen zu finden sind, bleibt die Frage unbearbeitet, wie und warum Millionen von Arbeiter*innen im „Globalen Süden“ systematisch überausbeutet werden können, wodurch Konzerne wie Nestle oder H&M Milliarden machen. Die Z. setzt damit wichtige Impulse für eine Auseinandersetzung mit Klassenverhältnissen auf Höhe der Zeit. Indem die Autor*innen gegen die Formkritik vieler intersektionaler Ansätze argumentieren und deren politische Schwäche enthüllen, bilden sie eine wichtige Intervention in linke Debatten. Der Themenschwerpunkt zeigt dabei, dass eine Relektüre Marx‘ und daran anknüpfender feministischer und anti-rassistischer Arbeiten lohnenswert ist, um ein kritisches Verständnis von Ungleichheit und Unterdrückung in kapitalistischen Gesellschaften entwickeln zu können.

Eindeutige Antworten auf ein heterogenes Debattenfeld?

An einzelnen Beiträgen wäre jedoch zu bemängeln, dass sie ungenau argumentieren. Zwar liegt der Schwerpunkt der Kritik auf der politischen Agenda, die häufig mit Intersektionalität in Verbindung gebracht wird, dennoch kritisieren die Autor*innen immer wieder auch das theoretische Fundament intersektionaler Ansätze. Dabei wird das Debattenfeld zum Teil grobschlüchtig rezipiert. Tatsächlich verbirgt sich hinter Intersektionalität eine vielfältigere Diskussion als hier der Anschein erweckt wird. Es stellt sich eher die Frage, ob es sinnvoll ist, von *der* Intersektionalität zu sprechen. Ein pragmatischerer Umgang mit intersektionalen Perspektiven, der im Kern anschlussfähig an marxistische Zugänge zu sozialer Ungleichheit bleibt, könnte das

Konzept stattdessen als Werkzeug begreifen, um verschiedene Ungleichheitsdimensionen, wie sie in kapitalistischen Gesellschaften neben jenen der Klassenverhältnisse vorkommen, zutage zu fördern. Natürlich muss diskutiert werden, ob dafür tatsächlich eine intersektionale Perspektive notwendig ist, da der Themenschwerpunkt zeigt, dass sich in klassischen marxistischen Texten Erklärungsansätze für Fragen finden lassen, die intersektionale Ansätze noch immer als ungelöste Probleme der sozialen Ungleichheitsforschung identifizieren. Währenddessen es innerhalb intersektionaler Diskussionen durchaus lange einen post-strukturalistischen Überhang gab – das heißt, einen Fokus auf die Kritik diskursiver Praxen und Kategorien, die Diskriminierungen und Ausgrenzung vermeintlich ursprünglich hervorbringen und reproduzieren – bleiben Ansätze, die gesellschaftliche Strukturkategorien betonen und dabei nicht selten auch die besondere Bedeutung von Klassenverhältnissen hervorheben, unterrepräsentiert. Auch die Frage nach der sozialen Eigenlogik von Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen, die zwar in letzter, aber nicht zwangsläufig in erster Instanz auf die ökonomischen Bedingungen kapitalistischer Gesellschaften zurückzuführen sind, wird nicht endgültig geklärt. Für weniger geschulte Marxist*innen und Vertreter*innen intersektionaler Politik wäre dies wichtig, um die behauptete Sonderstellung der Klasse nachvollziehen zu können.

Intersektionalismus und Intersektionalität überwinden – ja, nein, vielleicht?

Immer wieder wird bekundet, dass das Anliegen intersektionaler Ansätze generell begrüßenswert ist – dies ist richtig und wichtig. Ein Diskussionsbeitrag, der sich mit der Möglichkeit einer sinnvollen Versöhnung zwischen Marxismus und Intersektionalität bemüht, fehlt jedoch. Es ist nicht gesagt, dass hierfür die besondere Rolle von Klassenverhältnissen überdacht werden muss. Stattdessen wäre zu überlegen, ob Marxist*innen nicht intensiver mit intersektionalen Ansätzen in Dialog treten sollten, die gesellschaftliche Großkategorien anerkennen und Klasse analytisch gesondert behandeln, statt jene Kritik zu wiederholen, die mittlerweile auch in der Intersektionalitätsdebatte angekommen ist. Ein solches Vorgehen kann zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass Intersektionalität gesellschaftstheoretische Lücken aufweist, Antworten auf Fragen, wie nach der kausalen Logik verflochtener Unterdrückungsdynamiken offenlässt und politisch häufig der Status Quo bestehender Herrschaftsverhältnisse nicht grundlegend in Frage gestellt wird. Eine Annäherung zwischen marxistischen und intersektionalen Ansätzen könnte der marxistischen Theorietradition jedoch dabei helfen, Strohmänner gegen den Marxismus (wie jenem Vorwurf des Ökonomismus) zu überwinden und offener über politische Versäumnisse auf beiden Seiten zu beraten.

Forum Marxistische Erneuerung e.V. / IMSF e.V. 2021:

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Kritik des Intersektionalismus.

ISBN: Z. Nr. 126, Juni 2021.

10,00 Euro.

Zitathinweis: Luca Pietsch: Intersektionalität – ja, nein, vielleicht? Erschienen in:

Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1702>. Abgerufen

am: 13. 07. 2021 12:03.

Lebende Werbetafeln



Ole Nymoen / Wolfgang M. Schmitt

Influencer

Die Ideologie der Werbekörper

Zwei Podcaster liefern eine ideologiekritische Betrachtung der aktuellen Medien- und Konsumwelt im Spätkapitalismus.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Es ist längst nicht das erste Buch über die postfordistische Konsumgesellschaft. Und doch wurde das Buch „Influencer“ der Autoren Wolfgang M. Schmitt und Ole Nymoen ein Bestseller. Womöglich, weil eine Deutung des spezifischen Phänomens Influencing bisher einfach fehlte. Oder aber, weil den populären bis peinlichen Werber*innen inzwischen eine immer größere Bedeutung im digitalen Kapitalismus beigemessen wird. Das Phänomen des Influencing ist längst kein kreativ-kapitalistisches Strohfeuer mehr – es gibt Millionen solcher Kanäle in den sozialen Netzwerken.

Die Medien- und Konsumwelt lebt von Geschwindigkeit und ist, wie auch unsere Lebensweise, von Wandel geprägt. Über eine der „wichtigsten Sozialfiguren“ (S. 7) dieses Wandels schreiben die beiden Autoren in einer kurzen und beispielreichen Analyse dieser gar nicht mehr so jungen Werbeform. Das ist auch schon die erste Lektion des Buches, die banal zu sein scheint: Konsument*innen werden nicht mehr durch Werbung und Kaufanreize – mal mehr, mal weniger subtil – in ihren Bedürfnissen beeinflusst. Es handelt sich um digitales Marketing per Du.

Überall Konsument*innen, nirgends Gesellschaft

Im Zeitalter der sprechenden Oberflächen hat das Marketing die klassische Werbung in der Zeitung oder im TV längst hinter sich gelassen und sucht sich stattdessen den Menschen als Werbekörper. Ständig spülen die sozialen Medien ihren Nutzer*innen Videos in den Smartphone-Feed, in denen Influencer*innen Produkte des täglichen Bedarfs testen und bewerben oder in den Videos gleich einen bestimmten Lifestyle anpreisen. Werbebotschafter*innen sind keinesfalls neu, man denke an Testimonials wie das Model Heidi Klum. Allerdings haben sich das Nutzer*innenverhalten und der Werbeort verändert. Mittlerweile ziehen auf den Internetplattformen Youtube oder Instagram die Quasi-Dauerwerbesendungen vieler Influencer*innen Millionen von Follower*innen an. Das Prinzip des Influencing besteht darin, ein scheinbar privates Ich mit möglichst viel Werbung auszustaffieren. Gerade in ihrer scheinbaren Authentizität und Nahbarkeit sehen die Autoren in den Influencer*innen eine gesellschaftliche Gefahr und sogar eine Bedrohung für Demokratie und aufklärerische Werte. Rund um die Uhr scheint das Internet von Influencer*innen zugemüllt zu werden. Es ist nun Werbung, die geklickt und konsumiert und nicht mehr nur irgendwie ertragen wird – wie etwa die Unterbrechung zwischen der Doppelfolge der eigenen Lieblingsserie.

Mit einem Klick in die Barbarei?

Tatsächlich erreichen die erfolgreichsten Influencer*innen mit einem Werbepost mehr Menschen als das bekannteste Boulevardblatt Deutschlands. Insofern sind die Influencer*innen als Sozialfiguren dieser Zeit ernstzunehmen. Sicher ist an dieser Stelle zu hinterfragen, ob die Kanäle

der Influencer*innen nicht dennoch anders wahrgenommen werden. Immerhin konsumiert sie ein Teil der Follower*innen auch bewusst als das, was es oft ist: pure Unterhaltung oder großer Unfug. Es tritt hier sicherlich kein besonders freies und vernünftiges Bewusstsein hervor, aber Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt werden. Die oft bemühte These des kulturellen Verfalls durch die Massenkultur muss sich immer auch von neuem an der Wirklichkeit und im geschichtlichen Vergleich messen. Die Kulturindustrie-These büßt – zu oft oder zu heiß erwärmt – an Radikalität ein. Lehrreicher ist das Buch, wenn es anhand gegenwärtiger ökonomischer Umbrüche unserer Gesellschaft das Aufkommen des Influencing erklärt. Denn die Umstrukturierung unserer Medien- und Konsumlandschaft folgt auch nur den immer gleichen ökonomischen Gesetzen der Verwertung. Durch den Neoliberalismus und den Aufbruch in die Digitalität wurde die Konsumwelt auf ein neues Plateau gehoben. In diesem Sinn ist das Buch ebenso als eine durchaus ernste Analyse der ökonomischen Funktion des Influencing zu lesen, nicht bloß als eine ideologiekritische Spielerei. Im Anschluss an Wolfgang Fritz Haug gelingt den beiden Autoren eine „Kritik der Warenästhetik“ im digitalen Kapitalismus. Die Influencer*innen haben ihren Platz mitten in der großen Herausforderung des Kapitalismus: Es muss weiter Wachstum generiert werden. Der Wirtschaftsboom der Nachkriegsjahre ist lange passé. Es droht eine Krise für das auf Wachstum ausgerichtete System. Indem er die Verwertung anfeuert, möchte der Kapitalismus sein eigenes Ende noch allzu lange hinauszögern. Die Influencer*innen erweisen sich hierbei als nützlich, indem sie mit ihrer Werbung Bedürfnis schaffen und ihre konsumistische Befriedigung antreiben.

Konsum in der Krise

Die Bedrohung der Gesellschaft durch kapitalistisch erzeugten Überfluss ist mit dem drohenden Klimakollaps gegenwärtig wie noch nie. „Die Maschine rotiert auf der gleichen Stelle“, erklärten Adorno und Horkheimer in ihrer „Dialektik der Aufklärung“ – und meinten damit eigentlich die Massenkultur. Doch so spielt es sich auch im Kapitalismus ab, sogar noch drastischer. Die Maschinen graben immer weiter, schneller und tiefer. Der Mensch erschließt sich bedrohlich viel Landmasse. Auch die Influencer*innen halten sich in diesem großen Widerspruch auf. Sie bewerben luxuriöse Ferienresorts in den Vereinigten Emiraten und befeuern die imperiale Lebensweise. Mit einem Post zu Nachhaltigkeit am „Earth Day“ ist dann genug für das Klima getan.

Der Neoliberalismus kapert Forderungen sozialer Bewegungen oder vermag sie zu entschärfen, indem er die Klimafrage beispielsweise durch das Label „Nachhaltigkeit“ konsumierbar macht. Klimagerechtigkeit wird sich aber nicht über individuelle Kaufentscheidungen herstellen lassen, sondern nur durch politische Kämpfe. Dafür plädieren die Autoren leider nicht, aber sie machen deutlich, dass der Kapitalismus sich nicht grün anstreichen lässt. Auch beim Thema Diversity sehen Schmitt und Nymoen bloß eine „unheilige Allianz aus Kapitalinteressen und kultureller Progressivität“ (S. 144). Das mag für den sich progressiv gebenden Neoliberalismus stimmen, die sozialen Medien dürfen dennoch nicht als Ort der Rückständigkeit abgeschrieben werden. Denn obwohl von riesigen Tech-Konzernen betrieben, sind Plattformen in der Lage, linke Diskursmacht herzustellen. Die Linke darf das Internet also nicht ablehnen, sondern muss dort möglichst wieder Boden unter den Füßen gewinnen. Es wird weiter zu klären und auszuprobieren sein, wie die Linke gerade über die sozialen Medien Hegemonie erlangen kann, statt sich in Rechthaberei oder bloßer Klientelpolitik zu verirren. Sie hat dabei nichts zu verlieren. Sie hat die digitale Welt zu gewinnen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Wolfgang Fritz Haug: Kritik der Warenästhetik. Gefolgt von Warenästhetik im High-Tech-Kapitalismus, Suhrkamp Verlag, Berlin 2009.

Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Fischer Taschenbücher. Frankfurt a. M. 2008.

Ole Nymoen / Wolfgang M. Schmitt 2021:
Influencer. Die Ideologie der Werbekörper.
Suhrkamp Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-518-07640-8.
191 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Lebende Werbetafeln. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in
Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1700>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Lückenhafter Datensatz



Caroline Criado-Perez

Unsichtbare Frauen

Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert

Seit jeher werden Daten erhoben, um die Welt zu verstehen, doch um welche es dabei genau geht, hat weitreichende Konsequenzen für das Leben von Frauen.

Rezensiert von [Tamara Lozano Moreno](#)

Die Gender Pay Gap, die geschlechtsspezifische Lohnunterschiede darstellt, ist schon lange im öffentlichen Diskurs angekommen. Auf eine weit weniger bekannte Ausprägung der Gender Gap macht Caroline Criado-Perez in ihrem Buch „Unsichtbare Frauen – Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert“ aufmerksam. Die Auswirkungen von neuen Technologien, Regulatorien oder Baumaßnahmen haben oft einschneidenden Charakter auf Frauen, weil deren Entwicklung auf Basis männlicher Prämissen beruht: Der Mann wird als Prototyp gesetzt, während die Frau lediglich als Abweichung und zweitrangig angenommen wird. Diese Einstellung führt zur sogenannten Gender *Data Gap*, dem Unterschied im Geschlechterverhältnis bei Datenerhebungen, die als Grundlage vieler Innovationen, Entwicklungen und alltagsrelevanten Veränderungen dienen. Die Autorin zeichnet ein umfangreiches Bild der systematischen Diskriminierung gegen Frauen und arbeitet dabei drei zentrale Gegenstände heraus – der weibliche Körper, unbezahlte Care-Arbeit und Gewalt gegen Frauen –, welche sie in sechs Lebensbereichen (Alltag, Beruf, Design, Medizin, öffentliches Leben und Katastrophen) einordnet.

Autocrashdummies und Nahverkehrsnetz

Criado-Perez deckt in ihrem Buch auf, wie fehlende oder unzureichende Datengrundlagen zu schwerwiegenden Entscheidungen zum Nachteil von Frauen führen und illustriert dies an zahlreichen Beispielen. Dass Autocrashdummies anhand der Anatomie von Männern ausgerichtet sind, wodurch Frauen einer höheren Wahrscheinlichkeit ausgesetzt sind, bei Autounfällen schwerwiegende Verletzungen zu erleiden, ist ein nicht unbekanntes Beispiel, aber auch weniger offensichtliche Zusammenhänge stellt Criado-Perez her: Nahverkehrsnetze vieler Städte sind beispielsweise oft strahlenförmig aufgebaut, was schnelles und effizientes Pendeln zum Arbeitsplatz in die Stadt und wieder nach Hause ermöglicht. Zahlreiche Erledigungen innerhalb eines Gebietes sind jedoch mit häufigem Umsteigen und einem erhöhten Zeitaufwand verbunden. Da Männer eher einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, profitieren sie vom Verkehrsnetz mehr als Frauen, die häufiger unbezahlte Tätigkeiten übernehmen und somit innerhalb eines Tages öfter den Ort wechseln müssen. Forschungsprojekte, die frauenspezifischen Untersuchungsfragen nachgehen und beispielsweise untersuchen, wie notwendige Kaiserschnitte bei Schwangeren mit nur schwachen Kontraktionen reduziert werden können, erhalten schwieriger finanzielle Unterstützung. Von Virtual Reality Brillen, die in der Herstellung überwiegend an Männern getestet und bei Frauen Übelkeit und Schwindel hervorrufen, über auf die Handspanne von Männern ausgelegte Klaviaturen, die Frauen vor größere Herausforderung stellen, bis hin zur Temperierung von Büros, die Männer als angenehm, Frauen jedoch meist als ein paar Grad zu kalt empfinden: Criado-Perez nennt unzählige weitere Beispiele aus diversen Bereichen. Manche

scheinen absurd zu sein, andere rufen wütendes oder erstauntes Kopfschütteln hervor. Eins haben alle Beispiele allerdings gemein: Sie sind real und betreffen die Hälfte der Menschheit.

Den Teufelskreis durchbrechen

Criado-Perez geht davon aus, dass die Gender Data Gap, welche als „geschlechtsbezogene Lücke in wissenschaftlichen Daten“ (S. 11) definiert wird, dazu beiträgt, dass die hegemoniale Stellung des Mannes beständig bleibt. Datenwissenschaftlich ausgedrückt kann jede Handlung durch Daten repräsentiert werden, die wiederum anhand verschiedener Parameter ausgewertet werden können. Die Datenlücken zwischen den Geschlechtern entstehen laut Criado-Perez, wenn Frauen gar nicht erst in den Erhebungsprozess einbezogen werden, wenn die Untersuchungsfrage für Frauen nicht relevant oder Erhebungen nicht valide sind, also nicht messen, was sie eigentlich bezwecken. Dass Frauen schlichtweg übergangen werden, liegt in der Allgemeingültigkeit des Mannes, der als Standard gilt und nach welchem alle Strukturen ausgerichtet sind. Die Lücke an fundierten Daten über Frauen resultiert aus bestehenden gesellschaftlichen Rollenbildern und führt zu einer Überrepräsentation des Mannes bei der Erhebung. Bei der Verwertung der Daten wiederum manifestieren sich die bestehenden geschlechtsdiskriminierenden Strukturen und reproduzieren mittels der Daten das Geschlechterverhältnis.

„Im Kern ist Unsichtbare Frauen also ein Ruf nach Veränderung. Viel zu lange haben wir Frauen als Abweichung vom menschlichen Standard dargestellt und damit zugelassen, dass sie unsichtbar wurden. Jetzt ist es Zeit für einen Perspektivenwechsel. Es ist Zeit, dass Frauen gesehen werden.“ (S. 48)

Dem Anspruch, diese hemmenden Strukturen für die Frau aufzulösen, kann nach Criado-Perez genüge getan werden, indem evidenzbasierte Entscheidungen getroffen werden. Diese Entscheidungen müssen auf umfangreichen, validen und geschlechtsgetrennten Analysen basieren. Bisher werden Frauen viel zu oft entweder gar nicht oder anhand einer sehr kleinen Stichprobe in Studien repräsentiert, sodass keine signifikanten Aussagen über diese Gruppe getroffen werden können. Dennoch werden Ergebnisse, die für Männer gelten, fälschlicherweise auf Frauen übertragen. „Unsichtbare Frauen“ ist ein Ruf nach kritischem Hinsehen und nach einem geschärften Bewusstsein bei der Datenerhebung und Datenanalyse.

Schließen der Datenlücke als Allheilmittel?

Beim Lesen des Buches könnten Leser:innen dementsprechend den Eindruck gewinnen, das Problem der fehlenden Gleichberechtigung sei leicht zu lösen, schließlich „müssen wir einfach nur aufhören, Frauen falsch darzustellen“ (S. 148) und den Willen aufbringen, entsprechende Daten zu erheben. Datenlücken ließen sich einfach schließen, wovon alle profitieren würden.

Doch trägt der schöne Schein: Ursächliche Mechanismen zur Entstehung von Datenlücken werden nur recht oberflächlich angeschnitten. Hier wäre eine über das Vorwort und die Einleitung hinausgehende Auseinandersetzung mit der Verwobenheit patriarchaler und kapitalistischer Bedingungen wünschenswert gewesen. Nach wie vor sind es überwiegend Männer, die entsprechende Positionen innehaben und über die Macht verfügen, Daten (nicht) zu erheben und mit den Ergebnissen die abzuleitenden Maßnahmen zu beeinflussen und zu ihren Zwecken zu instrumentalisieren. Die Trennung der geschlechtsbezogenen Sphären der Produktion und Reproduktion im weitesten Sinne manifestiert sich. Würde die Datenlücke verkleinert oder gar geschlossen werden können, würde dies zweifellos das Leben vieler Frauen verbessern, das Geschlechterverhältnis im Kapitalismus grundsätzlich jedoch nicht antasten.

Dennoch kommt Criado-Perez der Verdienst zu, die unterrepräsentierten Belange von Frauen in der Datenerhebung und -verarbeitung deutlich zu machen und einen Wandel zu postulieren. Bedauerlich ist hingegen, dass die deutsche Übersetzung nicht konsistent gendert – und dies,

obwohl Criado-Perez selbst gleich zu Beginn von der Bedeutung spricht, das generische Maskulinum zu überwinden. Studien belegen, dass es eben nicht „generisch interpretiert wird“ (S. 21). Eine offene Frage bleibt außerdem, welche Diskriminierungen non-binären Menschen aufgrund von Gender Data Gaps entgegneten, Criado-Perez bewegt sich in ihrer Untersuchung lediglich in einem binären System. An dieser Stelle wären weiterführende Untersuchungen notwendig, zumal sie Fragen kritischer Datenwissenschaft aufwürfen, wie mit dem Umstand umzugehen sei, dass Kategorisierungen als Grundlage der eigenen Methodologie per se soziale Auswirkungen haben und kaum vermieden werden können.

Caroline Criado-Perez 2020:

Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert.

Übersetzt von: Stephanie Singh.

btb Verlag, München.

ISBN: 978-3-442-71887-0.

494 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Tamara Lozano Moreno: Lückenhafter Datensatz. Erschienen in:

Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1697>. Abgerufen

am: 13. 07. 2021 12:03.

Jeder Stein wo abgerisse, wird von uns zurückgeschmissen!



Frankfurter Archiv der Revolte e.V. / Institut für Selbstorganisation e.V. / Offenes Haus der Kulturen e.V. (Hrsg.)

Dieses Haus ist besetzt!
Frankfurter Häuserkampf 1970-1974

Ein Ausstellungskatalog dokumentiert die Hausbesetzungen und Häuserkämpfe in Frankfurt am Main der 1970er Jahren und ruft sie als politisches Mittel zurück ins Gedächtnis.

Rezensiert von [Markus Mohr](#)

Ein knallrot gehaltenes großformatiges Plakat erschreckte im April 1972 die Bevölkerung Frankfurts am Main. Es rief zu einer MieterInnenversammlung beziehungsweise einer „Assemblea Popolare“ (Volksversammlung) an der Universität bei der Bockenheimer Warte auf. Der obere Abschnitt zeigt eine Demonstration, auf der zwei Transparente zu sehen sind: „Mieter-Streik“ steht auf dem einen, auf dem anderen in Italienisch: „La casa so prende l'affitto non si paga!“ („Ihr müsst keine Miete für das Haus zahlen!“). Diese Aktion richtete sich auch an die zahlreichen unter schlechten Wohnverhältnissen in der Stadt hausenden italienischen MigrantInnen. Im Zentrum der unteren Hälfte des Plakats findet sich eine Abbildung eines schwitzenden Schweins mit aufgesetztem Zylinder und Fliege, das seine fetten Pranken auf eine Häuserreihe gelegt hat. Es wird umrundet von einer DemonstrantInnenmenge, die mit Schraubenschlüsseln, Kuchenrollen und Besen bewaffnet die ausgestreckten Zeigefinger auf das Schwein richtet, vermutlich um es zu bedrohen. Die Botschaft scheint eindeutig: Ein einzelner ekliger Kapitalist soll durch die angekündigte Manifestation denunziert und geächtet werden. Heute wird es sicher aufmerksame BeobachterInnen geben, die bei dieser Bilddarstellung sofort an verkürzte Kapitalismuskritik denken. Im April 1972 hat man es anders gesehen: Und zwar als ein auch italienisch inspirierter Ausdruck einer frontalen Kapitalismuskritik. Und so informiert im unteren Abschnitt das Plakat darüber, welche Gruppen zur Demo aufrufen: Rat der besetzten Häuser, die Rote Hilfe, Comitato delle Case Occupate (Ausschuss der besetzten Häuser) und Unione Inquilini (Mieterbund).

Diskussion um ein Plakat

Das Plakat scheint schon zu jener Zeit ausweislich der Presseberichterstattung Diskussionen ausgelöst zu haben. Von Daniel Cohn-Bendit, der sich wortmächtig an der angekündigten Assemblea Popolare beteiligte, sind die Worte überliefert, dass es doch „der Kapitalismus [sei,] der den Rassismus produziere.“ Dabei stellte er klar, dass der Kampf der Linken gegen die Spekulanten nichts mit Antisemitismus zu tun habe: „Wir kämpfen gegen alle Spekulanten, gleich welcher Nationalität oder Rasse.“ Und zuversichtlich gestimmt skandierte er: „Der Wohnungskampf geht weiter!“ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die das alles notierte, interpretierte Cohn-Bendit dahingehend: „Damit meinte er, die besetzten Häuser bleiben besetzt, weitere sollten eingenommen werden.“ Das ließen sich etwa 1.200 DemonstrantInnen nicht zweimal sagen, die kurz nach der Assemblea Popolare in einem nicht angemeldeten Protestmarsch durch das Westend, die Innenstadt und das Nordend zogen, um „gegen Mietterror und für Mieterstreik“ zu demonstrieren.

Unter der vom Vorsitzenden der Unione Inquilini, Raffaele Navarretta, ausgegebenen Parole „Kämpfen wir hart und ohne Furcht!“ zog der Zug an allen besetzten und bestreikten Häusern

vorbei, immer wieder kam es dabei „zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei“, wie die Presse notierte. Mit zahlreichen Parolen forderten die TeilnehmerInnen, unter ihnen viele italienische ArbeiterInnen, auf Transparenten und Plakaten dazu auf, den Kampf gegen den kapitalistischen Immobilienmarkt aufzunehmen. Angekommen an dem weitgehend von italienischen ArbeitsmigrantInnen bewohnten Haus Baustraße 11, das den Kaufleuten Markiewicz, Himmelfarb, Scharf und Wollhändler gehörte, wurden die DemonstrantInnen lebhaft begrüßt und mehrere Reden auf italienisch gehalten. Kurze Zeit später geschah dasselbe vor dem Haus Eschersheimer Landstraße 220. Und so vereinten sich die Protestierenden unter anderem auch unter der Losung: „Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen.“ (FAZ, 17.4.1972)

Dokumentation von Zeitgeschichte

Was so ein knallrotes Plakat alles auslösen kann! Jetzt kann es in einem von dem Frankfurter Archiv der Revolte erstellten Ausstellungskatalog „Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970 – 1974“ besichtigt werden. Die von Michaela Filla-Raquin kuratierte und zusammen mit dem Offenen Haus der Kulturen organisierte Ausstellung war bereits im Herbst letzten Jahres in Frankfurt zu sehen. Trotz Corona-Bedingungen erreichte sie circa 1.000 BesucherInnen. Der Ausstellungskatalog ist exzellent gestaltet. In ihm finden sich über 100 zum Teil großformatige Abbildungen; auch Flugblätter, Plakate und aus zeitgenössischen Presseberichten reproduzierte Abbildungen wurden aufgenommen. Wer ihn aufmerksam durchblättert, findet darin auch eine Collage unterschiedlichster Parolen aus dieser Zeit: „Wenn ein Unrecht geschieht, so muß Aufruhr sein in der ganzen Stadt“ (Oktober 1970); „Emigranti d'Europa uniti nella lotta“ („Einwanderer aus Europa vereint im Kampf“); „Io sono piccolino non voglio piu vedere uno strozzino“ („Ich möchte keine Kredithaie mehr sehen“) (Frühjahr 1973) oder hessisch „Jeder Stein wo abgerisse, wird von uns zurückgeschmis“ (Februar 1974).

So bietet der Katalog einen konzentrierten Eindruck der bewegten Frankfurter Stadtgeschichte in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Beginnend mit den Protesten der Bürgerinitiative AG Westend 1970 bis hin zur Räumung des Blocks Ecke Bockenheimer Landstraße / Schumannstraße im Februar 1974, zeigen die AusstellungsmacherInnen über vierzig Häuser, die besetzt oder in denen Mietstreiks organisiert wurden, an denen zeitweise bis zu 1.000 MieterInnen teilnahmen. Die im Katalog präsentierten Dokumente lassen ein anderes Leben in Form von Demonstrationen, Hausbesetzungen, Krawallen, Barrikaden und Widerständen aller Art gegenüber Polizeieinsätzen aufscheinen – und entreißen diese so dem interessierten Vergessen.

Entgegen der sonst üblichen Fokussierung auf Prominente der damaligen HausbesetzerInnenszene widmet sich der Katalog eher wenig bekannten AkteurInnen. Zwar huscht auf einem Foto einer Demonstration nach der Räumung des besetzten Hauses im Kettenhofweg im April 1973 der behelmte Joschka Fischer zusammen mit einigen seiner Kampfgenossen durch das Bild. Einer besonderen Erwähnung wird er aber nicht für wert gehalten, auch das spricht für den würdevollen Umgang der AusstellungsmacherInnen.

An Aktualität nichts eingebüßt

Abgerundet wird der Katalog durch Aufsätze von Rolf Engelke und Richard Herding. Mit Blick auf die Gegenwart kontextualisieren sie die Hausbesetzungen und Mietstreiks im Frankfurt der frühen 1970er Jahre. Engelke skizziert dabei die Vorgeschichten der urbanen Kämpfe im Frankfurt der frühen 1970er. Er verfolgt dabei die Transformation des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS in eine Vielzahl von Stadtteilgruppen, darunter die des „Roten Gallus“, eine Gruppe, die ambitioniert über einen proletarischen Lebenszusammenhang außerhalb der Fabrik in der Stadt nachdachte. Er zeigt, wie die Hausbesetzungen als Form der Aneignung nach und nach zu einer von hunderten von AktivistInnen praktizierten Protestform wurden. Verknüpft mit einer Reihe von Mietstreiks entstand in Frankfurt so eine Hausbesetzerbewegung, der am Ende durch die Stadtpolitik eine harte Niederlage beigebracht wurde.

Unter der Parole „Weiterlesen!“ erfreut Freia Anders die LeserInnen mit einer kommentierten Literaturliste zur bislang weitgehend unerforschten Geschichte von Hausbesetzungen und Mietstreiks in der BRD, in Europa und global. Es handelt sich hier allemal um bedeutendes Wissen für die Zukunft eines guten Wohnens, ein Thema, das im globalen Kapitalismus bislang nur grauenhaft schlecht oder gar nicht gelöst wurde.

Frankfurter Archiv der Revolte e.V. / Institut für Selbstorganisation e.V. / Offenes Haus der Kulturen e.V. (Hrsg.) 2020:

Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970-1974.

Institut für Selbstorganisation e.V., Frankfurt am Main.

ISBN: 978-3-9821407-1-1.

122 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Markus Mohr: Jeder Stein wo abgerisse, wird von uns zurückgeschmisse! Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1696>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Generalstab der Weltrevolution



Brigitte Studer

Reisende der Weltrevolution

Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale

Die Kommunistische Internationale ist zwar gescheitert, doch hier werden sie und die Beteiligten dieses welthistorischen Experiments kritisch gewürdigt.

Rezensiert von [Jens Renner](#)

Revolution braucht Organisation. Und Weltrevolution? „Kader und ein globales Netzwerk“, schreibt die Schweizer Historikerin Brigitte Studer in ihrem lesenswerten Buch „Reisende der Weltrevolution - Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale“. Deren Gründung Anfang März 1919 in Moskau habe „den Nerv der Zeit“ (S. 19) getroffen. Der Rote Oktober 1917 in Russland galt den Gründer*innen der „Komintern“ (oder einfach KI) nur als Prolog weiterer revolutionärer Umwälzungen, nicht zuletzt in Deutschland. Als die Revolution im Westen ausblieb, gerieten zunehmend auch antiimperialistische Bewegungen außerhalb Europas in den Blick. Lenin und Trotzki wandten sich direkt an die „Kolonialsklaven Afrikas und Asiens“, um ihnen ein Bündnis anzubieten. Internationalismus war keine hohle Phrase: „Über die nationalen und ethnischen Grenzen hinweg bewegte ein Elan der Solidarität die Beteiligten“ (S. 72), schreibt Studer. Längst nicht alle definierten sich als Kommunist*innen. Zum zweiten Weltkongress der KI im Sommer 1920 kamen neben „linksradikalen Gruppen und Individuen anarchistischen, syndikalistischen und revolutionären Zuschnitts“ (S. 63) auch Beobachter*innen sozialdemokratischer Parteien.

Aktivistisches Kapital

Dass die KI ab Ende der 1920er Jahre, zeitgleich mit der Stalinisierung der KPdSU, zum Instrument machtpolitischer Interessen der Sowjetunion und der Moskauer „Apparat“ immer bürokratischer wurden, bestreitet Studer nicht. Ihr Buch ist mehr als eine weitere Geschichte der Komintern. Im Zentrum stehen einige Frauen und Männer und deren Lebensentscheidung, aus der revolutionären Tätigkeit einen Beruf zu machen – einen bezahlten und mit ein paar Privilegien, aber auch mit Entbehrungen und Gefahren verbundenen Beruf. 320 Revolutionär*innen erwähnt sie namentlich; die fünf, deren Lebensweg sie ausführlich schildert, sind der Inder Manabendra Nath Roy (1887-1954), die Italienerin Tina Modotti (1896-1942), der Schweizer Jules Humbert-Droz (1891-1971) sowie die Deutschen Willi Münzenberg (1889-1940) und Hilde Kramer (1900-1974).

Letztere ist zwar die am wenigsten „Prominente“, an ihrem Beispiel wird aber besonders gut nachvollziehbar, wie die Aufbruchstimmung der frühen 1920er Jahre junge Revolutionär*innen motivierte. KPD-Mitglied seit Ende 1918, arbeitete Kramer ab 1920 in Moskau als Übersetzerin und Stenografin für die KI. In einem Brief an eine Berliner Freundin schrieb sie über den Empfang der KI-Delegierten im August 1920: „Überall rote Fahnen, überall der Klang der Internationale. Und das alles trotz der herrschenden Not, die man sich im Auslande kaum vorstellen kann.“ (S. 75) Mitunter lässt sich auch Studer von der Begeisterung ihrer Protagonist*innen mitreißen. Mehrfach hebt sie hervor, wie deren aktivistisches Kapital Chancen eröffnete. Das galt auch für Frauen, die allerdings in den Entscheidungsgremien kaum vertreten waren, sondern – wie Hilde Kramer –

überwiegend unverzichtbare „technische“ Zuarbeit leisteten.

Spektakulärer vollzog sich die Tätigkeit der Reisenden. Die Schauplätze, an denen Studers Revolutionär*innen agieren, sind neben Moskau auch Baku und Taschkent, Berlin und andere europäische Metropolen, China und Spanien nach Francos Putsch 1936. Verfolgt, wenig vertraut mit der Landessprache, häufig im Konflikt mit den nationalen kommunistischen Parteien – fast immer waren die von der Moskauer Zentrale entsandten Berater mit ihren Aufgaben überfordert. Viel Zeit beanspruchte das Abfassen von Berichten und die Kommunikation mit dem Apparat. Dieser erwartete Linientreue und ständige Wachsamkeit gegenüber mutmaßlichen Abweichler*innen. Nicht nur in Spanien entstand ein Klima des Verdachts und der Denunziation; „Trotzkismus“ wurde zur allgegenwärtigen und für die Betroffenen lebensgefährlichen Anklage. Etwa 100 der 320 Komintern-Kader, die Studer namentlich erwähnt, kamen gewaltsam ums Leben; 58 von ihnen wurden Opfer stalinistischer „Säuberungen“.

Kollektiver Enthusiasmus

Als Stalin die KI 1943 kurzerhand auflöste, war sie, gemessen an ihrem Ziel, gescheitert. Die Idee, mithilfe eines revolutionären Generalstabs die Geschichte zu beschleunigen, ließ sich nicht umsetzen, die Revolution nicht beliebig exportieren. Statt sich über den Voluntarismus der Beteiligten zu erheben, macht Studer deren kollektiven Enthusiasmus nachvollziehbar. Die Welt der Kommunist*innen der Zwischenkriegszeit sei „einer weitverzweigten Großfamilie vergleichbar“ gewesen: „Solange man sich nicht von ihr losgesagt hatte, gehörte man irgendwie dazu.“ (S. 538) Es sei denn, man wurde – teils unter absurden Beschuldigungen – aus ihr ausgestoßen und als Feind*in geächtet. Dann half auch das „Geflecht von Bekanntschaften, Freundschaften, Liebschaften“ nicht mehr; „aus Freundschaften wurden auch Feindschaften.“ (S. 539)

Brigitte Studer ist weit davon entfernt, ihre Protagonist*innen zu heroisieren. In den mit „Ausblick“ überschriebenen drei Seiten am Ende des Buches würdigt sie aber deren „selbst gewählte Mission“ und die Komintern als „welthistorisches Experiment“. Die Kommunistische Internationale ist Geschichte, die ihrer Gründung zugrundeliegende Idee aber keineswegs erledigt.

Brigitte Studer 2020:

Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-29929-6.

618 Seiten. 30,00 Euro.

Zitathinweis: Jens Renner: Generalstab der Weltrevolution. Erschienen in: Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1699>. Abgerufen am: 13. 07. 2021 12:03.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2021 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.

